Antragsbuch

86. Landeskongress in Lüneburg



Anträge

Inhaltsverzeichnis

L - Leitantrag

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
L 01	Unser liberales Aufstiegsversprechen: Uns wird es morgen besser gehen, als unseren Eltern heute! geschäftsführender Landesvorstand	9

2 - Innen, Recht & Sport

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
2 01	Schluss mit personalisierter Werbung in der Politik KV Osnabrück-Stadt (Kreisverband)	
2 02	02 Euro oder Krypto? - Staat raus aus deinem Geldbeutel LAK Digitales & Netzpolitik (Landesarbeitskreis), Patrick van Rossum (KV Region Hannover), Jan Schwede (KV Goslar)	
2 03	Intelligenz, die schützt, ohne zu überwachen: Ein neuer Weg für Niedersachsens öffentliche Sicherheit LAK Digitales & Netzpolitik (Landesarbeitskreis), Patrick van Rossum (KV Region Hannover)	35
2 04	Schuldenbremse aussetzen? So spart Deutschland 50 Milliarden Euro im Jahr! LAK Digitales & Netzpolitik (Landesarbeitskreis), Patrick van Rossum (KV Region Hannover)	37
2 05	Prauen an die Waffe! LAK Liberaler Feminismus (Landesarbeitskreis), Joanna Marie Watad (KV Region Hannover), Fynn Ole Sodemann (KV Region Hannover)	
2 06		
2 07	Wettkampfgeist statt Wettbüros – Amateursport vor Sportwetten schützen KV Peine (Kreisverband)	
2 08	B Du Arschloch! Jan Schwede (KV Goslar)	
2 09	09 Mein Messer geht dich nichts an! Jan Schwede (KV Goslar)	
2 10	2 10 Wahl der Judikative reformieren LAK Renew Democracy (Landesarbeitskreis), Dennis Mormann (KV Osnabrück-Land), Pascal Mormann (KV Osnabrück-Land)	
2 11	Wer zuletzt klebt, klebt am besten! - Für mehr Nachhaltigkeit & Chancengleichheit in Wahlkämpfen KV Göttingen (Kreisverband)	
2 12	Damit Kiffen wirklich legal wird LAK Innen & Recht (Landesarbeitskreis), Yassin Zourafi (KV Region Hannover), Fynn Ole Sodemann (KV Region Hannover), Leon Reimund (KV Region Hannover), Paul Lanwer (KV Cloppenburg), Joris Stietenroth (KV Region Hannover), Nadin Zaya (KV Region Hannover)	47

3 - Bildung, Wissenschaft & Forschung

Bezeichner	er Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	
3 01	Bundesförderprogramm für "Familienbegleitungen" an Grundschulen KV Osnabrück-Stadt (Kreisverband)	50
3 02	Europa Erleben mit Erasmus+: Mehr als nur Studium, Azubis auf Reisen! LAK Bildung (Landesarbeitskreis), Nemir Ali (KV Osnabrück-Stadt)	52
ChatGPT und Gemini beamen Schulen weg vom Overhead-Projektor LAK Bildung (Landesarbeitskreis), KV Hildesheim (Kreisverband), KV Göttingen (Kreisverband), KV Celle (Kreisverband), Hannes Gericke (KV Hildesheim), Jordan Harbig (KV Region Hannover)		54

4 - Wirtschaft, Finanzen & Arbeit

Bezeichner	Geistiges Eigentum ist kein Eigentum! Jan Schwede (KV Goslar)	
4 01		
4 02	Projektanleihe statt Sondervermögen LAK Renew Democracy (Landesarbeitskreis), Dennis Mormann (KV Osnabrück-Land), Pascal Mormann (KV Osnabrück-Land)	61
4 03	Mietkautionsdepot LAK Renew Democracy (Landesarbeitskreis), Dennis Mormann (KV Osnabrück-Land), Pascal Mormann (KV Osnabrück-Land)	62
4 04	Verwaltungskostenbremse LAK Renew Democracy (Landesarbeitskreis), Dennis Mormann (KV Osnabrück-Land)	63
4 05	Einführung einer grenzüberschreitenden europäischen Rechtsform für Unternehmen: SNE - Societas Nova Europaea KV Hildesheim (Kreisverband)	
4 06	(Wieder-) Eingliederung in den Arbeitsmarkt Hannes Gericke (KV Hildesheim)	
4 07	Haftung muss sich lohnen: Steuervorteile für persönlich haftende Gesellschafter KV Hildesheim (Kreisverband)	68
4 08	Wissenschaftsbasiert agieren – auch fiskalpolitisch Leon Reimund (KV Region Hannover), Fynn Ole Sodemann (KV Region Hannover), Yassin Zourafi (KV Region Hannover), Jordan Harbig (KV Region Hannover), Iwan Krivov (KV Göttingen), Patrick van Rossum (KV Region Hannover)	69

5 - Gesundheit & Soziales

Bezeichner	er Titel · Antragsteller*in · <i>Empfehlung</i>	
5 01	Stop Date Rape Drugs – Bereitstellung von Drogentests in Bars und Clubs KV Celle (Kreisverband)	72
5 02	Stay hydrated – Kostenloses Trinkwasser bei Großveranstaltungen KV Celle (Kreisverband)	73
5 03 Freiheit bewahren, Abhängigkeit bekämpfen Alexandra Schröder (KV Region Hannover), Fynn Ole Sodemann (KV Region Hannover), Leon Reimund (KV Region Hannover), Yassin Zourafi (KV Region Hannover), Felix Kopp (KV Region Hannover)		74

6 - Umwelt, Landwirtschaft & Verkehr

Bezeichner	ner Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	
6 01	Aus dem Weg du Zweiradfahrer – für einen sicheren Verkehr für alle KV Osnabrück-Stadt (Kreisverband)	
6 02	Sanieren statt krepieren KV Osnabrück-Stadt (Kreisverband)	80
6 03	Lass dir den Zug nicht schon wieder vor der Nase abfahren – integraler Taktfahrplan für Niedersachsens Regionalverkehr KV Hameln (Kreisverband)	
6 04	Lasst uns den Knoten lösen – Schaffung einer Umgehung des Knotens Hannover im Bahnverkehr KV Hameln (Kreisverband)	82
6 05	Weil Baum! - Damit Deutschlands Wälder eine Zukunft haben LAK Umwelt & Klimaschutz (Landesarbeitskreis), KV Göttingen (Kreisverband), Mattes Bauer (KV Göttingen), Iwan Krivov (KV Göttingen)	83
6 06	Marktwirtschaft kann auch Kreislauf! - Nachbesserung der Abfallrahmenrichtlinie LAK Umwelt & Klimaschutz (Landesarbeitskreis), KV Göttingen (Kreisverband)	
6 07	Volle(r) Kraft(stoff) voraus - e-Fuels endlich verbindlich als Kraftstoff einsetzen KV Göttingen (Kreisverband)	87
6 08	Kohlenstoffmanagement statt Krisenmanagement: Negativemissionen unter der Aufsicht einer Carbon Central Bank in den EU-Emissionshandel eingliedern Iwan Krivov (KV Göttingen), Felix Kopp (KV Region Hannover), LAK Umwelt & Klimaschutz (Landesarbeitskreis), KV Göttingen (Kreisverband), KV Celle (Kreisverband), KV Wolfsburg (Kreisverband), KV Ems-Jade (Kreisverband), Nadin Zaya (KV Region Hannover), Joris Stietenroth (KV Region Hannover), Paul Lanwer (KV Cloppenburg), Jamila Lüdtke (KV Celle), Niklas Schürmann (KV Wolfsburg), Mattes Bauer (KV Göttingen), Fynn Ole Sodemann (KV Region Hannover), Shaun Martin (KV Celle), Hendrik Hartmann (KV Ems-Jade), Leon Reimund (KV Region Hannover), Yassin Zourafi (KV Region Hannover), Joanna Marie Watad (KV Region Hannover), Lennard Klingebiel (KV Göttingen), Hannes Gericke (KV Hildesheim), Niklas Hüneburg (KV Celle), Kai Nahrwold (KV Göttingen)	89

7 - Europa & Internationales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
7 01	Ukraine in die NATO, sofort! Jan Schwede (KV Goslar)	94
7 02	Sicherheitsrisiko Orbán LAK Innen & Recht (Landesarbeitskreis), Leon Reimund (KV Region Hannover)	95

9 - Internes

Bezeichner Titel · Antragsteller*in · Empfehlung		Seite
9 01	Verlängerung auslaufende Beschlusslage	96
	geschäftsführender Landesvorstand	

Antrag L 01: Unser liberales Aufstiegsversprechen: Uns wird es morgen besser gehen, als unseren Eltern heute!

Antragsteller*in:	geschäftsführender Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- 1 Unsere Generation wird eine Aufstiegsgeneration werden. Sie wird eine Geschichte des
- 2 gesellschaftlichen wie vielfältigen individuellen Aufstiegs prägen, wie es einst
- unsere Großeltern und Eltern taten. Sie wird eine Generation werden, die die
- vielfachen Großkrisen und Zeitenwenden des frühen 21. Jahrhunderts nicht nur
- 5 bewältigen, sondern aus ihnen gestärkt hervorgehen und die Welt nachhaltig zu einem
- 6 besseren Ort machen wird. Anders gesagt: Uns wird es morgen besser gehen, als unseren
- 7 Eltern heute! Diese Gewissheit, dieser Optimismus für die Zukunft ist das Wesen
- 8 liberalen Denkens. Es ist unser liberales Aufstiegsversprechen. Für dich.
- 9 Die Zeiten des verloren gegangenen Vertrauens in ein Aufstiegsversprechen. [1]
- 10 Wir Jungen Liberalen betrachten mit Sorge, dass das Vertrauen in ein
- Aufstiegsversprechen derzeit schwierige Zeiten durchlebt. Zwar bejaht nach wie vor
- stets ein signifikant höherer Anteil die Aussage, dass es ihnen besser geht als fünf
- 13 Jahre zuvor. Zum einen wird die gleiche Entwicklung aber nicht für die kommenden fünf
- Jahre erwartet. Nur noch 15% aller Deutschen stimmen der Aussage "meiner Familie und
- mir wird es in fünf Jahren besser gehen" zu, weitere 7% weniger als im ohnehin
- angespannten Krisenjahr 2022. [2] Zum anderen gilt all dies ohnehin nicht für sozial
- schwächere Milieus, hier wird von 42% eine spürbare Verschlechterung wahrgenommen und
- auch für die Zukunft erwartet. [3] Es lässt sich also festhalten: Der Glaube an eine
- bessere wirtschaftliche Zukunft, der über lange Zeit ein Treiber des (west)deutschen
- 20 Selbstverständnisses war, ist brüchiger denn je. [4]
- 21 Hiermit geht einher, dass das Vertrauen, auch in unsicheren Zeiten einigermaßen
- 22 verlässlich die Zukunft planen zu können, erodiert, je nach Milieu schwankt dieses
- 23 Vertrauen zwischen 61% (obere Dezile) und nur noch 22% (untere Dezile). [5] Als
- 24 Konsequenz ziehen sich immer mehr Deutsche auf das engere soziale Umfeld als
- 25 Stabilitätsanker zurück; in ihm sehen 87% eine Quelle des Optimismus. Diesem
- Optimismus für das enge Umfeld steht entgegen, dass ganze 77% ausgeprägt
- pessimistisch auf die gesellschaftliche Entwicklung schauen. [6] Ein Trend, der auch
- vor jüngeren Menschen nicht halt macht: Sie sind "besorgter denn je" [7], nur noch
- 29 18%, erwarten eine optimistische Zukunft Deutschlands. [8] Anders gesagt: Die
- 30 Deutschen kapseln sich ab, Zukunfts-Zuversicht gelingt nur noch durch eine Einengung
- des Blickwinkels auf das unmittelbare soziale Umfeld. Mittels eines Vorhangs der
- 32 Verdrängung wird die öffentliche Sphäre vom privaten Leben zusehends getrennt. [9]
- 33 Diese allgegenwärtige Verdrängung von Krisen und die Hinwendung zum Privaten berührt
- aber nicht nur die individuellen Lebensentwürfe aller (jungen) Menschen in
- 35 Deutschland. Sie betrifft die Essenz einer liberalen Demokratie als Ganzes. Misst
- doch ungefähr die Hälfte der Menschen die Demokratie als solche vor allem an guten
- Ergebnissen, [10] kommt es nicht von ungefähr, dass nur noch 23% beim Blick auf die

- 38 Politik Zuversicht empfinden. [11]
- 39 Jetzt erst Recht: Wir bleiben optimistisch. Wir haben Zukunfts-Optimismus.
- 40 Trotz all dieser Zukunfts-Vertrauenskrisen ist für uns klar: Wir bleiben
- optimistisch. Nicht nur trotz, sondern gerade weil sich der Pessimismus in der
- Gesellschaft einnistet. Wir stehen für ein liberales Aufstiegsversprechen gegen die
- 43 Angst vor dem Autonomie-Verlust, dem Systemverlust, dem Klimawandel und dem
- 44 wirtschaftlichen Abstieg. [12]
- 45 Es ist Zeit für unser Leitbild einer Zukunft, in der Du die Möglichkeiten hast, Dich
- in Freiheit zu verwirklichen und Du auch mal gelegentliche Mühen auf dich nimmst.
- Weil es sich am Ende lohnen wird. Weil es dir morgen besser gehen wird, als heute.
- 48 Wir haben Zukunfts-Optimismus. Das sind unsere liberalen Aufstiegs-Versprechen für
- 49 dich:

59

60

61

62

63

64

65

50 Bildungs-Versprechen: Dein Aufstieg beginnt mit deinen Fähigkeiten – stärken wir sie!

- 51 Bildung ist der Ausgangspunkt jedes Aufstiegs. Es ist die Zeit, in der wir als
- 52 Gesellschaft der künftigen Generation die Werkzeuge an die Hand geben, mit denen sie
- sich später ihr eigenes Leben aufbauen und die Gesellschaft verbessern kann.
- 54 Gleichzeitig wird aber etwa unser Schulsystem immer noch von knapp der Hälfte aller
- jungen Menschen als ungerecht beschrieben. [13] Und nicht nur dort zeigt sich
- 56 massiver Verbesserungsbedarf. Vor diesem Hintergrund erneuern wir unser Bildungs-
- 57 Versprechen. Wir fordern hierfür:

58 Frühkindliche Bildung

- Chancengerechtigkeit durch Sprachstandserhebungen [14]: In Kindertagesstätten sollen jährliche Sprachstandserhebungen stattfinden. Darauf basierend werden Fördermaßnahmen für alle Kinder mit sprachlichen Defiziten durchgeführt. Der Zugang zu Kitas für Familien mit geringem Einkommen muss flächendeckend gegeben sein. Im Alter von drei und fünf Jahren müssen auch Kinder, die keinen Kindergarten besuchen, an einer Sprachstandserhebung teilnehmen und im Falle von Defiziten an einer verpflichtenden Sprachförderung teilnehmen.
- Bilinguale Kindertagesstätten: Studien zeigen, dass sich ein zweisprachiges
 Aufwachsen kognitiv stark positiv auswirkt; z.B. schneiden Erwachsene, die
 früher mit zwei Sprachen Kontakt hatten, in kognitiven Tests am besten ab. [15]
 Bilinguale Kindertagesstätten bieten die Möglichkeit, entsprechende Grundlagen
 zu legen, im Sinne der Chancengerechtigkeit insbesondere auch für Kinder aus
 monolingualen Haushalten. Eine bilinguale Kita ist nicht teurer als eine
- einsprachige, wenn eine pädagogische Fachkraft Deutsch beherrscht, die andere
- die zweite Sprache. Wir fordern daher, dass die Besetzung von Kindertagesstätten
- in der Regel aus Teams mit gemischten Sprachkenntnissen bestehen sollte. Hierfür
- soll der Bund bereits laufende Programme etwa zur erfolgreichen Anwerbung und
- 76 Integration spanischer pädagogischer Fachkräfte zur Anwerbung qualifizierten
- Personals aus dem (EU-)Ausland stärken und vor allem im englischen,
- französischen und spanischen Sprachraum intensivieren bzw. aufsetzen.
- Sensibilisierung für sexualpädagogische Inhalte [16]: Im Vorschulalter soll die
- 80 Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern um sexualpädagogische Inhalte ergänzt
- werden. Hierbei kann es vor allem darum gehen, wie auf die natürlichen
- 82 Entdeckungsphasen der Kinder altersgerecht eingegangen werden kann oder für

83 Missbrauchsanzeichen zu sensibilisieren.

84 Schulische Bildung

- Mehr Wahlfreiheit durch schulübergreifende "digitale Interessen-Klassen": Wir 85 wollen die Interessenfindung der Schülerinnen und Schüler in der Schulzeit 86 stärken. Hierfür streben wir mehr Wahlmöglichkeiten bei den Schulfächern an, 87 soweit möglich auch schon in niedrigeren Klassenstufen. Als zentrale Säule soll 88 hierfür Im Rahmen einer gemeinsamen Bund-Länder-Vereinbarung eine "digitale 89 Interessen-Schule" geschaffen werden, in dem bundesweit Schulen sog. "digitale 90 Interessen-Klassen" mit bestimmten Fächern bzw. Fachvertiefungen einrichten 91 können, die von Schülerinnen und Schülern anderer Schulen als reguläre 92 schulische Leistung besucht werden können. Beispielsweise kann so eine Schülerin 93 aus einer niedersächsischen Gemeinde am Italienisch-Unterricht einer bayerischen 94 Schule teilnehmen. Gerade der ländliche Raum kann hierdurch profitieren, fehlt 95 es dort doch häufig an Personal und Kapazitäten für entsprechende, spezifische 96 97 Angebote.
- Zentralabitur: Im Sinne einer länderübergreifenden Vergleichbarkeit plädieren
 wir weiterhin für ein zentrales Abitur in allen Unterrichtsfächern, der Bund
 sollte sich mit Nachdruck für einen gemeinsamen Aufgabenpool in allen Fächern im
 Rahmen der Kultusministerkonferenz einsetzen. Die Bundesländer sollen wie
 bislang eigene Lehrpläne entwickeln.
- Flächendeckende schulische Qualitätssicherung: Für eine bessere schulische 103 104 Qualitätssicherung wollen wir jährliche, bundesweite und standardisierte Tests in den Fächern Mathematik, Deutsch, Englisch, einem naturwissenschaftlichen 105 sowie einem gesellschaftlichen Fach in allen Leistungsstufen bis hin zur 106 Abschlussprüfung. So fallen landespolitische, schulsystemische oder individuelle 107 Fehlentwicklungen nicht erst beim Abitur auf und ein Gegensteuern ist im Laufe 108 eines Schullebens möglich. Solche Tests sind daher bei der Hinführung zu einem 109 Zentralabitur essentiell. 110
- Analoges Lernen grundsätzlich erhalten: Digitalisierung in der Bildung ist für 111 uns kein Selbstzweck, sie soll nur dort, muss dann aber auch dort eingesetzt 112 werden, wo sie sinnvoll unterstützend wirkt. Erfahrungen und Studien aus 113 Dänemark als Vorzeigeland für digitale Schulbildung zeigen, dass gerade in 114 frühen Bildungsstufen der Umstieg auf digitale Hilfsmittel wie iPads etc. unter 115 anderem für Lernstörungen, Ablenkungen, psychische Probleme verantwortlich ist. 116 Aus diesem Grund versucht Dänemark in der Primarstufe mit erheblichem Aufwand, 117 wieder auf weitestgehend analogen Unterricht umzusteigen. [17] Liberales Denken 118 heißt, aus Erfahrungen zu lernen und bspw. die Warnungen der skandinavischen 119 Wissenschaft vor einer großflächigen Lern-Digitalisierung ernst zu nehmen. Aus 120 diesem Grund fordern wir vertiefte wissenschaftliche Forschung zu den Nutzen und 121 122 Risiken digitaler Lernangebote.
- Aber: Sinnvolle Integration KI-gestützter, adaptiver Lernmethoden [18]: Ein
 wesentlicher Bereich, in dem digitale Lernangebote gleichwohl hilfreich sein
 können, sind auf Künstlicher Intelligenz basierende Chancen, das Lernerlebnis
 individueller zu gestalten und besser auf die Bedürfnisse, Fähigkeiten und
 Lernstile der einzelnen Schüler zuzuschneiden. Entsprechende Angebote wie etwa
 das länderübergreifende Projekt "KI-Lernwolke" sollen daher gestärkt und

- entsprechend finanziell priorisiert werden. Sie sollen die analoge Schule gezielt unterstützen. Entsprechende Projekte sind von der Forschung zu begleiten und bei adversen Effekten zurückzunehmen.
- Informatik als Pflichtfach in der Mittelstufe [19]: Wir fordern, dass Informatik
 mit einem festen Stundenkontingent von zwei Jahreswochenstunden in mindestens
 zwei Klassenstufen unterricht werden muss, z.B. in den Klassenstufen 8&9 oder
 9&10.
- Leistungsförderung vertiefen: Die Schule soll zu Leistungen motivieren und diese fördern und belohnen. Aus diesem Grund wollen wir Schülerwettbewerbe, wie etwa 137 'Jugend debattiert', 'Jugend forscht', 'Jugend trainiert für Olympia & 138 Paralympics' vertiefter fördern und ausbauen. Ferner soll die Berufsorientierung an Schulen um das Angebot von privaten und öffentlichen Stipendien erweitert 140 werden. Weiterhin sollen Schulen über die Angebote von Stipendien verpflichtend 141 informieren. Insbesondere wollen wir jede Schule verpflichten, mindestens zwei Schülerinnen bzw. Schüler je Schuljahr für ein Stipendium zu nominieren. 143 Ausdrücklich betonen wir, dass die Kriterien der einzelnen Stipendienwerke 144 unberührt und in deren Autonomie belassen werden wollen. 145
- Chancengerechtigkeit durch Ganztagsschulen: Wir streben eine Ausweitung der
 Angebote von Ganztagsschulen an. Gleichzeitig wollen wir das Leistungsangebot
 vertiefen und einerseits Nachhilfe und Schülerförderung, andererseits
 Sportangebote in Kooperation mit lokalen Vereinen ausweiten.
- Chancengerechtigkeit durch Nachteilsausgleich [20]: Lernschwächen dürfen kein 150 • Hindernis für gute Bildungschancen sein. Die bisherigen Regelungen im 151 entsprechenden Erlass des Niedersächsischen Kultusministeriums sind jedoch 152 häufig zu inkonsistent und unfair. Deshalb braucht es darüber hinausgehend klare 153 gesetzliche Vorgaben zum sogenannten Nachteilsausgleichinklusive einheitlicher 154 Standards. Dazu soll zur schulübergreifenden Vergleichbarkeit künftig ein 155 einheitlicher Kriterienkatalog für die Gewährung eines Nachteilsausgleichs an 156 allen niedersächsischen Schulen gelten. Wir wollen wir Lehrkräfte außerdem für 157 Legasthenie sensibilisieren und Schulen für den Einsatz in allen relevanten 158 Fächern adäquat mit technischen Hilfsmitteln ausrüsten. Besteht diese 159 Möglichkeit nicht und kann kein vergleichbarer Nachteilsausgleich gewährt 160 161 werden, muss auf Bewertung der sprachlichen Richtigkeit verzichtet werden.
- Engagierte Lehrkräfte honorieren [21]: Zusätzliches Engagement von Lehrkräften über den regulären Unterricht hinaus muss sich für diese gemäß dem
 Leistungsprinzip stärker lohnen. Deshalb fordern wir die Ausweitung von A14 Funktionsstellen an Schulen sowie klarere Regeln für zeitliche Kompensation bei übernommenen Aufgaben, die über die normalen Unterrichtsverpflichtungen hinausgehen.
- Schulisches Mentoring durch Lehramtsstudierende [22]: Wir wollen den Einsatz von studentischem Mentoring stärken. Studien [23] zeigen, dass Acht- und
 Neuntklässler, insbesondere sozial schwächerer Milieus, durch studentisches Mentoring z.B. in Mathematik, ihren Sozialkompetenzen und der
 Arbeitsmarktorientierung erheblich profitieren. Als Anreiz für ein solches Engagement der Studierenden soll eine Anrechnung in Form von bis zu zwei
 Freisemestern oder als Praktikum möglich sein. Als weitere Option fordern wir,

- dass Lehramtsstudierende anstelle des Betriebs- und Sozialpraktikums im
 Bachelorstudiengang ein ganzes Halbjahr ein bis zwei Arbeitsgemeinschaften
 leiten dürfen. Die Arbeitsgemeinschaften sollen für die 5. und 6. Klassenstufe
 wählbar sein und die Nachmittagsbetreuung sichern. Offene Ganztagsschulen müssen
 dieses Angebot nicht zusätzlich vorhalten, können sich aber dafür entscheiden,
 es als Ergänzung aufzunehmen. Die Lehramtsstudierenden können wie im
 Referendariat Wunschschulen angeben und werden anschließend eingeteilt.
- Schulgesundheitskräfte [24]: Studien legen einen deutlichen Zusammenhang 182 zwischen der Gesundheit und dem Bildungserfolg nahe. Wir fordern deshalb die 183 Einführung einer Ausbildung zur Schulgesundheitskraft und den Einsatz an jeder 184 deutschen Schule, wobei Teilungen von mehreren Schulen möglich sind. Die Aufgabe 185 besteht u.A. in präventiven Tätigkeiten wie Beratungs- und 186 Informationsgesprächen, dem Unterricht zu Gesundheitsthemen, der 187 Identifizierung, Unterstützung und Beratung gesundheitsgefährdeter, chronisch 188 kranker und inklusionsbedürftiger Schülerinnen und Schüler. 189
- Geschlechtergerechte Lehrpläne und Lerninhalte: Um Frauen und marginalisierten
 Gruppen sichtbar zu machen braucht es eine Überarbeitung von Lehrplänen.
 Lehrmaterialien sollen historische und aktuelle Beiträge von Frauen und
 marginalisierten Menschen in allen Bereichen (Wissenschaft, Politik, Kunst etc.)
 stärker berücksichtigen und somit Geschlechterstereotype und Vorurteile abbauen.
- Bildungsmodelle für Alleinerziehende und Pflegende: Viele Alleinerziehende und
 Pflegende haben durch ihre Betreuungsaufgaben Schwierigkeiten, Zugang zu Bildung
 und Weiterbildung zu erhalten. Forderungen nach flexibleren Schulzeiten, Online Lernangeboten und finanzieller Unterstützung für Betreuungsaufgaben sollen dazu
 beitragen, dass Bildung auch für diese Gruppen zugänglich bleibt.
- Gleitzeit für Schüler: Vielzählige Studien zeigen, dass die schulische 200 Aufnahmebereitschaft und der Lernerfolg von Schülerinnen und Schülern zum 201 regulären Schulstart häufig unzureichend gegeben sind. Je nach individueller 202 Präferenz und eigenem Chronotyp unterscheidet sich der ideale Startzeitpunkt von 203 Schülerin zu Schüler, insbesondere in der Pubertät, in der sich bei vielen 204 Jugendlichen der Schlafrhythmus verschiebt. Im Sinne des größtmöglichen 205 individuellen Lernerfolgs streben wir daher grundsätzlich die Einführung von 206 207 Modellen der Wahlfreiheit beim Schulstart an, sofern die lokalen Gegebenheiten dies zulassen. Als ein solches Modell kann auf lokaler Ebene etwa die Einführung 208 des Dalton-Modells gewählt werden, welches bereits an Modellschulen in 209 Nordrhein-Westfalen mit positiver Resonanz erprobt wurde. Zum Start sollen alle 210 derartigen Modelle ausschließlich in der Sekundarstufe II eingeführt werden. 211 Ergibt die wissenschaftliche Evaluierung, dass sich der angestrebte Lernerfolg 212 einstellt, fordern wir eine schrittweise Einführung von Klasse 10 aus 213 absteigend. 214

• OPTION: Effektiver und leistungsorientierter Sportunterricht:

Wir setzen uns für eine zielgerichtete Umgestaltung des Sportunterrichts hin zu mehr Leistungsorientierung ein, wobei auf die individuellen Anforderungen jedes Einzelnen Rücksicht genommen wird. In diesem Sinne fordern wir die Abschaffung des verpflichtenden Sportunterrichts in der gymnasialen Oberstufe. Die durch die Abschaffung der verpflichtenden Abdecker-Kurse gewonnenen Lehrerinnen- und

- Lehrerstunden sollen zur Einrichtung von mehr P5-Grundkursen und Leistungskursen
- im Fach Sport verwendet werden. So sollen den sportbegeisterten Schülerinnen und
- 223 Schülern mehr Möglichkeiten geboten werden ihre Leistungen mit ins Abitur
- einzubringen und so ihre individuellen Fähigkeiten zu fördern. Gleichzeitig wird
- den weniger Interessierten ein häufig verhasster Zusatzkurs abgenommen und sie
- können sich mehr auf ihre abiturrelevanten Fächer konzentrieren.

227 Ausbildung und Lehre

- Erfahrungsorientierte Umschulung [25]: Eine Umschulung bei einem Branchenwechsel ist viel zu häufig zu langwierig und damit abschreckend, selbst wenn der neu zu erlernende Beruf große Schnittmengen mit dem bisherigen aufweist. Wir fordern daher eine verkürzte, "erfahrungsorientierte Umschulung". In ihr sollen bisher erlernte Inhalte angerechnet werden können. Die Umschulung beschränkt sich in dem Fall nur auf die Inhalte, die sich zu dem neuen Job unterscheiden.
- Azubis wie Studis [26]: Auszubildende sollen gleichermaßen wie Studierende gefördert werden. Da die Wohnungssuche für Auszubildende immer noch eine große Hürde darstellt, wollen wir, ähnlich den Studentenwohnheimen, regionale Bedarfsanalysen und vergünstigte Wohnmöglichkeiten für Auszubildende anbieten. Ferner steht das Land Niedersachsen nach dem Scheitern eines landesweit gültigen Azubitickets in der Verantwortung, Azubi und Freiwilligendienstleistenden eine Vergünstigung des Deutschlandtickets anzubieten.
- Abschaffung der Meisterpflicht [27]: Der Fachkräftemangel trifft insbesondere das Handwerk stark. Deshalb gilt es, bisherige regulatorische Hürden in diesem Bereich auf den Prüfstand zu stellen. Konkret fordern wir daher die Abschaffung der Meisterpflicht, sodass zur Gründung eines Handwerksbetriebes künftig nicht mehr der Besitz eines Meisterbriefes Pflicht sein muss. Die duale Ausbildung im Handwerk soll jedoch weiterhin nur in Meisterbetrieben erfolgen.

247 Studium und Hochschule

- "Nationale virtuelle Hochschule" [28]: Wir fordern Bund und Länder auf, den 248 Austausch von Lehrinhalten zwischen Hochschulen zu fördern und dazu eine 249 nationale virtuelle Hochschule einzurichten. Die Inhalte sollen für Studierende 250 frei zugänglich gemacht werden. Dozierende in den Hochschulen schaffen Inhalte 251 und stellen sie bereit, die Qualitätssicherung erfolgt im Peer-Review-Verfahren. 252 Das Bundesministerium für Bildung und Forschung soll die digitale Infrastruktur 253 aufbauen und erhalten. Hochschulen sollen zusätzliche Finanzmittel erhalten, 254 wenn ihre freien Online-Veranstaltungen überdurchschnittlich oft besucht werden. 255
- Einführung eines freiwilligen Studienorientierungsjahres [29]: Der unverändert 256 hohe Anteil an Studienabbrüchen in den ersten Semestern macht deutlich, dass 257 eine Verbesserung der Studienorientierung für effizientere 258 gesamtgesellschaftliche Investitionen in die Bildung und vor allem 259 informierteren Lebensentscheidung der und des Einzelnen zentral ist. Wir fordern 260 deswegen, dass der Bund gemeinsam mit den Ländern den Rahmen für ein 261 allgemeines, freiwilliges Studienorientierungsjahr schafft, welches jungen 262 Menschen Einblicke in verschiedene Bereiche geben kann und dabei die Möglichkeit 263 bietet, Leistungspunkte für den späteren Übergang ins Hauptstudium zu erwerben. 264
 - Digitalpakt Hochschule [30]: Bund und Länder sollen in Zusammenarbeit für die

- Digitalisierung in Studium und Lehre einen Digitalpakt Hochschule verabschieden, 266 der sowohl für technische als auch didaktische Innovationen genutzt werden kann. 267
- Digitale, offene Wissensdatenbanken [31]: Der Bund soll 268
- Wissenschaftsdatenbanken, die kommerziell geführt werden, unter dem 269
- Gesichtspunkt des Kartellrechts überprüfen. Wir verlangen darüber hinaus, das 270
- Urheberrecht dahingehend anzupassen, dass ein Mindestzugang zu Wissen zum Zweck 271
- der Wissenschaft und Forschung gewährleistet wird. Regelungen, die einer 272
- Digitalisierung, automatischen Auswertungen und digitalen Fernleihen für den 273
- öffentlichen wissenschaftlichen Gebrauch entgegenstehen, sollen aufgehoben bzw. 274
- abgeschwächt werden. Zusätzlich soll der Bund die Veröffentlichung von 275
- Forschungsergebnissen als Open Access fördern. Dazu sollen die Deutsche 276
- Forschungsgemeinschaft (DFG) im Plan S auf EU-Ebene und das Projekt DEAL auf 277
- nationaler Ebene finanziell und ideell unterstützt werden. 278

290

- Einfache Wissensbeschaffung und Medienmanagement [32]: Der Zugang zu Wissen ist elementarer Bestandteil für eine erfolgreiche Lehre und Forschung. Das Auffinden 280 von Medien, welche die eigene Hochschule nicht besitzt, darf nicht mehr als 281 einen Klick entfernt sein. Wir fordern die Vertreterinnen und Vertreter in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz auf, das unkoordinierte Geflecht aus 283 unterschiedlichen Katalogen und Inhalten in einen gemeinsamen Katalog aller 284 wissenschaftlichen Medien und Publikationen deutscher Hochschulen zu überführen. 285 Dabei soll das Bundesministerium für Bildung und Forschung den Aufbau und die 286 Erhaltung der notwendigen IT-Infrastruktur finanzieren. In der Bereitstellung 287 von Medien muss weitergehend auch europäisch gedacht werden. Wir fordern daher, 288 dass sich die Bundesregierung für ein europaweites System digitaler Fernleihen 289 unter Kostenbeteiligung der Anfragenden einsetzt.
- Mehr Frauen in MINT-Fächer bringen [33]: Der Frauenanteil der MINT-Studiengänge 291 liegt bei ca. 20%-30%. Die Ursachen für den geringen Anteil lassen sich bereits 292 auf die Interessenfindung in der Schulzeit zurückführen. Lehrkräfte sollen im 293 Rahmen ihrer Ausbildung daher Geschlechterkompetenzen erwerben und eine 294 entsprechende Sensibilität für das Geschlechterverhältnis in MINT-Fächern 295 296 mitbringen. Ein Ausbau der aktuellen Praxis vieler Universitäten zur Promotionsund Studienförderung von Frauen in MINT-Studiengängen wird begrüßt. 297 Entsprechende Förderprogramm für eine schulische Förderung sollen verstärkt 298 werden. 299
- Chancengerechtigkeit durch Nachteilsausgleich [34]: Analog zum Nachteilsausgleich an Schulen braucht es auch an den Hochschulen mehr 301 Unterstützung für Studierende mit Lernschwächen. Alternative Prüfungsformate wie 302 mündliche Ersatzleistungen sowie die Möglichkeit, bei Klausuren einen Computer 303 mit automatischer Rechtsschreibkorrektur nutzen zu dürfen, müssen den 304 betroffenen Studierenden seitens der Hochschulen flächendeckend angeboten 305 306 werden. Besteht die Möglichkeit digitaler Hilfsmittel nicht und kann kein vergleichbarer Nachteilsausgleich gewährt werden, sollte auf die Bewertung der 307 sprachlichen Richtigkeit verzichtet werden. 308
- Büchergeld-Anpassung der Begabtenförderungswerke [35]: Die Begabtenförderung 309 • muss sich an die Kaufkraftentwicklung anpassen. Das gilt vor allem für das 310 311 sogenannte Büchergeld, den einkommensunabhängigen Grundsockel, den alle

- Stipendiatinnen und Stipendiaten monatlich erhalten. Wir sind deshalb überzeugt, dass nach über 10 Jahren seit der letzten Erhöhung im Jahr 2013 eine deutliche Erhöhung des Büchergeldes von 300€ für die ca. 30.000 Stipendiaten lange fällig ist. Weiterhin setzen wir uns für eine zukünftige Anpassung nach der Inflation ein.
- Reform des WissZeitVG: Junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler brauchen 317 eine klare Zukunftsperspektive, um die internationale Attraktivität und 318 Wettbewerbsfähigkeit des Forschung- und Wissenschaftsstandortes Deutschland zu 319 gewährleisten. Das aktuelle Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) wird 320 diesem Ziel allerdings nicht gerecht. Es braucht eine Reform der 321 Forschungsfinanzierung, die durch eine Erhöhung der Grundfinanzierung von 322 Forschungseinrichtungen und Hochschulen mehr unbefristete Stellen schafft. Zudem 323 muss die Drittmittelvergabe nach US-amerikanischem Vorbild reformiert werden und 324 das Tenure-Track-System durch mehr entsprechende Stellen ausgebaut werden. Eine 325 Verkürzung der aktuell bestehenden Qualifizierungsbefristungshöchstdauer für 326 Post-Docs von aktuell sechs Jahren lehnen wir hingegen entschieden ab, da so der 327 Druck auf junge Forschende innerhalb der Qualifizierungsphase enorm erhöht und 328 die Abwanderung akademischer Talente ins Ausland befördert wird. 329

330 Lebenslanges Lernen

- Lifelong Learning Accounts nach südkoreanischem Vorbild: Lebenslanges Lernen ist 331 der Schlüssel zu lebenslangen Bildungschancen. Wie das unkompliziert und 332 einheitlich ausgestaltet werden kann, macht Südkorea mit dem sogenannten 333 Lifelong Learning Account System (LLAS) erfolgreich vor. [36] Dort können 334 Individuen in einem übersichtlichen und gebündelten Skill-Portfolio sowohl 335 akademische als auch außerakademische Qualifikationen und Zertifikate sammeln, 336 die durch das Academic Credit Bank System (ACBS) in akademische Credit Points 337 umgerechnet werden und analog zu diesen anerkannt werden können. Zudem werden 338 339 die Nutzerinnen und Nutzer dabei unterstützt, einen zukünftigen "Investment-Plan" in Bildungserfahrungen zur Erreichung weiterer Karriereschritte 340 aufzustellen. Wir fordern die Einführung eines solchen LLAS auch in Deutschland, 341 342 das ebenfalls in das hiesige akademische Credit-Point-System eingegliedert wird. Perspektivisch soll sich Deutschland dafür einsetzen, ein solches System 343 einheitlich und gegenseitig anerkannt in der gesamten Europäischen Union 344 einzuführen. 345
- Verpflichtende Arbeitgeberangebote zur Weiterbildung [37]: Deutschland braucht 346 eine progressive Weiterbildungskultur, damit bestehende Angebote zur 347 Weiterbildung auch wahrgenommen werden. Wir wollen daher den Arbeitgeber 348 verpflichten, jeder Mitarbeiterin und jedem Mitarbeiter jährlich ein 349 Beratungsangebot zu unterbreiten. Der Beratungsträger soll im Sinne einer 350 neutralen Beratung organisatorisch und finanziell unabhängig vom Arbeitgeber 351 352 sein. Informationen über Beratungsinhalte sind streng vertraulich zu behandeln und dürfen insbesondere nicht dem Arbeitgeber mitgeteilt werden. Wer fünf Jahre 353 oder länger keine Weiterbildungsberatung besucht hat, ist zur Annahme des 354 Beratungsangebots durch den Arbeitgeber verpflichtet. 355
- **Bildungsurlaub flexibilisieren [38]**: Statt eines Anspruchs von fünf Arbeitstagen auf Fortbildung fordern wir eine Umwandlung in einen Anspruch von 50

- Arbeitsstunden. So besteht mehr Flexibilität, in Teilzeit oder in
- 359 Abendveranstaltungen stattfindende Weiterbildungsmaßnahmen zu besuchen, auch
- wenn diese über längere Zeiträume laufen. Um keine Missverständnisse darüber
- zuzulassen, dass Fortbildung nicht der Erholung dient, wollen wir fortan von
- 362 "Weiterbildungszeit" sprechen.
- Bessere Veranlagung von Fortbildungskosten [39]: Die tarifliche Einkommensteuer
- 364 soll um die sonstigen Steuerermäßigungen durch Fortbildungskosten um 50 Prozent
- der Ausgaben, höchstens jeweils 825 Euro für Einzelveranlagte, im Fall der
- Zusammenveranlagung von Ehegatten höchstens jeweils 1.650 Euro, ermäßigt werden.
- 367 Hierzu zählen explizit auch Kinderbetreuungskosten, die ggf. zur Wahrnehmung von
- 368 Weiterbildungsangeboten erforderlich sind. Darüber hinausgehende Ausgaben werden
- wie reguläre Werbungskosten behandelt.

370 Wirtschaft-Versprechen: Mit Sicherheit Dein Aufstieg im wirtschaftlichen Wandel!

- Auch die beste Bildung braucht ein Umfeld, in welchem die erworbenen Fähigkeiten für
- den individuellen Aufstieg eingebracht werden können. Es braucht ein
- 373 Wirtschaftssystem, das sich wandelt, an die neuen Zeiten anpasst und dabei Sicherheit
- 374 für die eigene Zuversicht bietet. Auch heutzutage noch stellen Geld verdienen (90%)
- und eine erfolgreiche Karriere zu starten (85%) mit die wichtigsten Prioritäten
- junger Menschen dar, [40] materielle Absicherung ist für sie essentiell [41]. Diese
- 277 Prioritäten und Hoffnungen treffen gegenwärtig auf ein Umfeld, in dem zwei Drittel
- ³⁷⁸ fürchten, dass der gesellschaftliche Lebensstandard nach unten korrigiert werden
- 379 muss; [42] insbesondere bei Menschen mit ohnehin niedrigem Haushaltseinkommen teilen
- 380 72% die Sorge, weiter "innerhalb der deutschen Gesellschaft abzurutschen". [43] Vor
- diesem Hintergrund erneuern wir unser Wirtschafts-Versprechen. Wir fordern hierfür:

382 Wirtschaftsstandort Deutschland

- Von De-Risking zu Re-Diversification [44]: Wir stehen für Freihandel und den
- regelbasierten globalen Warenverkehr ein. Daher wollen wir den Fokus vom reinen
- De-Risking, der schon vom Namen her den internationalen Handel als latentes
- "Risiko" betrachtet, auf eine freiheitlichere "Re-Diversification" lenken: Wir
- wollen unsere Warenströme nicht national entkoppeln, sondern im internationalen
- Rahmen regelorientiert diversifizieren. Wir streben daher weitere
- Handelsabkommen mit Werte- aber auch strategisch wichtigen geopolitischen
- Partnern an. Insbesondere soll Deutschland auf eine Ratifizierung des
- 391 Freihandelsabkommens mit Mercosur hinwirken. Darüber hinaus fordern wir ein
- Jahrzehnt des Freihandelsabkommens mit den Ländern des afrikanischen Kontinents.
- Die Zusammenarbeit mit Indien soll gestärkt werden. Im Wettbewerb mit China
- stellen wir uns dem gegenwärtigen Dilemma zwischen unserem Streben nach
- 395 Freihandel und dem einseitigen chinesischen Subventionswettkampf: Im Grundsatz
- sperren wir uns gegen einen Subventionswettlauf, Zölle sollten für alle Staaten
- 397 stets die ultima ratio sein. Wir stehen zu den Regeln der WTO. Deutschland muss
- daher innerhalb der EU sowie global bei dem Versuch, den gelähmten Dispute
- 399 Settlement Body der WTO wieder mit Richterinnen und Richtern nachzubesetzen,
- vorangehen. In Anerkennung des größtenteils einseitigen chinesischen
- Subventionswettkampfs sehen wir gleichwohl die Notwendigkeit, über partielle
- unionale Zölle, z.B. in strategischen Branchen, nachzudenken.
- Das Altersteilzeitgesetz in den Ruhestand schicken: Das Altersteilzeitgesetz

- (AltersTZG) wurde 1996 in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit eingeführt und verfolgte 404
- das Ziel, dass Jüngere die Arbeitsplätze Älterer übernehmen. Es mangelte damals 405
- nicht an Fachkräften, sondern an Arbeit. Heute ist es andersherum. Dennoch ist 406
- das AltersTZG nach wie vor in Kraft und wird großflächig für "sozialverträgliche 407
- Vorruhestandsprogramme" verwendet. Im Jahr 2022 befanden sich ca. 300.000
- Menschen in Altersteilzeit, 25% mehr noch als 2017. Hunderttausende Fachkräfte 409
- werden so Jahre vor der Rente dauerhaft vom Arbeitsmarkt wegkomplimentiert -410
- obwohl man sie anderswo dringend braucht. [45] Wir fordern daher eine 411
- Abschaffung des AltersTZG in der jetzigen Form. Hiervon ausdrücklich ausgenommen 412
- sind etwaige Regelungen einer Flexi-Rente. 413
- Einseitiger Anspruch auf Gleitzeitautonomie [46]: Arbeitnehmende, die
- grundsätzlich arbeitszeitunabhängig arbeiten können, sollen einen Rechtsanspruch 415
- auf Gleitzeitautonomie erhalten. Der entsprechende Antrag kann vom Arbeitgeber 416
- nur sachlich begründet abgelehnt werden, ihm obliegt die Beweislast. Der 417
- Rechtsanspruch ist bei einer grob fahrlässigen Pflichtverletzung aus dem 418
- Arbeitsvertrag nicht durchsetzbar. Nach Ablauf einer zweijährigen Frist entfällt 419
- die Einwendung, sodass den betroffenen Arbeitnehmenden eine zweite Chance 420
- gewährt wird. Dies sichert die Interessen des Arbeitgebers. Um zu starke 421
- einseitige Belastungen infolge einer maximal fünffach erlaubten Mehr- oder 422
- Minderarbeit zu vermeiden, ist grundsätzlich ein Zeitkonto zu führen, auf das 423
- Abweichungen von der vereinbarten regelmäßigen Arbeitszeit eingezahlt werden. 424
- Arbeitnehmenden steht ein Rückkehrrecht aus der Gleitzeitautonomie zu. 425
- Flexibilisierung der Arbeitszeiten in Berufsfeldern mit hohem Remote-Anteil [47] 426
- : Wir fordern die Einführung eines liberalisierten Arbeitszeitgesetzes für 427
- Branchen mit hohem Remote-Anteil, die wie z.B. die IT-Branche in der Regel in 428
- flexiblen Arbeitsmodellen arbeiten. Wir fordern unter Wahrung der 429
- Ruhezeitenregelung von 11 Stunden zwischen den Arbeitstagen sowie der 430
- Ruhepausenregelung die Abschaffung der Tageshöchstarbeitszeit von 10h, der 431
- Werkstagsregelung (jedoch mit Beibehaltung der 5 Tage Woche) sowie der 432
- zwanghaften Sonderzulagen für Nachtschicht- und Wochenendarbeit. Ferner fordern 433
- wir die Einführung einer Projektsarbeitszeit mit projektgebundener Überhöhung 434
- über die durchschnittlich 8 Stunden Tagesarbeitszeit in 6 Monaten. Dabei soll 435
- bei Projektabschluss die Wahl bestehen, sich die Zeit in Freizeitausgleich oder 436
- als Einzahlung in ein Lebensarbeitzeitkonto vergüten zu lassen. 437
- Bessere Absicherung von Selbstständigen und Freiberuflerinnen und Freiberuflern: 438
- Für Selbstständige und Freiberuflerinnen und Freiberufler sind die aktuellen 439
- Elterngeldregelungen oft unzureichend, da sie häufig keine ausreichenden 440
- Einkommensersatzleistungen erhalten. Wir fordern spezielle Elterngeldregelungen 441
- für Selbstständige, welche die individuelle Arbeitsrealität besser 442
- berücksichtigen und ihnen eine gerechte Absicherung während der Elternzeit 443
- bieten. 444
- Mütter als Gesellschafterinnen stärken [48]: Im Mutterschutzgesetz oder im 445 •
- Gesellschaftsrecht sind Regelungen für Gesellschafterinnen und Organmitglieder 446
- während der klassischen Mutterschutzzeit vorzusehen. Ähnlich wie bei 447
- Arbeitnehmerinnen soll es zu einem Ruhen des Amtes kommen. Das ist im 448
- Handelsregister vorab anzumelden. In einem ähnlichen Rahmen soll Elternzeit 449

450 ermöglicht werden.

- Kein Verbot von Payment for Order Flow [49]: Mit knapp 2,5 Millionen Nutzern 451 leisten Neobroker einen wichtigen Beitrag dazu, niedrigschwelligen Handel von 452 Wertpapieren zu ermöglichen und so die aufstrebende Aktienkultur zu fördern. 453 Hinter dem letzten Aufschwung liegt das Entgeltmodell "Payment for Order Flow", 454 welches eine Rückvergütung der Broker durch einzelne Handelsplätze ermöglicht. 455 Von diesen Rückvergütungen, den sogenannten Kickbacks, profitieren auch die 456 Nutzerinnen und Nutzer, weil sie niedrige Ordergebühren ermöglichen und so 457 insbesondere bei niedrigen Anlagevolumina kostensenkend wirken. Das Verbot des 458 Payment for Order Flow aus dem März 2024 mit Artikel 39a Absatz 1 der Verordnung 459 (EU) 600/2014 (MiFIR) lehnen wir daher ab. Wir fordern eine zeitnahe Abschaffung 460 des Verbots. 461
- Referentielle Baugenehmigung und Typengenehmigung [50]: Wir fordern die 462 Evaluation der Musterbauordnung hinsichtlich verstärkter Potenziale durch referentielle Baugenehmigungen und Typengenehmigungen. So verspricht die 464 'Serienproduktion' im Baubereich erhebliche Kostenminderungen. Werden in einem 465 Gebiet mit gleichem Bebauungsplan also identische Gebäude (Geschossigkeit, 466 Grundfläche, etc.) geplant, sollte die Erstellung einer "Muster-Genehmigung" für 467 eine Vielzahl gleicher Bauwerke übergreifend gelten. So können nicht nur 468 Genehmigungsverfahren (erheblich) beschleunigt, sondern auch Anreize für 469 serielles Bauen gesetzt werden, um die Baukosten zu senken. 470
- Moderne Verwaltung: Ein Aufstieg bedarf einer unterstützenden, effizienten 471 Verwaltung. Dies setzt zum einen ein neues Beamtentum voraus, bei dem z.B. 472 Gehalts- und Besoldungsordnungen insoweit flexibilisiert sind, dass nicht mehr 473 allein die abstrakte Klassifizierung von Abschlüssen, sondern die jeweiligen 474 Berufsfelder und Branchen und die damit einhergehenden Marktgegebenheiten 475 Berücksichtigung finden. Grundsätzlich wollen wir, soweit möglich, 476 leistungsbezogene Teilvergütungen etablieren. Zum anderen bedarf es einer 477 Reform der Verwaltungsstrukturen. Im Rahmen der Umsetzung des OZG (2.0) und 478 etwaiger Folgeregelungen muss die komplette Digitalisierung aller Anträge sowie 479 480 der verwaltungsinternen Abläufe oberste Priorität haben. In einem weiteren Schritt soll die Vernetzung der Verwaltungen bzw. ihrer Register intensiviert 481 werden. Es gilt, einmal beim Staat hinterlegte Daten auch bei anderen Behörden 482 nicht erneut angeben zu müssen. Ein staatliches Prefill von Daten soll die Regel 483 werden. Ein individueller Opt-Out ist möglich. Für eine entsprechende Umsetzung 484 sollen die nationalen datenschutzrechtlichen Regelungen auf das unionsrechtliche 485 Minimum reduziert werden. Zusätzlich soll für Daten, die der grundgesetzlichen 486 Aufgabenverteilung unterliegen, eine Regelung entwickelt werden, die die 487 Aufgabenverteilung anhand der Datensouveränität und nicht des Speicherorts 488 definiert. Die Datensouveränität sollte den föderalen Aufbau Deutschlands 489 spiegeln und berücksichtigen, dass die Zuständigkeit für verschiedene 490 491 Datenentitäten auf zahlreiche Verwaltungsstellen verteilt und somit dezentral organisiert ist. Für diesen Ansatz kann man sich am Beispiel des schweizerischen 492 Ökosystem DataHub orientieren. 493

494 Forschungsstandort Deutschland

Grundlagenforschung der Cellular Agriculture stärken: Vor dem Hintergrund der

Klimaziele sowie des enormen Ressourcenverbrauchs der konventionellen 496 industriellen Nutztierhaltung setzen wir auch bei der Ernährung auf Forschung 497 und Fortschritt. Die Forschung der zellulären Landwirtschaft beschäftigt sich 498 hierfür mit der Herstellung tierischer und pflanzlicher Produkte – etwa In-499 vitro-Fleisch, Fisch, Milch, Eier, Gelatine; aber selbst Seide und Leder - in und auf der Basis von Zellkulturen bzw. der sog. Präzisionsfermentation. Bei 501 durchschlagendem Erfolg würde theoretisch kaum noch Nutztierhaltung erforderlich 502 sein, mit allen Vorteilen der Ressourceneffizienz, Landnutzung, etc. Wir 503 fordern, diesen Forschungsbereich und erste Versuche der kommerziellen Nutzung 504 verstärkt zu fördern, um eine wesentliche Industrie der Ernährungssicherheit des 505 21. Jahrhunderts in Deutschland zu etablieren. 506

Biotech- & LifeScience-Forschung stützen: Auch die Biotech- sowie die 507 LifeScience-Branche gehören zu den zentralen Forschungsfeldern des 21. 508 Jahrhunderts. Die deutsche Spitzenforschung muss gefestigt und die Übersetzung 509 in erfolgreiche Geschäftsmodelle gestärkt werden. Da gerade die kostenintensive 510 Frühphase in der Biotechforschung eine Hürde für neue Ideen darstellt, wollen 511 wir Inkubatoren in der Art der weltweit führenden LabCentrals (USA) aufbauen, 512 bzw. bestehende Einrichtungen, wie die Bio City Leipzig, stärken. Insbesondere 513 für die kostenintensiven ersten Produktionskapazitäten sollen Anlagen für 514 Pilotprojekte helfen. Wo möglich, soll KI dazu beitragen, die Zahl der 515 Experimente und damit die Kosten zu begrenzen. Bei all solchen Projekten sind Public-Private-Partnerships denkbar. Ferner sollen neue Studiengänge in 517 Biologie, mit Ausnahme für Lehramt, nur noch international ausgerichtet und in 518 englischer Sprache sein. Für den dringenden Bedarf an Laboranten, technischen 519 Assistenten und IT-Kräften wollen wir die wissenschaftliche Weiterbildung, 520 Zertifikatsprogramme, und Masterstudiengänge im Fernstudium schaffen bzw. 521 stärken. Zuletzt sollen die Länder sowie der Bund zentrale Anlauf- und 522 Koordinierungsstellen analog zum Landeskoordinator für Biotechnologie in 523 Rheinland-Pfalz schaffen. 524

Stammzellforschung in Deutschland stärken [51]: Das Embryonenschutzgesetz
 beschränkt den Fortschritt in der deutschen Stammzell- und Embryonalforschung.
 Wir fordern, die Produktion von Stammzellen für begründete Forschungszwecke in
 Deutschland zu legalisieren. Zudem soll der ethisch verantwortungsvolle Import
 entbürokratisiert werden. Insbesondere fordern wir Lockerungen der
 Forschungsbeschränkungen für den Einsatz in der regenerativen Medizin.

Gründungsstandort Deutschland

- Schnellere und einfachere Gründungen [52]: Heutige Gründungen sind der
 Mittelstand von morgen. Wir brauchen deshalb endlich eine Kultur in Deutschland,
 die junge Gründerinnen und Gründern nicht ausbremst, sondern ihnen ganz im
 Gegenteil bestmögliche Wettbewerbs- und Innovationsbedingungen bietet. Dazu
 müssen Gründungen künftig digital und innerhalb eines Tages über einen "OneStop-Shop" möglich sein, mit dem alle bisher einzelnen bürokratischen Start-UpAngelegenheiten gebündelt und digital durchführbar gemacht werden.
- Umsatzsteuervoranmeldung und Kleinunternehmerregelung [53]: Um Kleinunternehmer
 zu stärken und sie unbürokratisch zu entlasten, soll die Kleinunternehmergrenze
 einmalig um 25% auf 27.500 Euro Gesamtumsatz im Vorjahr und voraussichtlich

- nicht mehr als 62.500 Euro Gesamtumsatz im laufenden Jahr verdoppelt werden. Ab
 2026 soll die Kleinunternehmergrenze um die Inflationsrate jährlich angehoben
 werden. Zudem soll die Umsatzsteuervoranmeldung außerhalb der
 Kleinunternehmerregelung durch die Einführung einer jährlich optional wählbaren
 neuen Ausnahmeregelung vereinfacht werden, mit der Unternehmen unterhalb eines
- Jahresumsatzes von 50.000€ statt einer Umsatzsteuervoranmeldung pro Quartal lediglich eine Umsatzsteuererklärung pro Jahr abgeben können.
- Abbau sonstiger regulatorischer Hürden für Start-Ups [54]: Um Start-Ups 549 • staatlicherseits keine Steine in den Weg zu legen, sollen bürokratische und 550 unnötige regulatorische Hürden abgebaut werden. Konkret sollen künftig 551 Crowdfunding-Einnahmen nicht mehr als Umsatz i.S.d. Umsatzsteuerrechts behandelt 552 werden, Einzelunternehmer und Freiberufler generell von zusätzlicher 553 Rundfunksbeitragszahlung ausgenommen werden, partiarische Nachrangdarlehen und 554 Eigenkapitalinvestments bei Insolvenz sofort als Verlust geltend gemacht werden 555 können sowie bei Gründungen von Kapitalgesellschaften mit einem Mustervertrag 556 keine Notarpflicht mehr bestehen, wobei eine Rückabwicklung vor Bekanntmachung 557 im Handelsregister binnen 14 Tagen möglich ist. 558
- Gründungssemester und Gründungsstipendium [55]: Um die Gründung eines Start-Ups neben dem Studium zu vereinfachen, sollen Studierende künftig bis zu zwei 560 Gründungssemester nehmen können, in denen sie vorrangig an ihrem Unternehmen 561 arbeiten können. Diese werden nicht auf die Regelstudienzeit und die BAföG-562 Bezugsdauer angerechnet. Damit Gründerinnen und Gründer ihren Lebensunterhalt 563 bestreiten können, muss die Gründungsphase sozialrechtlich als Erwerbstätigkeit 564 gelten, sodass Sozialleistungen nicht aufgrund abgelehnter Jobangebote gekürzt 565 werden dürfen. Zudem soll ein Gründungsstipendium nach dem Vorbild Nordrhein-566 Westfalens eingeführt werden. 567
- Vertiefte Förderlandschaft [56]: Ein Baustein der umfassenden Start-Up-Strategie der Bundesregierung, um die Start-Up-Kultur in Deutschland voranzutreiben, sind Förderprogramme, die junge Gründerinnen und Gründer in unterschiedlichen Gründungsschritten unterstützen sollen. Wir fordern daher, dass das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz erfolgreiche Programme wie EXIST, INVEST und die Digital Hub Initiative weiter ausbaut. Zudem braucht es in Niedersachsen einen öffentlich-privaten Venture-Capital-Fonds, der Startups nach dem Vorbild des israelischen Yozma-Programms Risikokapital bereitstellt.
- Bessere Mitarbeiterbeteiligungen [57]: Wir fordern eine spürbare Anhebung des
 jährlichen Steuerfreibetrags für Mitarbeiterbeteiligungen gem. § 3 Nr. 39 Satz
 1 EstG. Ferner fordern wir eine klare bundeseinheitliche Rechtssicherheit für
 die Besteuerung von Dry Income aller Beteiligungsformen sowie die einheitliche
 Besteuerung nach der Kapitalertragssteuer. Im Rahmen der Gründerkulturförderung
 fordern wir zudem zusätzlich eine zehnjährige Steuerfreiheit von "trockenem"
 Einkommen aus Mitarbeiterbeteiligungsformen.
- Gründungstag in den Schulen [58]: An einem Projekttag sollen Gründerinnen und
 Gründer aus der Praxis die Schule besuchen, um den Schülerinnen und Schülern den
 Gründungsgeist aus der Praxis näher zu bringen. Hierbei soll auch darauf
 geachtet werden gezielt weibliche Vorbildpersonen in die Schulen zu holen, damit
 der Anteil der weiblichen Gründerinnen nachhaltig steigt.

• Stärkung von Frauen in der Gründerinnen bzw. Gründer- und Start-up-Szene:Frauen sind in der Unternehmensgründung und im Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten unterrepräsentiert. Es braucht gezielte Förderprogramme, finanzielle
Unterstützung und Netzwerke für Gründerinnen, um die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen zu stärken. Auch der Zugang zu Risikokapital muss gerechter gestaltet werden, um Frauen im Start-up-Bereich zu fördern.

4 Steuerstandort Deutschland

622

- Keine Körperschafts-Einkommenssteuer auf nicht ausgeschüttete Gewinne [59]: Kaum 595 jemand kann das Wachstum besser ankurbeln als profitable Unternehmen. Analog zum 596 estnischen Erfolgsmodell streben wir an, dass der Gewinn, der im Rahmen der 597 Geschäftstätigkeit erzielt und nicht als Dividenden an die Gesellschafter ausgeschüttet wurde, nicht der Körperschafts-Einkommensteuer unterliegt. Die 599 Verpflichtung zur Zahlung der Körperschaftssteuer soll erst im Moment der 600 Ausschüttung von Dividenden oder der Durchführung sonstiger nicht mit der Geschäftstätigkeit verbundener Zahlungen an die Gesellschafter oder andere 602 Dritte bestehen. Dies bietet zugleich den Vorteil der Vereinfachung der Steuern. 603
- Abschaffung des Solidaritätszuschlags: Dass der ursprünglich als temporäre
 Abgabe zur Bewältigung der Herausforderungen der Wiedervereinigung eingeführte
 Soli weiterhin in Kraft ist, schadet der politischen Glaubwürdigkeit und stellt
 ein Hindernis für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands dar. Wir
 fordern daher seine vollständige Abschaffung.
- Ehegattensplitting abschaffen liberalen Feminismus ernst nehmen [60]: Das sog. 609 • Ehegattensplitting sorgt aktuell für problematische Beschäftigungseffekte und 610 steht durch ein überkommenes Gesellschaftsbild der "Hausfrauen-Ehe" einem 611 Liberalen Feminismus diametral gegenüber. Wir fordern einen Übergang entweder in 612 ein Steuermodell des "Realsplittings" (Individualbesteuerung mit der Möglichkeit 613 zur Übertragung eines gewissen Betrags des Erstverdieners auf den 614 Zweitverdiener) oder des "Ehezusatzfreibetrags" (der mit wachsendem Einkommen 615 des Zweitverdieners sinkt). Langfristig streben wir die Abschaffung der 616 steuerlichen Ungleichbehandlung zusammenlebender kinderloser unverheirateter 617 Paare und kinderloser Ehepaare an. Um die übrigen Belastungen zu minimieren, 618 sollten die restlichen Mehreinnahmen verwendet werden, um etwa die 619 620 Einkommensteuer oder andere Steuern zu senken. Ferner gilt für bestehende Ehen im Rahmen einer Übergangsphase Bestandsschutz. 621

Sozialstaats-Versprechen: Dein Aufstieg endet niemals im freien Fall!

- Mut zum Aufstieg braucht Freiheit, aber auch die Gewissheit, bei unverschuldeten
 Rückschlägen oder einem Aufstiegsversuch zur falschen Zeit am falschen Ort nicht im
 freien Fall zu sein. Ein Aufstiegsversprechen ist daher elementar mit einem
 sozialliberalen Verständnis von einem Sozialstaat verbunden, der ermutigt und
 bestärkt, ohne dabei alle erdenklichen Risiken abdecken zu können oder zu wollen. Von
 einem solchen Verständnis entfernt sich der Haushalt seit Jahrzehnten jedoch
 zusehends Sozialleistungen werden zu stark ausgeweitet, überlastete Sozialkassen
 und hohe Lohnabgaben sind die Folge. Wir wollen unsere Leistungen priorisieren. Vor
 diesem Hintergrund erneuern wir unser Sozialstaats-Versprechen. Wir fordern hierfür:
 - "Generationengerechte Haltelinie" im Rentensystem: Gegenwärtig gilt im

- Rentensystem das maßgeblich SPD-getriebene Prinzip der "doppelten Haltelinie".
- 634 Es garantiert, dass das Rentenniveau nicht unter 48% sinken, der
- Rentenbeitragssatz gleichzeitig jedoch nicht über 20% steigen darf. Einzige
- Stellschraube für eine Austarierung des Systems bleibt hierbei eine Erhöhung des
- Rentenalters, für die sich jedoch nur schwierig Mehrheiten finden lassen. Wir
- wollen diesen gesetzlich organisierten Stillstand mittels einer
- "generationengerechten Haltelinie" aufbrechen. Im Sinne künftiger Generationen
- soll lediglich der Rentenbeitragssatz bei 20% festgeschrieben werden (die erste,
- "generationengerechte" Haltelinie). Das Festhalten des Rentenniveaus bei nicht
- unter 48% (die "doppelte" Haltelinie) entfällt. Wir öffnen somit den Raum für
- eine Abwägung, ob das Renteneintrittsalters und/oder das Rentenniveau
- modifiziert werden soll. Findet sich keine konsensfähige Lösung zur Erhöhung des
- Renteneintrittsalters, führt dies zwangsläufig zu einem niedrigeren
- Rentenniveau. Aufgrund der "generationengerechten Haltelinie" entstehen hierbei
- so oder so keine Nachteile für künftige Generationen.
- Geschlechtsspezifische medizinische Versorgung [61]: Inwiefern die Geschlechter
- einer unterschiedlichen medizinischen Versorgung bedürfen, ist wenig untersucht.
- 650 Gleichzeitig wird vermutet, dass das Geschlecht ebenso wie das Alter auf den
- 651 Verlauf und die Behandlung von Krankheiten einen Einfluss hat. Der Fokus zur
- Verbesserung der geschlechtsspezifischen medizinischen Versorgung liegt in der
- 653 Erforschung weiterer Unterschiede. Neben dem Forschungsstandort Charité sollen
- weitere Institute für Geschlechterforschung in der Medizin an anderen
- Universitätskliniken gefördert werden. Unterstützend dazu sind medizinische
- 656 Forschungsinstitute mit sozialwissenschaftlichen Instituten der
- 657 Geschlechterforschung zu vernetzen. Am kanadischen Vorbild sind bei
- medizinischen Forschungsprojekten zu einzelnen Krankheiten die Datensätze auch
- auf geschlechtsspezifische Unterschiede zu untersuchen. Sollte ein
- Forschungsprojekt von vornherein nur ein Geschlecht untersuchen, ist diese
- 661 Auswahl zumindest zu begründen.
- Mental Health stärken [62]: Mentale Gesundheit ist eine vitale
- 663 Grundvoraussetzung, um Aufstiegschancen überhaupt wahrnehmbar zu machen. Wir
- setzen uns daher für eine Reform des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) ein,
- sowohl hinsichtlich einer stärkeren Stimme von Patientinnen und Patienten als
- auch mit Blick auf eine veränderte Bedarfsplanung, welche die hohe Dunkelziffer
- an Menschen mit psychischen Erkrankungen berücksichtigt. Die Begrenzung der
- Kassensitze für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten wollen wir
- abschaffen. Zudem muss als Sofortmaßnahme das Kostenerstattungsverfahren
- dahingehend vereinfacht werden, dass psychotherapeutische Leistungen auch bei
- Therapeutinnen und Therapeuten ohne Kassenzulassung einfacher in Anspruch
- genommen werden können, indem eine Bescheinigung durch eine Therapeutin oder
- einen Therapeuten im Zuge des Erstgesprächs vorgelegt wird.
- Mental Health ohne Geschlechterstereotypen [63]: Die Diagnose von psychischen
- 675 Erkrankungen wird teilweise durch Geschlechterstereotype beeinträchtigt.
- Beispielsweise erfolgt die Diagnose von Autismus als Entwicklungsstörung oder
- ADHS als Verhaltensstörung bei Frauen erheblich später als bei Männern. Andere
- Fälle finden sich im Bereich der narzisstischen Persönlichkeitsstörung, der

- bipolaren Störung, Burn-Outs und Depressionen. Verzögerung oder falsche 679 Diagnosen können bei den Betroffenen zu Folgeerkrankungen und (weiteren) 680 Depressionen führen. Es ist in der psychologischen Praxis und Ausbildung daher 681 für den Einfluss von Geschlechterstereotypen zu sensibilisieren. Unterstützend 682 kann für die Entscheidungsfindung mit Algorithmen oder Entscheidungsbäumen 683 gearbeitet werden, die Symptome geschlechtsneutral auswerten. Durch die 684 sensiblen Daten muss es sich dabei um ein datensicheres Angebot der öffentlichen 685 Hand handeln. 686
- Psychologische Vorsorgeuntersuchungen [64]: Angesichts der stetigen und starken 687 Zunahme psychischer Erkrankungen und Verhaltensstörungen fordern wir die 688 Einführung psychologischer Vorsorgegesprächen. Diese sollen bei Kindern und 689 Jugendlichen ab dem 4. Lebensjahr freiwillig einmal jährlich bis zum Alter von 690 21 Jahren angeboten werden. Diese Vorsorgeuntersuchungen können zur Schonung der 691 knappen Personalressourcen mittelfristig auch von Psychologinnen und Psychologen 692 in der Psychotherapeutenausbildung durchgeführt werden. Die Teilnahme soll 693 bescheinigt werden, durch die gesetzlichen Krankenkassen bezahlt und in den 694 entsprechenden Bonusprogrammen belohnt werden. Die Teilnahme an den Gesprächen 695 soll auch digital möglich sein. 696

697 Klimaschutz-Versprechen: Dein Aufstieg in einer gesunden Umwelt!

708

709

710 711

712

713

714

715

716

717

718

719

721

722

723

724

Ein Aufstieg, der Sicherheit auch für künftige Generationen schafft, braucht eine gesunde Umwelt. Insbesondere bei jungen Menschen löst der Klimawandel Gefühle der Angst, Ohnmacht und Frust aus, [65] nur ein Bruchteil von ihnen vertraut darauf, dass die Menschheit technologische und/oder gesellschaftliche Lösungen für den Klimawandel finden wird. [66] Ein liberales Aufstiegsversprechen nimmt berechtigte Sorgen vor dem Klimaschutz als zentrales Thema des 21. Jahrhunderts ernst. Wir sind dabei der festen Überzeugung, dass es mit den richtigen Anreizinstrumenten und der Macht der Marktwirtschaft gelingen kann, eine nachhaltige Gesellschaft zu formen, die gleichzeitig Wohlstand schafft. Vor diesem Hintergrund erneuern wir unser Wirtschafts-Versprechen. Wir fordern hierfür:

- Zertifikatehandel Eine liberale und effiziente Lösung [67]: Der effizienteste
 Weg zur Erreichung der Klimaziele ist das Instrument des Emissionshandels. Der
 bestehende europäische Emissionshandel, der EU-ETS I, und der neue EU-ETS II
 sind wichtige Schritte in diese Richtung, lassen jedoch erhebliches
 Optimierungspotenzial bislang ungenutzt. Zur Optimierung fordern wir u.A.:
 - Die Integration der Landwirtschaft in den EU-ETS I [68]: Trotz
 Schwierigkeiten bei der Integration, z.B. beim Emissionsmonitoring, muss
 die Eingliederung der Landwirtschaft in einen Zertifikatehandel das Ziel
 bleiben. Entsprechende Ausgestaltungsoptionen, z.B. die Erfassung von
 Emissionen bei der Tierhaltung oder der Lachgasemissionen des
 Düngemitteleinsatzes sollen von der EU-Kommission geprüft werden.
 - Die Integration der Baubranche in den EU-ETS I [69]: Als Anreiz nachhaltiger und emissionsarmer Baumaterialien sollen die bei Abriss bzw. Abtransport entstehenden Emissionen a priori bei der Herstellung der Baumaterialien über Emissionszertifikate abgegolten werden.
 - Die Abschaffung diverser Ausnahmetatbestände im EU-ETS I [70]: u.A. für die Sektoren Fischerei, Schiffe nicht-gewerblicher Betreiber, reine

- Freizeitboote, gewerbliche Passagier- und Frachtschiffe unter 5.000 725 Bruttoregistertonnen, gewerbliche Fluganbieter unterhalb eines jährlichen 726 CO2-Ausstoßes von 10.000 Tonnen sowie den selbst genutzten privaten oder 727 gewerblichen Flugbetrieb unterhalb eines jährlichen CO2-Ausstoßes von 1.000 728 Tonnen. 729
- Gleitender Übergang der Sektoren Verkehr und Gebäudewärme vom BEHG in den 730 EU-ETS II [71]: Für einen reibungslosen Übergang vom nationalen 731 Emissionshandelssystem (nEHS) zum ETS II fordern wir eine Reform des 732 Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) mit einem schnellstmöglichen 733 Übergang zu einem echten Emissionshandel mit freier Preisbildung, bis 734 dieser 2027 in den EU-ETS II übergeht. Die jährlich sinkende Zahl der 735 Emissionszertifikate soll sich dabei an den deutschen Verpflichtungen im 736 Rahmen der EU-Lastenteilungsverordnung orientieren. 737
- Sozial gerechter Zertifikatehandel Einführung einer Klimadividende [72]: Im 738 Sinne der Akzeptanz muss der erforderliche und gewünschte hohe CO2-Preis aus dem 739 Zertifikatehandel kompensiert werden. Gerade untere Einkommensgruppen sind 740 relativ stärker betroffen, da diese einen größeren Anteil ihres Haushaltsbudgets 741 etwa für Brenn- und Heizstoffe ausgeben müssen. Darum sind im europarechtlich 742 zulässigen Rahmen möglichst sämtliche Einnahmen aus der CO2-Abgabe zweckgebunden 743 in einen Auszahlungsmechanismus ("Klimadividende") zu leiten. Die Auszahlung 744 soll mittels einer pauschalen, einheitlichen jährlichen Pro-Kopf-Zahlung 745 erfolgen. Eine solche datensparsame Auszahlungsvariante ist technisch einfacher 746 durchführbar und entfaltet durch die stärksten Entlastungseffekte im 747 748 einkommenschwächsten Dezil gleichwohl seine sozialpolitischen Wirkungen.
- Europäischer CO2-Grenzausgleichsmechanismus [73]: Der Klimawandel macht weder an 749 nationalen noch an europäischen Außengrenzen Halt. Um den EU-ETS global zu 750 stärken, "carbon leakage" zu vermeiden und eine Anreizwirkung zur Einsparung von 751 CO2-Emissionen über die EU hinaus zu erreichen, unterstützen wir den geplanten 752 Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) der Europäischen Union. Wichtig ist 753 hierbei, dass der CBAM WTO-kompatibel und bürokratiearm ausgestaltet wird sowie 754 755 analog zum EU-ETS I und EU-ETS II schrittweise auf alle emittierenden Sektoren ausgeweitet wird. Bis faire und nachhaltige Voraussetzungen für eine 756 Transformation von Least Developed Countries (LDCs) in Richtung Klimaneutralität 757 geschaffen sind, sollen diese temporär von den Pflichten des CBAM ausgenommen 758 werden. 759
- Gründung einer European Carbon Central Bank & CO2-Entnahmezertifikate: Neben 760 Anstrengungen zur Emissionsminderung braucht es perspektivisch eine Strategie 761 zum Kohlenstoffmanagement, die auch auf die Erzielung von Negativemissionen 762 abzielt. Insbesondere die Implementationen von Carbon Dioxide Removal (CDR), 763 Carbon Dioxide Capture und Storage (CCS) sowie Carbon Dioxide Capture and 764 765 Utilization (CCU) müssen hierbei elementare Bausteine dieser Strategie sein. Dazu schlagen wir die Gründung einer European Carbon Central Bank (CCB) 766 innerhalb des institutionellen Rahmens der EZB vor, welche die Entnahme von CO2 767 aus der Atmosphäre in den Rahmen der EU-ETS-Systeme eingliedert, das 768 Emissionsmanagement durch eine effizientere intertemporale Verteilung der 769 770

- stabilisiert. Weiterhin nimmt die CCB analog zur Deutschen
- 772 Emissionshandelsstelle (DEHSt) Überwachungs- und Aufsichtsfunktionen wahr und
- stellt durch sicher, dass CO2-Entnahmezertifikate in der Zukunft nicht
- beispielsweise durch strategische Insolvenz umgangen werden.
- Stärkung der Bahn: Mobilität ist ein elementares Grundbedürfnis junger Menschen.
- Dazu braucht es allerdings eine Bahn, auf die man sich verlassen kann. Das
- Schienennetz muss hierzu massiv ausgebaut, der Ausbau des Schienennetzes
- entbürokratisiert und die vollständige Trennung von Netz und Betrieb
- vorangetrieben werden, sodass die aktuelle DB-Tochter InfraGO in Form einer
- 780 nicht-gewinnorientierten bundeseigenen Gesellschaft strikt aus dem DB-Konzern
- ausgegliedert und gleichzeitig die für den Betrieb zuständige Deutsche Bahn
- privatisiert wird. Dadurch wollen wir erreichen, dass gleichzeitig das Netz
- instandgehalten und ein fairer Wettbewerb auf der Schiene ermöglicht wird. Der
- Deutschlandtakt muss schnellstmöglich, jedenfalls vor dem kolportierten
- Abschlussjahr 2070 umgesetzt werden. Dazu müssen z.B. auch die Neubaustrecken
- zwischen Hannover und Bielefeld sowie Hannover und Hamburg realisiert werden, um
- eine ausreichende Taktung und Kantenfahrzeit zu erreichen.

788

- Mobilitätsoffensive für junge Menschen [74]: Junge Menschen haben ein hohes
- 789 Mobilitätsbedürfnis. Sie wollen Bildungschancen ergreifen, berufliche
- Möglichkeiten nutzen, soziale Kontakte pflegen und ihre persönliche Entwicklung
- vorantreiben. Deshalb soll das Land Niedersachsen für Studierende analog zur
- zuvor geforderten Lösung für Azubis eine vom Verkehrsverbund unabhängige
- vergünstigte Variante des Deutschlandtickets ermöglichen, die das bisherige
- landesweite Semesterticket ersetzt, wobei die Nutzung des Tickets freiwillig
- 795 sein muss. Für Schülerinnen und Schüler soll das Land Niedersachsen nach dem
- Vorbild des Landkreises Vechta die Landkreise dabei unterstützen, das
- 797 Deutschlandticket als reguläre Fahrkarte einzuführen.

8 Demokratie-Versprechen: Du entscheidest über die Regeln Deines Aufstiegs mit!

- 799 Ein liberales Zukunftsversprechen kämpft für die Demokratie. Immer. Umso drastischer
- 800 wiegt, dass nur noch 60% aller Deutschen mit der Demokratie an sich zufrieden sind
- und nur noch die Hälfte damit, wie sie in Deutschland funktioniert. [75] Die
- 802 Identifikation als Staatsbürgerin bzw. Staatsbürger schwindet: Nur ca. 40 % sagen,
- 803 persönliches Engagement bzw. eigene Entscheidungen und Handlungen seien entscheidend,
- 804 um die gesellschaftlichen Herausforderungen zu stemmen. [76] Dieser allgemeine
- 805 Politik-und-Demokratie-Pessimismus betrifft auch die junge Generation. 63% von ihnen
- sind der Ansicht, Politikerinnen und Politiker würden die Meinungen junger Leute
- nicht ernst nehmen. [77] Fast ein Viertel aller jungen Menschen stimmen sogar der
- 808 Aussage zu, dass eine Diktatur in bestimmten Situationen besser sein kann als eine
- 809 Demokratie. [78] Ein alarmierender Befund. Vor diesem Hintergrund erneuern wir unser
- 810 Demokratie-Versprechen. Wir fordern hierfür:
- Jugendparteien in die 'regulären' Parlamente [79]: Junge Menschen sind in
- Parteien und Parlamenten unterrepräsentiert. Um dies zu ändern, wollen wir die
- politischen Jugendorganisationen unmittelbar in Wahlen einbinden und damit zu
- echten Jugendparteien weiterentwickeln. Wir wollen den Jugendorganisationen nach
- dem Vorbild der Schweiz ermöglichen, eigene Wahllisten zu Kommunal-, Landes- und
- Bundestagswahlen einzureichen und mit der Mutterpartei eine

- Unterlistenverbindung einzugehen. Jede Stimme, die der Jugendpartei nicht (mehr)
 zum Gewinn eines Mandats verhilft, geht automatisch auf die Mutterpartei über.
 Auch im Hinblick auf die 5%-Hürde werden die Stimmen beider Listen
 zusammengerechnet. Voraussetzung für eine Unterlistenverbindung ist, dass die
 Jugendpartei satzungsgemäß als offizielle Vorfeldorganisation der Mutterpartei
 anerkannt ist.
- Ein eigenes, neues "Bundesjugendparlament" [80]: Ferner wollen wir jungen Menschen mit einem Bundesjugendparlament ein eigenes Organ zur demokratischen 824 Partizipation geben. Bei der rein digitalen Wahl sind automatisch alle zwischen 825 zwölf und 24 Jahren passiv und aktiv wahlberechtigt. Wer unter zwölf Jahren ist, 826 erlangt das aktive Wahlrecht durch einen formlosen schriftlichen Antrag. Die 827 Wahlperiode des Jugendparlaments soll zwei Jahre betragen. Dem Jugendparlament 828 muss ein Antragsrecht in den 'regulären' Parlamenten gewährt werden. Gegenüber 829 der Bundesregierung ist ihnen ein Fragerecht zu geben. Zu Themen, die Kinder 830 und Jugendliche betreffen, können sie Stellungnahmen abgeben und müssen auf 831 Wunsch angehört werden. Einmal pro Jahr können sie die gesamte Regierung 832 zitieren und in öffentlicher Sitzung befragen. Für ihre Aufgaben sind sie mit 833 Personal, Räumlichkeiten und eigenen finanziellen Mitteln auszustatten. Die 834 Organisation der Jugendparlamente (z.B. Anzahl und Ablauf der Plenarsitzungen) 835 fällt in die eigene Verantwortung. Sie unterliegen der verwaltungsgerichtlichen 836 Kontrolle. Wer sich im Jugendparlament engagiert, ist vom Schulunterricht, der 837 Hochschule oder dem Arbeitgeber zu befreien. 838
- Feministischer Parlamentarismus [81]: Die Entscheidung für eine 839 Abgeordnetentätigkeit darf nicht von der Vereinbarkeit von Mandat und Familie 840 abhängig sein. Daher sind die Kindertagesstätten in Landtagen und im Bundestag 841 bereits für Kinder ab sechs Monaten vorzusehen. Für Abgeordnete mit Kindern 842 unter sechs Monaten besteht die Möglichkeit, ihre Kinder mit in das Plenum zu 843 nehmen. Ein Ordnungsruf ist nur dann zulässig, wenn das Baby unzumutbare 844 Störungen verursacht und sich das Elternteil nicht um eine Beruhigung bemüht. 845 Darüber hinaus sollen Abgeordnete Anspruch auf eine elternzeitähnliche Auszeit 846 für die Dauer von sechs Monaten haben. Während einer solchen Kinderpause soll 847 das Fehlen des oder der Abgeordneten durch eine Pairing-Regelung abgesichert 848 werden. 849
- Unterstützung von Jugendorganisationen [82]: Jugendorganisationen leisten einen 850 • wichtigen Beitrag für unser Gemeinwesen und sind ein Grundpfeiler für das 851 Bestehen unserer offenen Gesellschaft. Doch zunehmend werden in Vereinen 852 ehrenamtliche Stellen vakant. Wir sind überzeugt, dass junge Menschen 853 Vereinsstrukturen langfristig unterstützen, wenn sie mit ihnen frühzeitig in 854 Kontakt kommen. Der Bund soll daher in Zusammenarbeit mit den Ländern einen 855 Masterplan Ehrenamt Jugend 2035 ausarbeiten und für hinreichende finanzielle 856 Unterstützung der Jugendorganisationen sorgen, sodass etwa ihre 857 858 Selbstorganisation (Geschäftsstelle, Kongresse, Klausurtagungen) förderfähig wird. 859
- Die Jugend an das Ehrenamt heranführen [83]: Um junge Menschen frühzeitig an
 ehrenamtliches Engagement heranführen, fordern wir, dass an möglichst vielen
 weiterführenden Schulen einzelne Kurse oder sogar Bestandteile der

- Grundausbildung der Feuerwehr, des DRK, des THW usw. im Rahmen von Projekten,
 als Wahl(pflicht)fächer oder in Arbeitsgemeinschaften nach dem regulären
 Unterricht angeboten werden können. Daneben setzen wir uns dafür ein, dass für
 alle Schüler der SEK I angelehnt an die Berufsorientierungstage mindestens
 einmal im Laufe der SEK I ein Tag des Ehrenamts organisiert wird, in dessen
 Rahmen sich Vereine und Organisationen präsentieren und für sich werben können.
- Ehrenamt in der Ausbildung und im Studium stärken [84]: Vorstandsarbeit und das
 ehrenamtliche Engagement soll unter gewissen Voraussetzungen für bestimmte
 Module innerhalb der Ausbildung bzw. des Studiums anrechenbar sein. Auch die
 Bafög-Bezugsdauer soll durch nachgewiesenes ehrenamtliches Engagement verlängert
 werden können. Existierende Regelungen von hochschulpolitisch aktiven
 Studierenden sollen adaptiert werden. Um Missbrauch zu vermeiden, müssen die
 Stunden über die Ausübung des Ehrenamtes entsprechend nachgewiesen werden.
 Politische Ehrenämter sind von dieser Regelung ausgeschlossen.
- Grundrechte-Wissen in der Schule vermitteln: Schulen müssen das Grundgesetz als
 zentrale Säule des Zusammenlebens würdigen und vermitteln. Wir streben an, dass
 die Behandlung einer altersgerechten Vermittlung von Grundrechten Teil des
 allgemeinen Pflicht-Curriculums in allen Schulformen wird. Es obliegt den
 Ländern, ob für die Vermittlung der Grundrechte und den Grenzen ihrer
 Einschränkbarkeit bzw. deren Rechtfertigung z.B. in den Politikunterricht
 integriert werden.
- Stipendium für schulische Praktika im Deutschen Bundestag [85]: Wir fordern die
 Einrichtung eines Stipendiums, welches Schülerinnen und Schüler bei der
 Durchführung eines schulischen Praktikums im Deutschen Bundestag finanziell
 unterstützt. Analog zum bereits bestehenden Internationalen Parlaments Stipendium (IPS) soll das Stipendium eine festzulegende Kostenpauschale für
 Ausgaben während des Praktikums, freie Unterkunft sowie Übernahme der An- und
 Abreisekosten nach und von Berlin beinhalten.
- Tik-Tok dem Einfluss der Kommunistischen Partei Chinas entziehen [86]: TikTok 891 weist engste Verbindungen zur Kommunistischen Partei Chinas (KP) auf. Der KP 892 missliebige Inhalte, etwa offen queere Inhalte oder Erwähnungen des Tian'anmen-893 Massakers, werden auf eine perfide Weise zensiert. Ferner werden massiv und 894 895 unverhältnismäßig Nutzerdaten gesammelt und an die KP weitergeleitet. Angesichts der Relevanz von TikTok für die öffentliche Meinungsbildung in Europa sprechen 896 wir uns vor diesem Hintergrund für einen Betreiberwechsel von TikTok für den 897 europäischen Raum aus, bei dem sicherzustellen ist, dass die Volksrepublik China 898 und auch kein anderer autokratischer Staat Einfluss auf das Betreiberunternehmen 899 nimmt. Sollte das nicht möglich sein, fordern wir in letzter Konsequenz das 900 Verbot der App für den europäischen Markt. 901
- 902 Unser Programm, unser Zusammenhalts-Versprechen: Wir haken uns unter für einen 903 *qemeinsamen* Aufstieg!
- Hinter all unseren Versprechen und Forderungen steht ein großes Ziel: Wir schreiten gemeinsam in Richtung Aufstieg. Dafür steht unser liberales Zukunftsversprechen.
- 906 Sunset-Klausel: 5 Jahre

Begründung

[1] Im Folgenden wird – was (leider) tendenziell unüblich ist – mit Fußnoten gearbeitet. Es ist das Kernverständnis liberaler Politik, auf der Basis von Fakten und Tatsachen Politik zu gestalten. Wir verwehren uns gegen populistische Narrative, die Stimmungen, nicht Erkenntnissen entsprechen. Parteien und Forderungen, die als Grundlage ihres Handelns auf Abstiegsängste und Zukunftspessimismus aufbauen, bewegen sich auf einem schmalen Grad: Ängste sollen wahrgenommen, aber niemals geschürt werden. Um diesen schmalen Grad zu bewältigen, haben wir uns entschieden, viele der relevanten Studien auf diesem Gebiet zu analysieren und die Stimmungslage im Land präzise zu erfassen. Für die Nachvollziehbarkeit und Transparenz möchten wir daher anbieten, die einzelnen Aspekte mittels Fußnoten nachvollziehen zu können.

- [2] Edelman Trust Institute, 2023 Edelman Trust Barometer Methodology Germany, 2023, S. 5; mit ähnlichen Zahlen insoweit auch Institut für Demoskopie Allensbach, Generation Mitte 2024: voller Selbstvertrauen in unsicheren Zeiten, 2024, S. 8.
- [3] Institut für Demoskopie Allensbach, Generation Mitte 2024: voller Selbstvertrauen in unsicheren Zeiten, 2024, S. 6 f.
- [4] More in Common/KANTAR Public, Zukunft, Demokratie, Miteinander: Was die deutsche Gesellschaft nach einem Jahr Preiskrise umtreibt, 2023, S. 34.
- [5] Institut für Demoskopie Allensbach, Generation Mitte 2024: voller Selbstvertrauen in unsicheren Zeiten, 2024, S. 3.
- [6] Rheingold-Marktforschung, Deutschland auf der Flucht vor der Wirklichkeit, 27.7.2023. Zum privaten Optimismus, s. auch Liz Mohn Stiftung/IPSOS, Einstellungen und Sorgen der jungen Generation Deutschlands 2024, August 2024, S. 4.
- [7] Viele Sorgen aber dennoch optimistisch, Tagesschau v. 12.6.2024.
- [8] "Es besteht ein signifikanter Unterschied zwischen den Geschlechtern. So gibt es unter den Mädchen und jungen Frauen nur 13%, die eine gute Zukunft Deutschlands in drei Jahren antizipieren. Bei den männlichen Jugendlichen ist es immerhin 23%."; vgl. Liz Mohn Stiftung/IPSOS, Einstellungen und Sorgen der jungen Generation Deutschlands 2024, August 2024, S. 4.
- [9] Rheingold-Marktforschung, Deutschland auf der Flucht vor der Wirklichkeit, 27.7.2023; mit dem gleichen Befund auch More in Common/KANTAR Public, Zukunft, Demokratie, Miteinander: Was die deutsche Gesellschaft nach einem Jahr Preiskrise umtreibt, 2023, S. 34.
- [10] Rheingold-Marktforschung, Deutschland auf der Flucht vor der Wirklichkeit, 27.7.2023.
- [11] Rheingold-Marktforschung, Deutschland auf der Flucht vor der Wirklichkeit, 27.7.2023.
- [12] Im Wesentlichen nach Rheingold-Marktforschung, Deutschland auf der Flucht vor der Wirklichkeit, 27.7.2023.
- [13] Liz Mohn Stiftung/IPSOS, Einstellungen und Sorgen der jungen Generation Deutschlands 2024, August 2024, S. 18.
- [14] Bundesbeschlusslage:Integration Diversity is our strength.
- [15] D'Souza et al., Early bilingual experience is associated with change detection ability in adults, Sci Rep 11, 2068 (2021).
- [16] Grundlagenprogramm Liberaler Feminismus, S. 19.
- [17] FAZ, Dänemark will die Kinder vor TikTok retten, 21.07.2024.
- [18] Beschlusslage: Zukunftsweisende Bildung: Adaptives Lernen auf Basis von KI in Niedersachsen.

- [19] Beschlusslage: Informatik als Pflichtfach für die digitale Arbeitswelt von morgen.
- [20] Beschlusslage: Einheitliche Kriterien bei Nachteilsausgleichen für Lernschwächen.
- [21] Beschlusslage: Sackgasse Klassenzimmer? Karrierechancen für Lehrkräfte ausbauen,
- [22] Beschlusslage: <u>Studentisches Mentoring als Chance für benachteiligte Jugendliche an Schulen</u> implementieren sowie Grundlagenprogramm Liberaler Feminismus, S. 21.
- [23] Resnjanskij et. al., Mentoring erhöht die Ausbildungsbeteiligung benachteiligter Jugendlicher, ifo Institut, München, 2023.
- [24] Beschlusslage: Strong, Healthy and Full of Energy Power für eine moderne Schule.
- [25] Beschlusslage: Umschulung Light.
- [26] Beschlusslage: Mobilitätsoffensive für junge Menschen in Niedersachsen.
- [27] Beschlusslage: Gegen die Meisterpflicht im Handwerk.
- [28] Beschlusslage: Upgrade für die Wissenschaft in Niedersachsen Hochschule 4.0.
- [29] Beschlusslage: Bologna 2.0. noch ist hier nichts abgeschlossen.
- [30] Beschlusslage: Upgrade für die Wissenschaft in Niedersachsen Hochschule 4.0.
- [31] Beschlusslage: Upgrade für die Wissenschaft in Niedersachsen Hochschule 4.0.
- [32] Beschlusslage: Upgrade für die Wissenschaft in Niedersachsen Hochschule 4.0.
- [33] <u>Grundlagenprogramm Liberaler Feminismus</u>, S. 15.
- [34] Beschlusslage: Einheitliche Kriterien bei Nachteilsausgleichen für Lernschwächen.
- [35] Beschlusslage: Eine Begabtenförderung, die ihren Namen verdient!
- [36] Siehe für Details als Ausgangspunkt etwa https://www.uil.unesco.org/en/articles/case-study-lifelong-learning-account-system.
- [37] Beschlusslage: <u>Für eine moderne Weiterbildungskultur und lebenslanges Lernen eine Win-Win-</u>Situation.
- [38] Beschlusslage: <u>Für eine moderne Weiterbildungskultur und lebenslanges Lernen eine Win-Win-Situation</u>.
- [39] Beschlusslage: <u>Für eine moderne Weiterbildungskultur und lebenslanges Lernen eine Win-Win-</u>Situation.
- [40] Liz Mohn Stiftung/IPSOS, Einstellungen und Sorgen der jungen Generation Deutschlands 2024, August 2024, S. 6.
- [41] Sinus-Institut, Wie ticken Jugendliche? 2024 Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland, S. 28.
- [42] Rheingold-Marktforschung, Deutschland auf der Flucht vor der Wirklichkeit, 27.7.2023.
- [43] More in Common/KANTAR Public, Zukunft, Demokratie, Miteinander: Was die deutsche Gesellschaft nach einem Jahr Preiskrise umtreibt, 2023, S. 9.
- [44] Teilweise Beschlusslage: (Y)our way to Europe! Europa-Papier der Jungen Liberalen Niedersachsen sowie Liberale Außenpolitik Für Freiheit, Frieden und Wohlstand auf einem intakten Planeten.
- [45] Für alle Angaben, s. Diekmann et. al., Warum werfen Konzerne massenhaft Leute raus, die woanders dringend gebraucht werden?, DER SPIEGEL 32/2024.
- [46] Beschlusslage: Flexicurity Arbeit neu denken,
- [47] Beschlusslage: Neue (Arbeits-)Zeit für die IT-Branche.

- [48] Grundlagen programm Liberaler Feminismus, S. 12.
- [49] Beschlusslage: Rettet die Aktienkultur kein Verbot von Payment for Order Flow.
- [50] Beschlusslage: Turbo bei der Genehmigung: Referentielle Baugenehmigung und Typengenehmigung.
- [51] Beschlusslage: Mehr Freiheit für die Forschung Stammzellforschung in Deutschland stärken.
- [52] Beschlusslage: Let Niedersachsen grow! sowie Make it start and simple.
- [53] Beschlusslage: Let Niedersachsen grow! sowie Make it start and simple.
- [54] Beschlusslage: Make it start and simple.
- [55] Beschlusslage: Make it start and simple sowie Bundesbeschlusslage Blicken wir nach vorn! Das Programm der Jungen Liberalen für die Bundestagswahl 2021.
- [56] Teilweise Beschlusslage: Auf in die Ökosoziale Marktwirtschaft!
- [57] Beschlusslage: Mitarbeiterbeteiligungen: Bringt die Angestellten ins Kapital sowie Dry Income vs Fachkräftemangel Mitarbeiterbeteiligungen als Wettbewerbsfaktor
- [58] Beschlusslage: Impuls für die Wirtschaft mit Start-Ups aus der wirtschaftlichen Rezession.
- [59] Beschlusslage: Gewinne reinvestieren statt besteuern.
- [60] Beschlusslage: Liberalen Feminismus ernst nehmen: Ehegattensplitting abschaffen!
- [61] Beschlusslage: Männer sind keine Patientinnen! sowie Grundlagenprogramm Liberaler Feminismus, S. 43.
- [62] Beschlusslage: Mehr Wettbewerb für ein leistungsfähiges und effizientes Gesundheitssystem sowie Bundesverbandsinitiative Mental-Health-Initiative, jetzt!
- [63] Grundlagenprogramm Liberaler Feminismus, S. 44.
- [64] Beschlusslage: Psychologische Vorsorgeuntersuchungen.
- [65] Sinus-Institut, Wie ticken Jugendliche? 2024 Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland, S. 159 f.; Umweltbundesamt (Hrsg.), Junge Menschen in der Klimakrise, 2022, S. 50 f.
- [66] Umweltbundesamt (Hrsg.), Junge Menschen in der Klimakrise, 2022, S. 50 f.
- [67] Beschlusslage: Emissionshandel endlich etablieren der Umwelt einen Preis geben!
- [68] Beschlusslage: Emissionshandel statt Klimawandel umfassender Emissionshandel in allen Sektoren.
- [69] Beschlusslage: Maßnahmen in der Baubranche zur CO2-Reduktion und Ressourcenschonung.
- [70] Beschlusslage: Emissionshandel statt Klimawandel umfassender Emissionshandel in allen Sektoren.
- [71] Beschlusslage: Emissionshandel statt Klimawandel umfassender Emissionshandel in allen Sektoren.
- [72] Beschlusslage: <u>Liberaler Klimaschutz jetzt</u>: <u>Akzeptanz für CO2-Preis durch Klimaschutzdividende bis</u> 2025.
- [73] Beschlusslage: Klimaschutz endet nicht an der Grenze: CO2-Grenzausgleichssystem unterstützen.
- [74] Beschlusslage: Mobilitätsoffensive für junge Menschen in Niedersachsen.
- [75] "Allerdings scheinen hier Geschlecht und Bildungsstand einen Einfluss auszuüben: hoch Gebildete 71%, aber nur 40% der niedrig Gebildeten. Bei weiblich Befragten mit 53% deutlich weniger als bei männlichen Befragten mit 68%", Liz Mohn Stiftung/IPSOS, Einstellungen und Sorgen der jungen Generation Deutschlands 2024, August 2024, S. 13.
- [76] More in Common/KANTAR Public, Zukunft, Demokratie, Miteinander: Was die deutsche Gesellschaft nach einem Jahr Preiskrise umtreibt, 2023, S. 33.; Rheingold-Marktforschung, Deutschland auf der Flucht vor der Wirklichkeit, 27.7.2023.

[77] Liz Mohn Stiftung/IPSOS, Einstellungen und Sorgen der jungen Generation Deutschlands 2024, August 2024, S. 12.

[78] "Allerdings gibt es eine Mehrheit, die sich gegen diese Aussage positioniert.", Liz Mohn Stiftung/IPSOS, Einstellungen und Sorgen der jungen Generation Deutschlands 2024, August 2024, S. 14.

[79] Beschlusslage: Jugendpolitik mit Perspektive und Zukunft. – "Gebt den Kindern das Kommando!

[80] Beschlusslage: Jugendpolitik mit Perspektive und Zukunft. – "Gebt den Kindern das Kommando!

[81] Grundlagenprogramm Liberaler Feminismus, S. 16.

[82] Beschlusslage: Jugendpolitik mit Perspektive und Zukunft. – "Gebt den Kindern das Kommando!

[83] Beschlusslage: <u>Ehrenmann im Ehrenamt</u>.

[84] Beschlusslage: Ehrenmann im Ehrenamt.

[85] Beschlusslage: Stipendium für schulische Praktika im Deutschen Bundestag.

[86] Beschlusslage: Tik-Tok-Tot.

Antrag 2 01: Schluss mit personalisierter Werbung in der Politik

Antragsteller*in:	KV Osnabrück-Stadt (Kreisverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	2 - Innen, Recht & Sport

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- Wir fordern ein Verbot von personalisierter politischer Werbung in sozialen Medien,
- und die Einführung einer öffentlichen, digitalen Galerie für geschaltete Kampagnen
- 3 mit politischem Inhalten.
- 4 In Zuge der amerikanischen Präsidentschaftswahl 2016 wurde bekannt, dass das
- 5 Unternehmen Cambridge Analytica gemeinsam mit Akteuren aus republikanischen Lagern
- 6 gezielt Wahlwerbung und Falschinformationen über Facebook an Wähler verbreitete. Die
- Daten wurden sich über einen Wissenschaftler der Cambridge University verschafft, da
- 8 Meta diese Daten für Forschungszwecke an Wissenschaftler weitergibt, oder diese
- 9 abfragen lässt.
- Da Facebook und andere soziale Netzwerke nicht in der Lage sein werden, jedes
- potenzielle Datenleck zu erkennen, wir aber weiterhin die Forschung nicht
- einschränken wollen fordern wir ein generelles Verbot für personalisierte Werbung mit
- politischen Inhalten. Da jede Werbung für den Nutzer zugeschnitten ist, können
- Falschinformationen sich schnell und unsichtbar ausbreiten, was ein Risiko für die
- Demokratie im Informationszeitalter darstellt. Die Möglichkeit, eine allgemeine
- Werbekampagne in sozialen Medien zu schalten wollen wir erhalten, jedoch fordern wir
- eine öffentliche Online-Galerie der Werbung, welche für mindestens 6 Monate nach der
- 18 Werbekampagne einsehbar bleibt.
- 19 Sunset-Klausel: 5 Jahre

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag 2 02: Euro oder Krypto? - Staat raus aus deinem Geldbeutel

Antragsteller*in:	LAK Digitales & Netzpolitik (Landesarbeitskreis), Patrick van Rossum (KV Region Hannover), Jan Schwede (KV Goslar)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	2 - Innen, Recht & Sport

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern, die Einführung von nicht-staatlichen,
- 2 dezentralisierten Kryptowährungen als öffentliches Zahlungsmittel auf nationaler
- 3 Ebene zu prüfen. Zunächst soll ein umfassender Evaluationsprozess stattfinden, um
- anhand klar definierter Metriken die Sicherheit und Eignung potenzieller
- 5 Kryptowährungen zu bewerten. Nur solche Kryptowährungen, die diese Anforderungen
- 6 erfüllen, sollen letztlich in Betracht gezogen werden. Unser Ziel ist es, den
- Bürgerinnen und Bürgern eine echte Alternative zum bestehenden monetären System zu
- bieten, die mehr Auswahl und Autonomie in finanziellen Angelegenheiten ermöglicht.
- 9 Die Einführung nichtstaatlicher, dezentraler Kryptowährungen neben dem geplanten
- digitalen Euro würde zu einem gesunden Wettbewerb im Zahlungsmittelbereich führen.
- 11 Ein solcher Wettbewerb könnte die Position des Staates relativieren, indem er
- stärkere staatliche Eingriffe in das Finanzsystem erschwert und somit die finanzielle
- 13 Autonomie der Einzelnen stärkt.
- 14 Buchhaltungstechnisch sollte der Euro weiterhin als Referenzpreis verwendet werden,
- um klare und einheitliche Standards für die Bewertung von Transaktionen und
- Vermögenswerten zu gewährleisten. Gleichzeitig soll es ermöglicht werden, Steuern und
- Abgaben in Kryptowährungen zu begleichen, um die Akzeptanz und Nutzung dezentraler
- 18 Währungen im öffentlichen Bereich zu fördern.
- 19 Es wird eine angemessene Übergangszeit vorgesehen, um sowohl öffentliche als auch
- 20 private Institutionen auf den Umgang mit Kryptowährungen vorzubereiten und technische
- 21 sowie rechtliche Voraussetzungen zu schaffen. Im Falle technischer Unmöglichkeiten
- 22 sollen Institutionen und Unternehmen nicht verpflichtet sein, Kryptowährungen als
- 23 Zahlungsmittel anzunehmen, solange keine praktikablen Lösungen implementiert wurden.
- 24 Sunset Klausel: 3 Jahre

Begründung

Aktuell wird das monetäre System in der Eurozone stark von den Entscheidungen der EZB beeinflusst, die beispielsweise durch Zinssätze, Anleihenkäufe und geldpolitische Maßnahmen den Wert des Euro steuert. Diese Eingriffe können für Einzelne, insbesondere in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit oder Inflation, zu einem Verlust an Kaufkraft und finanzieller Flexibilität führen.

Darüber hinaus birgt der geplante digitale Euro Risiken. Als zentralbankgesteuertes, digitales Zahlungsmittel könnte er zu einer stärkeren Überwachung und Kontrolle der individuellen Zahlungsströme führen.

Auch die deutsche Politik zeigt mit der Festsetzung des Bargeldlimits auf 10.000 Euro, nachdem zuvor 15.000 Euro als Meldegrenze galten, wie der Staat immer stärker in private finanzielle Angelegenheiten eingreift.

Antrag 2 03: Intelligenz, die schützt, ohne zu überwachen: Ein neuer Weg für Niedersachsens öffentliche Sicherheit

Antragsteller*in:	LAK Digitales & Netzpolitik (Landesarbeitskreis), Patrick van Rossum (KV Region Hannover)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	2 - Innen, Recht & Sport

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- Die Wahrung des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger ist entscheidend für
- die Gestaltung unseres Zusammenlebens. Aus einer liberalen Weltanschauung steht
- dieses Grundbedürfnis in direktem Zusammenhang mit der Wahrung und Förderung
- 4 individueller Freiheiten. Die Möglichkeit, sich im eigenen Umfeld sicher zu fühlen,
- zu jeder Tages- und Nachtzeit ohne Sorge unterwegs zu sein, sei es an öffentlichen
- 6 Plätzen, zu Hause, in Bussen oder Bahnen, ist ein zentraler Pfeiler dieser Freiheit.
- Das Landeskriminalamt hat in Niedersachsen für das Jahr 2023 eine umfangreiche
- 8 Befragung zum Thema Sicherheit und Kriminalität durchführen lassen, die eine
- 9 besorgniserregende Entwicklung in Bezug auf das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung
- aufzeigt. Das Gefühl der Unsicherheit außerhalb der vertrauten Nachbarschaft,
- beispielsweise auf öffentlichen Plätzen und Parks, ist vergleichsweise hoch.
- Besonders im öffentlichen Nahverkehr verdoppelt sich das Unbehagen während der
- Nachtstunden, sodass sich mittlerweile jede zweite Person dort (eher) unsicher fühlt.
- 14 Angesichts dieser Entwicklungen und der Herausforderungen, mit denen sich die
- niedersächsische Polizei konfrontiert sieht. Gerade angesichts des demografischen
- 16 Wandels und des auch damit verbundenen Rückgangs an Bewerberinnen und Bewerbern, wird
- deutlich, dass wir neue Wege finden müssen, die Polizeiarbeit effizienter und
- 18 effektiver zu gestalten.
- Die junge liberalen Niedersachsen fordern daher, in Anlehnung an das Vorbild
- 20 Frankreichs während der Olympischen Spiele, ein einjähriges Modellprojekt zur
- 21 Erprobung verschiedener algorithmischer Überwachungsmethoden in Niedersachsen
- durchzuführen. Das Ziel besteht darin, die Sicherheit in öffentlichen Bereichen durch
- den Einsatz künstlicher Intelligenz zu verbessern, insbesondere an Orten, die ein
- 24 erhöhtes Risiko für Straftaten aufweisen oder an denen sich verhältnismäßig viele
- 25 Menschen unsicher fühlen. Sie sollten jedoch weder systematisch noch zur
- 26 Biometrischen Überwachung z.B. Gesichtserkennung eingesetzt werden, um die Grundsätze
- 27 der Verhältnismäßigkeit und des Datenschutzes zu gewährleisten. Insgesamt kann so die
- 28 Sicherheit im öffentlichen Raum deutlich erhöht werden, da ohne zusätzliche
- 29 Personalressourcen künstliche Intelligenz auffällige Verhaltensmuster, Waffen und
- alleinstehendes Gegenstände erkennt und an polizeiliche Behörden weitergibt. Diese
- 31 Methode zur Kontrolle öffentlicher Räume bietet das Potenzial, den Datenschutz
- 32 gegenüber traditioneller Videoüberwachung zu verbessern. Unauffällige Personen werden
- als verpixelt oder als Strichmännchen dargestellt, zusätzlich wird das Videomaterial
- erst bei Feststellung einer Auffälligkeit durch die KI von Beamten gesichtet. Es
- 35 reduziert also die Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte von Unbeteiligten auf ein
- 36 Mindestmaß. Das Bildmaterial wird nach Datenschutzrechtlichen Grundlagen, wie bereits

86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen - Kunstsaal Lüneburg, Marie-Curie-Ring 5, 21337 Lüneburg

- 37 üblich, nach 72 Stunden gelöscht. Der Einsatz der technischen Mittel ist kenntlich zu
- machen. Das Modellprojekt sollte von einer Studie begleitet werden, die untersucht,
- ob diese Maßnahme das persönliche Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung erhöht.
- 40 Die Regelungen zur Videoüberwachung mit dem Ziel der Gefahrenvorbeugung und
- Straftatenverhinderung sind im Bereich des Polizei- und Ordnungsrechts angesiedelt.
- Diese Maßnahmen finden ihre spezifische Verankerung in § 32 des Niedersächsischen
- 43 Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Eine besondere Bestimmung für
- 44 die KI-gestützte automatisierte Erkennung von bedrohlichen Verhaltensmustern soll
- dort implementiert werden, wobei explizit der Ausschluss biometrischer Merkmale
- 46 gewährleistet sein muss.
- 47 Sunset Klausel: 3 Jahre

Begründung

Antrag 2 04: Schuldenbremse aussetzen? So spart Deutschland 50 Milliarden Euro im Jahr!

Antragsteller*in:	LAK Digitales & Netzpolitik (Landesarbeitskreis), Patrick van Rossum (KV Region Hannover)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	2 - Innen, Recht & Sport

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- Deutschland, die größte Volkswirtschaft Europas, besitzt laut OECD einen der
- umfangreichsten öffentlichen Beschaffungsmärkte. Dieser macht etwa 15% des
- 3 Bruttoinlandsprodukts aus, was rund 500 Milliarden Euro entspricht. Hierbei werden
- 4 Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit in der Praxis häufig nicht
- 5 eingehalten. Dies führt zu einem ineffizienten Einsatz von Steuermitteln und
- 6 vermeidbaren finanziellen Belastungen für die öffentlichen Haushalte. Durch die
- Abkehr von der Vergabe in Einzel-Losen und die Förderung von Gesamtaufträgen kann der
- 8 Staat erhebliche Kosteneinsparungen erzielen und die Effizienz der
- 9 Beschaffungsprozesse signifikant steigern. Bei einem Beschaffungsvolumen von 500
- Milliarden Euro könnten allein durch Mengenrabatte (7%-15%) so durchschnittlich 50
- 11 Milliarden Euro in Jahr eingespart werden.
- Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die Gründung einer Bundesbeschaffung
- GmbH, bei der Behörden von Kommunen, Ländern und dem Bund ihre Beschaffungen
- zentral abwickeln können. Ziel ist es, ein effizientes und kostensparendes
- 15 Beschaffungsmanagement nach dem Vorbild der österreichischen Bundesbeschaffung
- 16 GmbH zu etablieren. Dieses Angebot steht allen Ebenen zur freiwilligen Nutzung
- offen.

19

- Das Beschaffungsamt des BMI und vergleichbare Länderinitiativen wie
 - "Vergabe.Niedersachsen" sollen im Zuge der Gründung einer Bundesbeschaffung GmbH
- unter Einbeziehung von Bund, Ländern und Kommunen organisatorisch zusammengelegt
- werden. Gemeinsam sollen Marktanalysen durchgeführt, ein Kunden- und
- Risikomanagement etabliert und die Nutzung von Rahmenverträgen optimiert werden.
- Einführung eines Auktionsmodus in der Beschaffung an dem mehrere Anbieter sich
- beteiligen können, wodurch auch kleinere Unternehmen die Chance erhalten, sich
- durch Zusammenarbeit an größeren Aufträgen bzw. Rahmenvereinbarungen zu
- beteiligen. Der Preis würde schrittweise steigen, bis die gesamte benötigte
- 27 Menge gedeckt ist.
- Um die laufenden Kosten der Plattform zu decken und ihre langfristige
- Nachhaltigkeit zu gewährleisten, soll ein Aufpreis für die Verwaltungsstellen
- von 2-5% auf alle Transaktionen erhoben werden. Die daraus resultierenden
- Einnahmen werden primär zur Deckung der Betriebskosten verwendet. Überschüsse
- sollen in die gemeinsame Digitalisierung investiert und dem IT-Planungsrat zur
- 33 Verfügung gestellt werden, um die IT-Infrastruktur und digitale Verwaltung
- weiter zu verbessern.
- 35 **Sunset-Klausel**: 3 Jahre

Begründung

Derzeit erfolgt die Zusammenarbeit übergreifend lediglich im Bereich der Beratung für nachhaltige Beschaffung "Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung", anstatt eine gemeinsame Beschaffungsstrategie zu verfolgen. Österreich hat mit der Bundesbeschaffung GmbH (BBG) gezeigt, dass durch zentrale Koordination und Mengenrabatte signifikante Einsparungen erzielt werden können. Dieses Modell sollte als Vorbild dienen, um die Effizienz und Kosteneffektivität der öffentlichen Beschaffung in Deutschland zu verbessern. Die von Deutschland umgesetzte EU-Richtlinie 2014/24/EU erlaubt und fördert ausdrücklich die Einrichtung zentraler Beschaffungsstellen.

Antrag 2 05: Frauen an die Waffe!

Antragsteller*in:	LAK Liberaler Feminismus (Landesarbeitskreis), Joanna Marie Watad (KV Region Hannover), Fynn Ole Sodemann (KV Region Hannover)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	2 - Innen, Recht & Sport

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- 1 Im Rahmen der aktuell angespannten außenpolitischen Lage sind verteidigungspolitische
- 2 Fragen und Maßnahmen wichtiger denn je geworden. Eine in Zukunft möglicherweise
- 3 notwendig werdende allgemeine Wehrpflicht bzw. das soziale Pflichtjahr beträfe aber
- nur Männer. Auch in einem möglichen Verteidigungsfalle könnten Stand jetzt nur Männer
- 5 dazu verpflichtet werden, Deutschland militärisch zu verteidigen. Frauen in keinem
- 6 Fall!
- Damit legen wir gesellschaftlich ein Bild zur Grunde, dass Frauen grundsätzlich zum
- 8 einen weniger geeignet wären mit Waffen umzugehen und unterstellen ihnen prinzipiell
- 9 weder die psychischen noch physischen Fertigkeiten für diesen Umgang zu erfüllen. Zum
- anderen sehen wir aus heutiger Sicht keine hinreichende Rechtfertigung nur Männer
- unter die zivile Dienstpflicht zu fassen.
- Dass Frauen auch genauso wie Männer für die militärische Verteidigung geeignet sein
- können, sieht man zum Beispiel in Schweden. In Schweden wurde die Wehrpflicht 2017
- sowohl für Männer als Frauen wieder eingesetzt. Das hat zur Folge, dass nach einer
- erfolgten Musterung eines Jahrgangs unter den 8000 eingezogenen Soldat*innen 21%
- 16 Frauen fallen. Obwohl Männer demnach nicht zwangsläufig besser geeignet sein müssen
- zu militärischen Zwecken als Frauen, können in Deutschland aber nur Männer zu diesen
- 18 verpflichtet werden.
- 19 Aus liberal feministischer Sicht halten wir daher diese grundgesetzlich verankerte
- 20 Ungleichbehandlung als frauenfeindlich, sexistisch und aus der Zeit gefallen.
- 21 Demnach fordern wir eine Änderung des §12a I GG zu "Männer und Frauen" und eine
- Abschaffung des §12a IV 2 GG "Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe
- 23 verpflichtet werden.".
- 24 Sunset-Klausel: 3 Jahre

Begründung

Antrag 2 06: Femizide ins Strafgesetzbuch

Antragsteller*in:	LAK Liberaler Feminismus (Landesarbeitskreis), LAK Innen & Recht (Landesarbeitskreis), Joanna Marie Watad (KV Region Hannover), Fynn Ole Sodemann (KV Region Hannover), Nadin Zaya (KV Region Hannover)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	2 - Innen, Recht & Sport

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- 1 Jeden Tag wird in Deutschland eine Frau von ihrem Ex- oder aktuellen Partner versucht
- zu töten, jeden zweiten Tag gelingt dies. [1] Was in medialer Berichterstattung
- wiederkehrend als "Beziehungsdrama", "Familientragödie" oder "Ehrenmord" verklärt
- wird, ist regelmäßig die Tötung einer Frau aus Wut über Abweisung patriarchalischer
- 5 Besitzansprüche, Eifersucht und "Bestrafung" über ein als solches wahrgenommene,
- 6 widerfahrene Unrecht.
- 7 In der deutschen Strafgesetzgebung bestehen dennoch weiterhin eklatante Lücken
- 8 bezüglich einer konsequenten Strafverfolgung und einheitlichen Verurteilung von
- 9 Femiziden.
- 10 Zwar lässt sich ein Femizid grundsätzlich auch heute schon in der aktuellen Fassung
- des §211 StGB als Mord subsumieren. Indes zeigt die bisherige Rechtsprechung, dass
- 12 Tötungen von Frauen in der Realität häufig nicht als Mord, sondern zugunsten einer
- geringeren Strafe des Täters als Totschlag oder Körperverletzung mit Todesfolge
- 14 verurteilt werden.
- 15 Deutsche Gerichte tun sich bisher schwer damit, der konsequenten Verurteilung von
- 16 Femiziden vollumfänglich nachzukommen. So mangelt es häufig an einer kritischen und
- tiefgehenden Analyse der Beweggründe, die zu Femiziden führen. Nicht selten werden
- die Tötungen als Einzelschicksale ohne strukturellen Hintergrund betrachtet, wobei
- 19 zur Verneinung des Mordmerkmales des niedrigen Beweggrundes noch darüber hinaus auf
- 20 "emotionale Ausnahmezustände" des Täters abgestellt wird. Misogynie und die Femiziden
- 21 innewohnende Vorstellung geschlechtsspezifischer Ungleichheit werden als Tatmotive
- verkannt und finden in der Strafzumessung auch nach der Reform des §46 StGB keine
- 23 ausreichende Berücksichtigung. Im Ergebnis läuft die aktuelle Rechtsprechung deshalb
- 24 tendenziell auf eine sachlich nicht zu rechtfertigende Privilegierung
- 25 trennungstypischer Tötungsbeweggründe hinaus.
- 26 Um diesem Missstand Rechnung zu tragen, sollte die Justiz nicht alleine gelassen
- werden, anhand der bisherigen Systematik des §211 StGB Recht zu sprechen. Vielmehr
- 28 muss der Femizid anhand eines eigenen strafrechtlichen Instruments als solcher
- 29 erkannt und geahndet werden können, um einen entscheidenden Weg hin zu einer
- geschlechtergerechten Gesellschaft zu beschreiten.
- Daher fordern wir die Reform des §211 StGB durch Ergänzung des subjektiven
- 32 Mordmerkmales der "Tötung aufgrund geschlechterspezifischer Motive".
- 33 **Sunset-Klausel:** 3 Jahre

Begründung

86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen - Kunstsaal Lüneburg, Marie-Curie-Ring 5, 21337 Lüneburg

erfolgt mündlich

[1] kriminalstatistische Auswertung des Bundeskriminalamts 2023 zu Partnerschaftsgewalt, zit. nach https://unwomen.de/gewalt-gegen-frauen-in-deutschland/

Antrag 2 07: Wettkampfgeist statt Wettbüros – Amateursport vor Sportwetten schützen

Antragsteller*in:	KV Peine (Kreisverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	2 - Innen, Recht & Sport

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- Dieser Antrag möchte ausländische Wetten auf deutschen Amateursport unterbinden, um
- einen fairen Sport zu garantieren.
- 3 Obwohl Sportwetten auf Amateurspiele in Deutschland verboten sind, werden dennoch
- viele Partien aus den Fußball-Oberligen und Regionalligen sowie Landespokalspielen
- auf dem globalen Wettmarkt angeboten oft ohne das Wissen der Vereine. Das Risiko
- 6 für Wettmanipulation steigt, wie mehrere Verdachtsfälle und Ermittlungen in den
- 7 letzten Jahren zeigen.
- 8 Wir setzen uns gegen diese unsportlichen Methoden ein, da sie nicht nur das Vertrauen
- 9 der Vereine und Spieler gefährden, sondern die gesamte Integrität des
- wettkampforientierten Amateursports. Wir fordern daher:
- Ein Verbot von Wettanbietern, die zwar in Deutschland lizenziert sind, jedoch im
- Ausland Wetten auf in Deutschland stattfindende sportliche Aktivitäten anbieten,
- die nicht beruflich oder kommerziell betrieben werden
- Ein Einschreiten der Gemeinsamen Glücksspielbehörde der Länder (GGL) gegen
- Datenscouts, die ihre Daten aus dem Amateursport Wettbetrieben im Ausland
- 16 anbieten
- Kooperation mit Sportverbänden: Sportverbände sollten stärker in die Pflicht
- genommen und gefördert werden, um Aufklärungsmaterialien und Workshops für ihre
- 19 Mitglieder anzubieten.
- Verstärkte internationale Kooperation: Da viele Wettanbieter im Ausland ansässig
- sind, ist eine stärkere internationale Zusammenarbeit der GGL mit
- 22 Regulierungsbehörden anderer Länder notwendig
- 23 Eine Förderung des Einsatzes von KI-basierten Systemen zur Früherkennung von
- 24 Wettmanipulationen im Amateursport
- 25 Sunset-Klausel: 5 Jahre

Begründung

Antrag 2 08: Du Arschloch!

Antragsteller*in:	Jan Schwede (KV Goslar)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	2 - Innen, Recht & Sport

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die Streichung des §185 StGB
- 2 (Beleidigung).
- 3 In einer freien und demokratischen Gesellschaft sollte die Meinungsfreiheit
- 4 uneingeschränkt gelten. Das Strafrecht darf nicht dazu verwendet werden, um
- 5 persönliche Empfindungen zu schützen oder Äußerungen zu sanktionieren, die als
- 6 beleidigend empfunden werden. Beleidigungen sind subjektiv und häufig Ausdruck von
- 7 Emotionen, die nicht unter das Strafrecht fallen sollten. Die Einschränkung der
- 8 Meinungsfreiheit durch strafrechtliche Sanktionen steht im Widerspruch zu einem
- 9 liberalen Rechtsverständnis und den Aufgaben des Staates. Der öffentliche Diskurs
- sollte ohne Angst vor strafrechtlichen Konsequenzen möglich sein, auch wenn dies
- unbequeme oder verletzende Meinungen umfasst.
- 12 Sunset-Klausel: 5 Jahre

Begründung

Antrag 2 09: Mein Messer geht dich nichts an!

Antragsteller*in:	Jan Schwede (KV Goslar)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	2 - Innen, Recht & Sport

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- 1 Immer häufiger werden sog. Messerverbotszonen gefordert oder soagar Einschränkung für
- das allgemeine mitführen in der Öffentlichkeit, wie eine Begrenzung der Klingenlänge.
- 3 Als Junge Liberale Niedersachsen lehen wird derartige Maßnahmen konsequent ab. Wer
- 4 andere versetzen oder gar töten will, der lässt sich nicht von solchen Regeln
- aufhalten, zudem werden unbescholtene Bürger eingeschränkt. Eine solche Symbolpolitik
- 6 hält keiner Abwägung stand und ist daher abzulehnen.
- 7 Sunset-Klausel: 3 Jahre

Begründung

Antrag 2 10: Wahl der Judikative reformieren

Antragsteller*in:	LAK Renew Democracy (Landesarbeitskreis), Dennis Mormann (KV Osnabrück-Land), Pascal Mormann (KV Osnabrück-Land)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	2 - Innen, Recht & Sport

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- Nicht erst seit den Wahlsiegen der Afd in den Ostgebieten des Landes steigt die Angst
- vor möglicher Unterwanderung der Judikative in Deutschland. Auch die Personalie des
- Prof. Dr. Stephan Harbarth hat schmerzlich gezeigt wie anfällig das System sein
- 4 kann. Wir fordern daher dass der Richterauswahlausschuss durch eine Wahljury ersetzt
- werden soll.Die Wahljury soll aus 25 Mitgliedern bestehen die zuvor aus dem
- 6 bundesanwaltsverzeichnis ausgelost werden sollen. Die Wahljury soll dann passende
- 7 Kandidaten für Richterämter aussuchen und zur Wahl vorschlagen.
- 8 Dadurch wird mehr Stabilität ermöglicht, indem wir durch das Losverfahren der
- 9 Wahlljury Politische Schlagseite vermeiden und die Judikative unabhängiger gestalten.
- 10 Die Beschlüsse der Jury haben zudem eine potentiell breitere Legitimation in der
- Bevölkerung, da es ein Abbild der Anwaltsbranche darstellt und im Nebeneffekt
- 12 Korruption erschwert.
- 13 Sunset Klausel: 5 Jahre

Begründung

Antrag 2 11: Wer zuletzt klebt, klebt am besten! - Für mehr Nachhaltigkeit & Chancengleichheit in Wahlkämpfen

Antragsteller*in: KV Göttingen (Kreisverband)

Status: zugelassen

Sachgebiet: 2 - Innen, Recht & Sport

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- 1 Beschädigte, beschmierte oder übermäßig beklebte Wahlplakate stellen für viele
- 2 Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer ein erhebliches Problem dar. Ebenso problematisch
- sind vollständig belegte Flächen, wie etwa Straßenlaternen, die weiteren Wahlplakaten
- 4 keinen Raum mehr bieten.
- 5 Für Kandidatinnen und Kandidaten mit geringem Einkommen, kleine Parteien mit
- 6 limitierten Ressourcen sowie unabhängige Bewerberinnen und Bewerber ohne
- 7 Unterstützung eines Parteiapparats sind die hohen Druckkosten für Wahlplakate eine
- 8 besondere Belastung. Diese Situation verschärft sich, wenn mitgliederstarke Parteien,
- 9 die zudem Teile der Druckkosten abfedern können, deutlich mehr Plakate aufstellen und
- 10 Verluste durch Vandalismus oder mutwillige Zerstörung einfacher kompensieren können.
- 11 Um dieser Ungleichheit entgegenzuwirken, fordern die Jungen Liberalen nach dem
- 12 Vorbild der Stadt Göttingen, dass Städte und Kommunen in Niedersachsen während
- 13 Wahlkampfphasen kostenfreie Plakat-Stellwände zur Verfügung stellen. Diese sollen
- ausschließlich für politische Informationen, Wahlwerbung und Ankündigungen von
- politischen Veranstaltungen genutzt werden.
- Zudem soll allen Parteien sowie parteiunabhängigen Kandidierenden gleichermaßen das
- 17 Recht eingeräumt werden, diese Stellwände für ihre Wahlwerbung zu nutzen. Durch den
- an den Stellwänden möglichen Einsatz von Papier- anstelle von etwa
- 19 Hohlkammernplakaten senkt sich der für einen Kandidaten oder eine Partei notwendige
- 20 monetäre Aufwand erheblich.
- 21 Diese Maßnahme soll verhindern, dass die Anzahl der Parteimitglieder, die Menge
- 22 gedruckter Plakate oder der Zeitpunkt des Plakatierens einen ungleichen Vorteil
- 23 schaffen, der politische Mitbewerberinnen und Mitbewerber im öffentlichen Raum
- 24 marginalisiert.
- 25 Sunset-Klausel: 5 Jahre

Begründung

Antrag 2 12: Damit Kiffen wirklich legal wird

Antragsteller*in:	LAK Innen & Recht (Landesarbeitskreis), Yassin Zourafi (KV Region Hannover), Fynn Ole Sodemann (KV Region Hannover), Leon Reimund (KV Region Hannover), Paul Lanwer (KV Cloppenburg), Joris Stietenroth (KV Region Hannover), Nadin Zaya (KV Region Hannover)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	2 - Innen, Recht & Sport

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- Die in diesem Jahr in Kraft getretene Teillegalisierung von Cannabis stellt einen
- wichtigen Meilenstein in der deutschen Drogenpolitik dar. Erstmals seit Bestehen der
- 3 Bundesrepublik wurde damit ein Betäubungsmittel aus dem Betäubungsmittelgesetz
- 4 herausgenommen. Die Reform signalisiert einen notwendigen Wandel im gesetzlichen
- 5 Umgang mit Cannabis und bringt das Betäubungsmittelrecht in Einklang mit zeitgemäßen
- 6 gesellschaftlichen Entwicklungen. Dieser Schritt ist ausdrücklich zu begrüßen. Da
- sich der Gesetzgeber bislang nur auf eine Teillegalisierung einigen konnte, ist der
- 8 verantwortungsvolle Konsum von Cannabis in vielen Bereichen noch unzureichend
- 9 geregelt. Dies schafft erhebliche Rechtsunsicherheiten sowohl für Konsumenten als
- auch für Anbauvereinigungen, die unter den aktuellen Bestimmungen oft keine klare
- 11 Orientierung finden.

12 Das Konsum-Cannabisgesetz

- Der Gesetzgeber geht grundsätzlich davon aus, dass Verstöße gegen das allgemeine
- 14 Umgangsverbot strafrechtlich verfolgt werden sollten. Allerdings hat das
- Abstinenzprinzip des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG), das den Besitz kleiner Mengen
- 16 strafbar macht, seine Gültigkeit verloren. Das neue Konsum-Cannabisgesetz (KCanG)
- erkennt den Konsum ausdrücklich an und schafft erstmals die Möglichkeit einer legalen
- 18 Versorgung mit Cannabis.
- 19 Die enge Anlehnung an das BtMG hat jedoch dazu geführt, dass das KCanG faktisch zu
- 20 einem bloßen Ableger des BtMG verkommt. Anstatt die gesetzlich vorgesehene "geänderte
- 21 Risikobewertung" in der Praxis umzusetzen, wird die veraltete Dogmatik unverändert
- 22 übernommen. Die Regelungen sind in vielen Bereichen zu restriktiv, willkürlich und
- 23 nicht zielführend.
- 24 Daher fordern wir folgende Anpassungen des KCanG:

25 Begriff der "nicht geringen Menge" anpassen

- 26 Im KCanG wurde die im BtMG bereits umstrittene Regelung zur "nicht geringen Menge"
- 27 übernommen. Nach § 34 Abs. 3 Nr. 4 des KCanG drohen bei sogenannten "nicht geringen
- 28 Mengen" erhöhte Strafen, die bei einer Freiheitsstrafe von drei Monaten beginnen. Das
- 29 Gesetz definiert jedoch nicht konkret, was als "nicht geringe Menge" gilt, wodurch
- die Klärung dieser Frage den Gerichten überlassen bleibt ähnlich wie im BtMG. In
- der Begründung zum Cannabis-Konsumgesetz wurde jedoch angedeutet, dass ein neuer
- 32 Ansatz verfolgt werden soll. Die Rechtsprechung sollte den spezifischen Schwellenwert
- unter Berücksichtigung einer veränderten Risikobewertung festlegen.

- 34 Trotz dieser Ankündigung hat der Bundesgerichtshof (BGH) den Willen des Gesetzgebers
- 35 missachtet und hält an der restriktiven Auslegung aus dem Jahr 1984 fest, die einen
- 36 Wirkstoffgehalt von 7,5 Gramm THC als "nicht geringe Menge" definiert. Die Richter
- 37 machen in ihren Ausführungen deutlich, dass sie die geänderte Risikobewertung der
- 38 Legislative nicht akzeptieren und betrachten die Begründung zum Cannabis-
- 39 Konsumgesetz, die einen deutlich höheren Wert fordern, als unverbindlich.
- 40 Dieser Beschluss erscheint unangemessen und steht im Widerspruch zum strafrechtlichen
- Bestimmtheitsgrundsatz gemäß Art. 103 Abs. 2 GG. Dieser Grundsatz verbietet der
- 42 Rechtsprechung, die Voraussetzungen für eine Bestrafung gegen den Willen des
- 43 Gesetzgebers festzulegen.
- Daher fordern wir die gesetzgeberische Konkretisierung der Begriffsdefinition der
- ⁴⁵ "nicht geringen Menge" im KCanG mittels einer angemessenen Risikobewertung, bei
- 46 Nichtmöglichkeit die komplette Streichung dieses Begriffs.

47 Weitergabeverbot abschaffen

- Das Verbot der Weitergabe von selbst angebautem Cannabis gemäß §§ 9 Abs. 2, § 34 Abs.
- 49 1 Nr. 8 KCanG, schränkt Konsumenten erheblich ein. Ihnen ist untersagt, ihr eigenes
- 50 Cannabis zu teilen oder weiterzugeben, wodurch sie lediglich die Möglichkeit haben,
- 51 selbst Cannabis anzubauen oder als Mitglied eines Social Clubs zu erwerben.
- 52 Allerdings kann es aufgrund des bürokratischen Aufwands, den die Clubs bewältigen
- müssen, lange dauern, bis diese Option tatsächlich zur Verfügung steht. Die begrenzte
- Verfügbarkeit legaler Beschaffungsmöglichkeiten gefährdet ein zentrales Ziel der
- 55 Cannabislegalisierung: die Bekämpfung des Schwarzmarktes. Die Befürchtung, dass dies
- das illegale Handeltreiben fördern könnte, ist jedoch unbegründet, da das KCanG und
- das BtMG umfassende Regelungen enthalten wie etwa § 34 Abs. 4 Nr. 1, der bei
- 58 gewerbsmäßigem Handel ein höheres Strafmaß vorsieht. Das bestehende Verbot trägt
- 59 nicht zur Eindämmung des Schwarzmarktes bei, sondern schränkt lediglich die
- 60 Konsumenten ein.
- Aus diesem Grund fordern wir die Abschaffung von § 9 Abs. 2 KCanG und § 34 Abs. 1 Nr.
- 62 8 KCanG.

63 Begriff des "bandenmäßigen Handeltreiben" streichen

- Die Qualifikationen des § 34 KCanG beinhalten das "bandenmäßige Handeltreiben", ein
- 65 Begriff, der auch aus dem BtMG stammt und zur Bestrafung schwerer Formen
- organisierter Kriminalität verwendet wird. Gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 3 KCanG wird
- 67 bandenmäßiges Handeln mit einer nicht geringen Menge mit einer Freiheitsstrafe von
- drei Monaten geahndet. Diese Gleichsetzung verkennt jedoch die geringen
- 69 Anforderungen, die an den Bandenbegriff gestellt werden. Laut Rechtsprechung fällt
- 70 bereits eine (Wohn-)Gemeinschaft von drei oder mehr Konsumenten, die gemeinsam
- Cannabis anbauen und Teile davon zur Kostendeckung weiterverkaufen, unter diesen
- Begriff. Dies birgt die Gefahr einer Überkriminalisierung von Delikten, die in
- 73 keinerlei Beziehung zur organisierten Kriminalität stehen.
- Daher setzen wir uns für die Streichung dieses Begriffs aus dem § 34 KCanG.

75 Mitgliedergrenzen für Anbauvereinigungen abschaffen

- 76 § 16 Abs. 2 KCanG setzt eine Obergrenze von 500 Mitgliedern für Anbauvereinigungen
- 77 fest. Wir halten diese Begrenzung für willkürlich und unbegründet. Die Beschränkung

- der Mitgliederzahl führt zu einer künstlichen Verknappung des Angebots, was legale
- 79 Bezugsquellen erheblich einschränkt und das Ziel, den Schwarzmarkt einzudämmen, stark
- 80 gefährdet.
- Daher fordern wir die Streichung von § 16 Abs. 2 Satz 1 KCanG.
- 82 Konsum in Anbauvereinigungen erlauben
- Um keinen Anreiz für den Cannabiskonsum zu schaffen, hat der Gesetzgeber mit § 5 Abs.
- 2 Nr. 6 den Konsum von Cannabis in Anbauvereinigungen untersagt. Wir lehnen dieses
- 85 Verbot ab. Die Begründung basiert lediglich auf einer Vermutung und nicht auf
- konkreten Belegen, die zeigen, dass der Konsum in den Anbauvereinigungen den Konsum
- 87 allgemein fördert. Stattdessen verhindert dieses Verbot einen sicheren Konsum in
- 88 einem kontrollierten Umfeld.
- Daher setzen wir uns für die Streichung von § 5 Abs. 2 Nr. 6 KCanG ein.
- 90 Cannabis für Streitkräfte
- 91 Wie bei Tabak oder Alkohol, muss ein gemäßigter und verantwortungsvoller Konsum von
- Cannabis auch für Angehörige der Streitkräfte möglich sein.
- Daher fordern wir klare Regeln für den Konsum in den Streitkräften, die den
- Anforderungen an den Dienstbetrieb, insbesondere im Umgang mit Waffensystemen,
- 95 gerecht werden.

96 Säule 2 für eine echte Legalisierung

- Die im April in Kraft getretene Teillegalisierung bildet die erste Säule des Zwei-
- 98 Säulen-Modells CARe ("Club Anbau & Regional-Modell"). Säule-2 soll regionale
- 99 Modellvorhaben mit kommerziellen Lieferketten ermöglichen. Um dabei nicht gegen EU-
- 100 Recht zu verstoßen, sollen die Vorhaben in wissenschaftlich konzipierter, regional
- und zeitlich begrenzter Form umgesetzt werden. Ohne die Umsetzung der zweiten Säule
- werden viele Probleme der Prohibition unnötig in die Länge gezogen. Aus
- 103 kriminologischer Sicht ist es wichtig, zügig mit den bereits lange angekündigten
- 104 Modellprojekten zu starten. Ohne einen leicht zugänglichen legalen Markt wird der
- 105 Schwarzmarkt kaum spürbar reduziert.
- 106 Ein Gesetzentwurf des Bundesgesundheitsministeriums für die zweite Säule der
- 107 Cannabis-Teillegalisierung steht weiterhin aus. Das Bundeslandwirtschaftsministerium
- 108 hat hingegen bereits einenEntwurf für eine "Konsumcannabis-Wissenschafts-
- 109 Zuständigkeitsverordnung" (KCanWV) erarbeitet.
- 110 Wir fordern die aktuelle Ampelkoalition daher auf, die KCanWV noch in dieser
- Legislaturperiode zu erlassen oder auf deren Grundlage einen Gesetzentwurf
- auszuarbeiten, der der EU-Kommission zur Prüfung vorgelegt werden kann.
- 113 Sunset-Klausel: 1 Jahr

Begründung

Antrag 3 01: Bundesförderprogramm für "Familienbegleitungen" an Grundschulen

Antragsteller*in:	KV Osnabrück-Stadt (Kreisverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	3 - Bildung, Wissenschaft & Forschung

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- 1 Wir fordern die Einführung eines Bundesförderprogrammes an Grundschulen in sozialen
- 2 Brennpunkten, um mögliche Defizite der frühkindlichen Bildung aufzuholen und die
- 3 Chancengleichheit zu wahren.
- 4 Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die Einführung eines bundesweiten
- 5 Förderprogramms zur Etablierung von "Familienbegleitungen" an Grundschulen, mit dem
- 6 Schwerpunkt auf Schulen in sozialen Brennpunkten.
- 7 Die Notwendigkeit dieses Programms ergibt sich aus der aktuellen Bildungssituation in
- 8 Deutschland, insbesondere an Schulen in herausfordernden Lagen. Studien wie "Schulen
- 9 im Brennpunkt 2023" zeigen, dass Kinder an diesen Schulen immer öfter mit
- 10 schlechteren Startvoraussetzungen beginnen. So haben 17,4 % der Kinder an diesen
- Schulen vor Schulbeginn keine Kita besucht, während es im Bundesdurchschnitt nur 8 %
- sind. Zudem überschreiten 22,4 % dieser Schüler die Regelzeit an Grundschulen.
- 13 In Grundschulen wird maßgeblich das Fundament für den künftigen Bildungs- und
- Karriereweg gelegt. Ist es bereits dort nicht möglich, die Schülerinnen und Schüler
- 15 adäquat zu bilden, wird es umso schwieriger für Schülerinnen und Schüler an der
- weiterführenden Schule aus ihrer persönlichen Bildungsarmut auszubrechen und einen
- höheren Bildungsabschluss anzustreben. Das Ziel des Programms ist es demnach,
- 18 Familien und Kinder an Grundschulen, insbesondere in sozialen Brennpunkten, zu
- 19 unterstützen und die Bildungschancen und Integration zu verbessern, sodass das volle
- 20 Potenzial der Schülerinnen und Schüler ausgeschöpft werden kann.
- 21 Die Umsetzung soll durch die Einstellung von "Familienbegleitern" erfolgen, die als
- 22 Schnittstelle zwischen Schule und Eltern fungieren. Diese Begleiter sollen die
- Familien beraten und unterstützen, beispielsweise bei der Wahrnehmung kultureller
- 24 Angebote, der Förderung der deutschen Sprache im häuslichen Umfeld und der
- 25 Unterstützung bei Hausaufgaben und schulischen Anforderungen.
- Der Ansatz von "Familienbegleitungen" ist deutschlandweit bereits in
- 27 Kindertagesstätten etabliert und wird mittlerweile auch schon an einzelnen Schulen
- 28 umgesetzt insbesondere Osnabrück kann dort als Vorreiter gesehen werden, mit dem
- 29 Modellprojekt der "Familienbegleitungen" an zwei Osnabrücker Grundschulen.
- 30 Die Finanzierung der "Familienbegleitungen" soll durch die Einrichtung eines
- 31 Bundesförderprogramms erfolgen, wobei eine Kofinanzierung durch Bund und Länder
- angestrebt wird. Dies würde auch zu einer Entlastung der kommunalen Haushalte führen,
- denn die Kommunen finanzieren die Begleitungen derzeit vollständig aus ihren eigenen
- 34 finanziellen Mitteln. Der erwartete Nutzen des Programms umfasst die langfristige
- 35 Reduzierung von Bildungsungleichheiten, die Verbesserung der Integrationschancen, die
- 36 Steigerung des Bildungsniveaus und damit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit

86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen - Kunstsaal Lüneburg, Marie-Curie-Ring 5, 21337 Lüneburg

- 37 sowie potenzielle finanzielle Einsparungen bei späteren Fördermaßnahmen.
- Durch gezielte Investitionen in die frühe Bildung und Familienunterstützung können
- 39 wir nicht nur individuelle Lebenschancen verbessern, sondern auch langfristig die
- 40 wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands stärken. Die
- 41 "Familienbegleitung" an Grundschulen ist ein wichtiger Schritt zur Schaffung echter
- Chancengerechtigkeit und zur Förderung des liberalen Prinzips der Selbstbestimmung
- durch Bildung. Wir sind überzeugt, dass dieses Programm einen wesentlichen Beitrag
- 24 zur Verbesserung der Bildungssituation in Deutschland leisten und langfristig
- 45 positive Auswirkungen auf unsere Gesellschaft und Wirtschaft haben wird.
- 46 Sunset-Klausel: 5 Jahre

Begründung

Antrag 3 02: Europa Erleben mit Erasmus+: Mehr als nur Studium, Azubis auf Reisen!

Antragsteller*in:	LAK Bildung (Landesarbeitskreis), Nemir Ali (KV Osnabrück-Stadt)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	3 - Bildung, Wissenschaft & Forschung

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- 1 Der Antrag fordert die Stärkung einer internationalisierten dualen Berufsausbildung
- durch die effektivere Teilnahme an Erasmus+ Programmen für Azubis.
- In einer zunehmend globalisierten Welt ist die Fähigkeit, über den eigenen Tellerrand
- 4 hinauszublicken, von unschätzbarem Wert. Auslandserfahrungen bereichern junge
- 5 Menschen nicht nur fachlich, sondern fördern auch ihre Persönlichkeitsentwicklung in
- 6 besonderem Maße. Sie lernen, sich in fremden Kulturen zu orientieren, entwickeln
- 7 interkulturelle Kompetenzen und erweitern ihren Horizont durch den Austausch mit
- 8 Menschen unterschiedlichster Herkunft. Diese Erfahrungen tragen entscheidend dazu
- 9 bei, ihre beruflichen und persönlichen Perspektiven zu erweitern.
- 10 Mit Erasmus+ erhalten junge Menschen die Chance, diese wertvollen Auslandserfahrungen
- zu sammeln, auch unabhängig vom Einkommen der Eltern. Bisher wurde das Erasmus+-
- 12 Programm vor allem von Studierenden genutzt, obwohl es längst auch Azubis offensteht.
- Wir wollen den Zugang für Azubis verbessern und zeigen, dass ein Auslandsaufenthalt
- kein Studium voraussetzt. Dadurch ermöglichen wir, dass auch Azubis von den Vorteilen
- 15 einer internationalen Ausbildung profitieren und stärken die Attraktivität der dualen
- 16 Berufsausbildung für junge Menschen.
- 17 Deshalb fordern wir:
- Bekanntheit von Erasmus+ steigern: Viele Azubis wie auch Betriebe wissen wenig
- 19 über die Chancen, die Erasmus+ eröffnet. Deshalb wollen wir Azubis und Betriebe
- gezielt informieren. Dazu wollen wir eine Werbekampagne für Erasmus+ an den
- Berufsschulen sowie den Industrie- und Handelskammern und den Handwerkskammern
- starten. Zum Start der Berufsschule soll für alle Azubis ein Informationstag zu
- 23 Erasmus+ ausgerichtet werden. Dabei soll der Ablauf eines Auslandsaufenthalts
- dargestellt sowie der Wert einer Auslandserfahrung für die Azubis wie auch die
- 25 Betriebe herausgestellt werden.
- Berufsschulen fit für Erasmus+ machen: Ob ein Auslandsaufenthalt zustande kommt,
- hängt vielfach vom engagierten Personal an den Berufsschulen ab, das Partner im
- Ausland finden und Azubis bei der Realisierung unterstützen muss. Deshalb wollen
- wir an den Berufsschulen Europabeauftragte schaffen, die hierfür zuständig sind.
- 30 Die Europabeauftragten müssen ihre Tätigkeit angemessen auf ihre Lehrtätigkeit
- anrechnen können, indem sie Ermäßigungsstunden erhalten. Zudem sollen sie eine
- 32 Zulage für ihre Tätigkeit und eine Bürokraft zur Unterstützung bei
- Verwaltungstätigkeiten erhalten. Die Fortbildungen bei der Nationalen Agentur
- für Erasmus+ wollen wir ausweiten. Um die Partnersuche im Ausland zu
- 35 erleichtern, soll eine Online-Plattform geschaffen werden, auf der sich Betriebe
- und Berufsschulen europaweit vernetzen können. Schließlich wollen wir prüfen,

86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen - Kunstsaal Lüneburg, Marie-Curie-Ring 5, 21337 Lüneburg

- wie Lehrkräfte durch den Abbau von Bürokratie entlastet werden können. Denn ca.
- 50 % des Zeitaufwandes für die Realisierung eines Auslandsaufenthaltes fließt
- 39 aktuell in Bürokratie.
- Recht auf Freistellung für Azubis: Ein Auslandsaufenthalt ist eine Win-win-
- Situation für Azubis und ihren Betrieb. Dennoch scheitern Auslandsaufenthalte
- gerade in kleineren Betrieben daran, dass Betriebe ihre Azubis nicht
- freistellen. Wir wollen Azubis daher ein Recht auf Freistellung für einen
- 44 Auslandsaufenthalt von mindestens 42 Wochen gewähren.
- 45 **Sunset-Klausel:** 5 Jahre

Begründung

Antrag 3 03: ChatGPT und Gemini beamen Schulen weg vom Overhead-Projektor

Antragsteller*in:	LAK Bildung (Landesarbeitskreis), KV Hildesheim (Kreisverband), KV Göttingen (Kreisverband), KV Celle (Kreisverband), Hannes Gericke (KV Hildesheim), Jordan Harbig (KV Region Hannover)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	3 - Bildung, Wissenschaft & Forschung

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 Niemand braucht 16 Lehrämter

- 2 Die Jungen Liberale Niedersachsen fordern eine Vereinfachung der Anerkennung der
- 3 Lehramtsqualifizierung bei ausländischen Arbeitskräften, insbesondere innerhalb der
- 4 Europäischen Union:
- Wenn eine Lehrkraft examiniert mit Berufserfahrung hier in den Schuldienst
- 6 möchte, soll sie 1-2 Unterrichtsstunden als Vorführstunden ähnlich wie im Ref
- zeigen, optional soll es auch ein Reflexionsgespräch geben. Danach soll eine
- 8 Anstellung auf Probe mit Befristung von einem Jahr folgen. Währenddessen finden
- 9 2-3 Unterrichtsbesuche im Schuljahr von dem Fachteam der Schule und dem
- Schulleiter statt, die die Unterrichtsqualität und das Sprachniveau der
- angehenden Lehrkraft prüfen. Nach diesem Jahr erstellt der Schulleiter eine Art
- Gutachten/Stellungnahme/Bericht wie auch für Referendare wo eine Empfehlung
- gegeben wird, ob die Person unbefristet Lehrer werden sollte. Wir schlagen nach
- diesem Jahr die Festanstellung vor.
- Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern eine Vereinfachung bei der Anerkennung von
- 16 Lehramtsabschlüssen zwischen den verschiedenen Bundesländern:
- Wenn ein Lehrer in Deutschland Lehramt studiert hat und diesen Abschluss in
 - einem anderen Bundesland anerkennen lassen möchte, soll dies ohne erneute
- 19 Prüfungen oder sonstige Maßnahmen funktionieren. Dies ermöglicht es Lehrern
- einfacher bei Umzügen o.ä. ihre Dienststelle zu wechseln.
- Um die aktuell bestehenden Diskrepanzen zwischen den unterschiedlichen
- Lehramtsausbildung auf Länderebene auszugleichen, schlagen wir eine bundesweit
- einheitliche bzw. modular vergleichbare Grundstruktur des Lehramtsstudium vor.

24 Entlastung der Lehrkräfte

18

- 25 In Zeiten von Inklusion, überbordener Bürokratie, Überarbeitung und terrorisierenden
- 26 Eltern ist der Lehrberuf äußerst unattraktiv und sorgt zu hohen Burnout- und
- 27 gesundheitlich bedingten Teilzeitquoten schon wenige Jahre nach dem Berufseinstieg,.
- 28 Wir haben es uns als Ziel gesetzt, den Beruf wieder attraktiver zu gestalten, daher
- 29 fordern die Jungen Liberalen ein Paket zur Entlastung der Lehrkräfte:
- Reduzierung der Stunden: Die zu leistenden Lehrstunden sollen in allen
- 31 Schulformen bei einer Vollzeitstelle mittelfristig auf 23 unterrichtete
- 32 Wochenstunden herabgesezt werden, da die Aufgabenbereiche neben des Unterrichts
- immer mehr Zeit in Anspruch nehmen (Inklusion, mehr Förderbedarf bei den Kindern

- ergo mehr Anträge/ Nachteilsausgleiche/ Diagnostik/ Differenzierung). Dabei soll 34 die Besoldung nicht nach unten korrigiert werden. 35
- Ausweitung des Personalschlüssels: Der Personalschlüssel an Schulen muss stark 36 ausgeweitet werden. Der Fokus liegt vor allem darauf, mehr Pädagogische 37 Mitarbeiter (PM) einstellen zu können, um weniger Lehrer in den Ganztag oder in 38 die oftmals fachfremde Bereitschaft schicken zu müssen. PMs sollen auch 39
- verstärkt für Doppelbesetzungen in jüngeren Jahrgängen und Vertretungsstunden im 40 Vormittag eingesetzt werden. Wichtig ist, dass die aktuelle Regelung nichtig
- wird: Ein PM mehr impliziert weniger Lehrerstunden, sodass eine Lehrkraft 42

41

56

- weniger oder nur eine Teilzeitstelle als Stellenausschreibung möglich ist. 43
- Anrechnung von Überstunden und zusätzlicher Unterstützung bei Klassenfahrten: 4 44 Überstunden für eine Klassenfahrt angerechnet zu bekommen, ist realitätsfern und 45 schlichtweg zu wenig. Daher muss eine klare Regelung zur Anrechnung von 46 Überstunden, die Lehrkräfte im Rahmen von Klassenfahrten leisten, geschaffen werden. Dies soll durch zusätzliche Überstunden, Entlohnung oder zusätzliche 48 Unterstützung durch weiteres Personal bei der Planung und Durchführung der 49 Fahrten geschehen. Zudem können Schulassistenten für organisatorische Aufgaben 50 wie die Buchung und Koordination von Unterkünften und Transportmitteln 51 eingesetzt werden, um Lehrkräfte weiter zu entlasten. Die Jungen Liberalen 52 fordern weiterhin die Grenze zur Ausschreibungspflicht für Studienreisen 53 deutlich höher anzusetzen als die von der nds. Landesregierung beabsichtigten 54 10.000€, damit Auslandsfahrten auch für größere Kurse wieder ansatzweise 55
- Reduzierung der Bürokratie: Einführung effizienter Verwaltungsprozesse und 57 digitaler Tools zur Minimierung des Papierkrams, damit Lehrkräfte mehr Zeit für 58 den Unterricht und die individuelle Förderung der Schüler haben. 59
- Flexiblere Arbeitszeitmodelle: Die Möglichkeit, die volle Anzahl an 60 Unterrichtsstunden in einem Rahmen von 4 Tagen abzuhalten, um einen festen 61 "Bürotag" für andere schulische Tätigkeiten pro Woche zu haben, soll 62 grundsätzluch möglich werden. Es liegt dann in der Hand der Schulen und der 63 Stundenplaner, was den Lehrkräften ermöglicht wird. Grundsätzlich soll damit 64 mehr Flexibilität in dem Arbeitsalltag geschaffen werden, damit die langfristige 65 Motivation und Gesundheit gewährleistet werden kann. 66
- Mehr nicht-lehrendes Unterstützungspersonal: Einstellung von zusätzlichem 67 Unterstützungspersonal, wie Schulsozialarbeitern, Schulassistenten und 68 pädagogischen Assistenten, um Lehrkräfte zu entlasten. 69
- Förderung der digitalen Kompetenzen: Regelmäßige Weiterbildungen im Bereich der 70 digitalen Tools und Methoden, um den Unterricht effizienter und digitaler zu 71 gestalten. 72

Die künstlich intelligente Schule 73

bürokratiearm planbar werden.

KI-Offensive im Klassenzimmer & im Ganztag 74

- Künstliche Intelligenz hat enorme Vorteile im Lernbereich, da diese mit den 75
- gewonnenen Lerndaten weitere lernfördernde Maßnahmen, die individuell auf den Schüler

- zugeschnitten sind, identifizieren kann. Die Jungen Liberalen fordern eine verstärkte Einbindung von KI-Tools, die den Unterrichts- und Lernerfolg fördern:
- Integration von KI-gestütztem Lernen in den Unterricht: Die Nutzung von KI Tools, die personalisiertes Lernen ermöglichen und Schülerinnen und Schüler auf ihrem individuellen Lernweg begleiten, soll ermöglicht werden. Das
 Kultusministerium in Niedersachsen soll eine KI-Kommission mit diesbezüglich
- qualifizierten Vertretern aller Fächergruppen einführen, die neuste
- 84 Entwicklungen im KI-Angebot beobachtet und den Schulen landesweit einen Pool an
- Tools zur Verfügung stellt, die die Schulen im Unterricht und im Ganztag
- einsetzen dürfen. Ein zentraler Tool-Pool ermöglicht dem Land auch Fortbildungen
- einfacher zu koordinieren und anzubieten.
- Weiterbildung der Lehrkräfte in KI-Kompetenzen: Damit diese Tools auch sinnvoll
 und zielführend eingesetzt werden können, müssen regelmäßige Fortbildungen für
 die Lehrer stattfinden.
- Auswahl der KI-Tools in den Händen der Schulen: Für die Auswahl der Tools sind die eigenverantwortlichen Schulen individuell verantwortlich, da die Lehrer und Schulen das für sich deutlich besser entscheiden können, als ein übergeordnetes Ministerium. Konkret soll das durch die Fachkonferenzen geschehen, die folglich die für ihren Fachbereich sinnvollsten KI-Tools auswählen und im Unterricht einführen.
- Einhaltung ethischer Richtlinien: Bei der Nutzung von KI-Tools muss jederzeit
 sichergestellt werden, dass der Einsatz ethischen Standards entspricht und die
 Privatsphäre und die Daten der Schüler schützt. Dies wird von der Kommission
 sichergestellt, indem diese nur Tools in dem Pool zur Verfügung stellt, die
 diese Standards erfüllen. Entscheidend ist, dass die Entscheidungen der KIKommission digitalrechtssicher sind. Notwendige Anpassungen nationaler Gesetze
 im Zuge von mehr praxisnaher KI-Nutzung sehen die Jungen Liberalen wohlwollend.

104 Prävention und Umgang mit KI

- Förderung eines kritischen Umgangs mit KI-Systemen: Wichtig ist, dass Schüler
 reflektieren können, ob die Ergebnisse der KI stimmig sind oder nicht. Dafür
 sollen Kompetenzen zur kritischen Beurteilung und Reflexion von KI-basierten
 Entscheidungen und deren potenziellen Verzerrungen und Risiken gelehrt werden.
- Schaffung von Richtlinien für den ethischen Einsatz von KI in der Schule: Das
 Kultusministerium soll gemeinsam mit der KI-Kommission klare Richtlinien und
 Standards für den Einsatz von KI im Bildungsbereich entwickeln, um Missbrauch zu verhindern und Transparenz sowie Datenschutz zu gewährleisten.

113 KI-Nutzung zur Entlastung der Lehrkräfte und des Schulpersonals

- Automatisierung administrativer Aufgaben: Einsatz von KI-Systemen zur
 automatischen Verwaltung von Anwesenheitslisten, Notenverwaltung und weiteren
 Routineaufgaben, um Lehrkräfte und Verwaltungspersonal zu entlasten.
- Ermöglichung KI-gestützter Analyse von Lerndaten: Die Nutzung von KI zur Analyse von anonymisierten Lerndaten soll ermöglicht werden, um Stärken und Schwächen der Schüler frühzeitig zu erkennen und gezielte Fördermaßnahmen einzuleiten.

KI-gestützte Kommunikation: Einführung von KI-gestützten Chatbots und
 Assistenzsystemen für die Beantwortung häufiger Fragen von Eltern und Schülern
 sowie zur Unterstützung der Kommunikation innerhalb der Schule.

123 Schulleben

124 Handyverbote in Grundschulen in Schulordnungen erlauben

Die Jungen Liberalen fordern, dass Möglichkeiten für wirksame Erziehungsmaßnahmen

geschaffen werden müssen, die den Lehrkräften pädagogische Handelsspielräume

ermöglichen. In Grundschulen muss es möglich sein, Schülern im Unterricht digitale

28 Geräte bis zum Unterrichtsende zu entziehen, sofern sie aktiv den Unterrichtserfolg

ablenken. Die aktuell bestehenden Möglichkeiten bei Gefahrensituationen sollen

dementsprechend für Grundschulen weiter gefasst werden, da Schüler im Grundschulalter

31 seltenst schon in der Lage sind, reflektiert über ihre Gerätenutzung zu entscheiden.

132 Projektbasiertes Lernen

Die Jungen Liberalen fordern eine Stärkung von projektbasiertem und forschendem

134 Lernen in Schulen, um praxisnahe Kompetenzen zu entwickeln.

35 Dies geschieht in ähnlicher Form wie AGs: Ein Lehrer, bzw. ein Lehrerteam (max. 2

Lehrer) führt ein fachliches Projekt durch, welches jahrgangsübergreifend angeboten

werden soll. Dazu wird es jeweils min. 1 Projekt pro Sekundarstufe geben, damit

inhaltliche Themenfelder sinnvoll für Schüler zu erlernen sind. Das ganze fördert

einen selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und praxisorientierten Lernansatz.

140 Der Unterschied zu AGs ist, dass Schüler nicht einfach freiwillig an einem Projekt

teilnehmen und am Ende keinen Erfolg im Sinne einer Note haben, sondern dass ein

42 solches Projekt im Wahlbereich der Kurse angeboten werden soll und am Ende eine

143 Prüfung stattfindet und dementsprechend eine Note für das Fachprojekt im Zeugnis

eingetragen wird. Das System ist also ähnlich wie das Wahlsystem in der Oberstufe und

soll für die Unterstufe erweitert werden, sodass Schüler schon früher

Wahlmöglichkeiten für individuelle Interessen haben.

147 Umgang mit sozialen Medien

- Digitale Medienkompetenz: Einführung eines Themenblocks "Digitale
 Medienkompetenz" im Fach Ethik bzw. Werte und Normen, das den
 verantwortungsvollen Umgang mit sozialen Medien, Datenschutz und die
 Auswirkungen auf die psychische Gesundheit behandelt.
- Stärkung der Privatsphäre und des Datenschutzes: Ein Kernbestandteil dieses
 Themas ist die Aufklärung über die Wichtigkeit von Datenschutz und Privatsphäre
 im Internet sowie die Risiken der Preisgabe persönlicher Informationen.
- Sensibilisierung und Aufklärung von Eltern: Es sollen Angebote für Eltern zur Stärkung ihrer Medienkompetenz geschaffen werden, um ihre Kinder besser begleiten und unterstützen zu können.

58 Autonomie der Schulen

Stärkung der Schulautonomie: Schulen sollen mehr Freiheiten in der Organisation

und Gestaltung des Unterrichts sowie der Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte erhalten, um passgenaue Lösungen für spezifische Herausforderungen zu entwickeln. (vgl. mit LAK Innen / Recht)

Lehrpläne entrümpeln: Die Niedersächsischen Kerncurricula bilden aktuell eine 163 Fülle an Kompetenzen und Pflichtinhalten ab, die in der Realität selbst ohne 164 Stundenausfälle (z.B. durch Klassenfahrten, Exkursionen, Fortbildungen oder 165 andere dienstliche Verpflichtungen) nicht unterrichtlich zu leisten ist. Im 166 Ergebnis wird insbesondere in der gymnasialen Oberstufe in vielen Fächern durch 167 das KC gerannt, auf Kosten intensiverer Behandlung von Inhalten oder 168 handlungsorientierter Projekte. Nach Auffassung der Jungen Liberalen 169 Niedersachsen müssen die Kerncurricula entrümpelt werden, um den Lehrkräften die 170 schülerorientierte Gestaltung ihres Unterrichtes zu erleichtern. Kernkompetenzen 171 müssen das Grundgerüst des jeweiligen Fächer-KCs bilden, um sowohl den 172 Bildungserfolg und das Leistungsprinzip zu garantieren, als auch die bundesweite 173 Vergleichbarkeit (KMK-Standards) zu gewährleisten. Die Anzahl an 174 Pflichtmaterialien z.B. im Fach Englisch soll hingegen deutlich gesenkt und 175 durch Lektürenvorschläge ersetzt werden, die zum vorgegebenen Kompetenzerwerb 176 beitragen. Ähnliche Ansätze lassen sich auch in den MINT- und 177 gesellschaftswissenschaftlichen Fächern umsetzen, indem z.B. die Anzahl an 178 verpflichtend zu behandelnden Modellen reduziert wird, ohne die entsprechenden 179 Kompetenzen zu vernachlässigen. Mehr Freiheit und Invididualität im Unterricht 180 schafft Motivation für Schüler und Lehrkräfte. 181

- Anpassung des Lehrplans an lokale Bedürfnisse: Schulen sollten mehr Freiheiten in der Gestaltung ihres Lehrplans erhalten, um auf die Bedürfnisse der Schüler und die Besonderheiten der Region einzugehen. Dies könnte z.B. durch Projekte in Kooperation mit lokalen Unternehmen oder die Integration regional relevanter
 Themen (lokale Wirtschaft) geschehen.
- Erprobung neuer pädagogischer Konzepte: Schulen sollten mehr
 Gestaltungsspielraum bekommen, innovative pädagogische Konzepte oder alternative
 Unterrichtsformen, wie z.B. digitale Lernmethoden oder fächerübergreifende
 Projekte, auszuprobieren und dauerhaft zu etablieren.
- Eigenständige Budgetverwaltung: Schulen sollten die Freiheit erhalten, ihr
 Budget selbst deutlich freier zu verwalten und über die Verteilung der
 finanziellen Mittel eigenverantwortlich zu entscheiden, sowie Rücklagen zu
 bilden. Dadurch können sie gezielt in Bereiche investieren, die ihren
 individuellen Bedürfnissen entsprechen, wie z.B. neue Projekte, Kooperationen
 oder Lehrmaterialien.
- Bildungsbudgets für Schuletats: Es sollen individuelle Bildungsbudgets
 eingeführt werden, mit denen Schulen selbstständig über ihre Mittel verfügen
 können, um passgenaue Lösungen und innovative Projekte zu finanzieren. Diese
 Mittel sind entkoppelt von sonstigen Posten im Schuletat und berechnet sich
 anhand der Schülerzahl an einer Schule.
- 202 Sunset-Klausel: 5 Jahre

Begründung

86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen - Kunstsaal Lüneburg, Marie-Curie-Ring 5, 21337 Lüneburg

Antrag 4 01: Geistiges Eigentum ist kein Eigentum!

Antragsteller*in:	Jan Schwede (KV Goslar)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Wirtschaft, Finanzen & Arbeit

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- Geistiges Eigentum basiert auf der Vorstellung, dass Ideen, Erfindungen und kreative
- 2 Werke genauso wie physische Güter behandelt werden sollten. Dies ist jedoch
- problematisch, weil Ideen und Informationen grundlegend andere Eigenschaften haben
- als physische Güter. Sie sind nicht rivalisierend (ihre Nutzung durch eine Person
- 5 schließt die Nutzung durch eine andere nicht aus) und nicht knapp (sie können
- 6 unendlich kopiert und verbreitet werden). Eigentumsrechte wurden entwickelt, um
- 7 Konflikte über knappe Ressourcen zu vermeiden und den Frieden zu sichern dies gilt
- 8 nicht für Ideen, die gleichzeitig von mehreren Personen genutzt werden können, ohne
- 9 dass sie jemandem "weggenommen" werden.
- 10 Geistiges Eigentum schafft künstliche Knappheit und staatlich durchgesetzte Monopole,
- die den freien Markt und den freien Fluss von Ideen behindern. Solche Monopole
- erlauben es Einzelnen oder Unternehmen, den Zugang zu Wissen, Kultur und Innovation
- zu kontrollieren, was die Entwicklung neuer Ideen und Technologien verlangsamt. In
- einem wirklich freien Markt würden Ideen frei zirkulieren, und der Wettbewerb würde
- 15 Innovationen vorantreiben, da Unternehmen gezwungen wären, sich durch Qualität,
- 16 Effizienz und Service zu differenzieren, anstatt auf staatlich gewährte
- 17 Exklusivrechte zurückzugreifen.
- 18 Die Vorstellung, dass ohne geistiges Eigentum Innovatoren um die Früchte ihrer Arbeit
- 19 gebracht werden, ist zu kurz gegriffen. In einem freien Markt gibt es zahlreiche
- Möglichkeiten, von Innovation zu profitieren sei es durch Reputation, Kundentreue,
- 21 schnellere Markteinführung oder durch die Entwicklung ergänzender Produkte und
- 22 Dienstleistungen. Statt Ideen künstlich einzuschränken, sollten Märkte auf
- 23 natürlichem Wettbewerb basieren, in dem Innovatoren durch ständige Verbesserung und
- 24 Qualität langfristig erfolgreich sein können. Geistiges Eigentum führt oft dazu, dass
- 25 Innovatoren auf Monopolrechten statt auf der Weiterentwicklung ihrer Produkte ruhen,
- 26 was den gesamten Innovationsprozess verlangsamt.
- 27 Daher fordern wir eine Abkehr von dem Konzept des geistigen Eigetums.
- 28 Sunset-Klausel: 5 Jahre

Begründung

Antrag 4 02: Projektanleihe statt Sondervermögen

Antragsteller*in:	LAK Renew Democracy (Landesarbeitskreis), Dennis Mormann (KV Osnabrück-Land), Pascal Mormann (KV Osnabrück-Land)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Wirtschaft, Finanzen & Arbeit

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- Der LAK Democracy fordert die standardmäßige Etablierung und Umsetzung von
- 2 Projektanleihen als Finanzierungsmittel für den Staat um Projekte auf Bundes, Landes
- und kommunalebene umzusetzen. Dieses Instrument soll herkömmliche Kredite ersetzen.
- Wenn der Staat ein Projekt wie beispielsweise die Unterstützung zum Bau von
- 5 Fahrradwegen in Peru, die errichtung eines Startup Zentrums oder den Bau von Anlagen
- zur erneuerbaren Energiegewinnung plant, soll er Anleihen ausgeben die von Bürgern
- erworben werden können und so die Finanzierung darstellt. Bürger werden damit zu
- 8 Eigentümern öffentlicher Projekte. Sollten nicht genügend Anleihen verkauft werden,
- 9 geht damit das scheitern des Projektes einher. Dies schafft eine Grundlage zur
- besseren Streuung von Besitz in der Bevölkerung und stellt zudem eine Wertsteigernde
- 11 Anlage dar. Der Staat muss sich also Unterstützung in der Bevölkerung suchen. Wir
- beenden damit Alleingänge und stellen staatliche Ausgaben in den demokratischen
- 13 Wettbewerb.
- 14 Sunset Klausel: 5 Jahre

Begründung

Antrag 4 03: Mietkautionsdepot

Antragsteller*in:	LAK Renew Democracy (Landesarbeitskreis), Dennis Mormann (KV Osnabrück-Land), Pascal Mormann (KV Osnabrück-Land)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Wirtschaft, Finanzen & Arbeit

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- Millionen Bürger in Deutschland leben in Mietverhältnissen und haben zu diesem Zweck
- eine Mietkaution hinterlegt. Diese Kaution liegt zumeist auf aus der Zeit gefallenen
- 3 Sparbüchern wo es als "totes" Kapital fungiert und weder Mieter noch Vermieter einen
- 4 Mehrwert erbringt. Wir fordern daher: Mietkautionen sollen standardmäßig am
- 5 Kapitalmarkt angelegt werden wo sich das Geld auf einer Dauer von 11 Jahren
- 6 betrachtet, mit einer jährlichen Rendite von 6%, verdoppelt und damit einen messbaren
- 7 Mehrwert darstellt.
- 8 Sunset Klausel: 5 Jahre

Begründung

Antrag 4 04: Verwaltungskostenbremse

Antragsteller*in:	LAK Renew Democracy (Landesarbeitskreis), Dennis Mormann (KV Osnabrück-Land)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Wirtschaft, Finanzen & Arbeit

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- Laut einer aktuell in The Pioneer veröffentlichten Statistik, haben Verwaltungskosten
- einen Anteil von 67 und die tatsächlichen Kosten wie beispielsweise
- eingliederungsmaßnahmen der Arbeitsuchenden, einen Anteil von 33% an den
- 4 Gesamtausgaben des Jobcenters. Eine Behörde, noch dazu eine relevante im Deutschen
- 5 Sozialsystem, hat nicht die Aufgabe als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Beamte zu
- dienen sondern soll einen klaren Zweck erfüllen. Die einer Behörde zur Verfügung
- 7 gestellten Steuergelder müssen so schnell wie möglich wieder mehrheitlich dem für sie
- 8 vorgesehenen Zweck zugute stehen. Dies ist ein grundlegendes Problem in unserem
- 9 Sozialsystem. Das Jobcenter fungiert hier nur als Beispiel, die aktuelle Krise in der
- 10 Pflegeversicherung muss hier mitgenannt werden. Ich sehe hier äußerst dringend
- 11 Handlungsbedarf und fordere:
- Die Einführung einer Bremse für Verwaltungskosten in einer Höhe von 30%,
 gemessen an den Gesamtausgaben eines Jahres.
- Die Stufenweise Einführung der Bremse, gestaffelt auf 4 Jahre, beginnend mit 50%
- 15 Sunset Klausel: 5 Jahre

Begründung

Antrag 4 05: Einführung einer grenzüberschreitenden europäischen Rechtsform für Unternehmen: SNE - Societas Nova Europaea

Antragsteller*in:	KV Hildesheim (Kreisverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Wirtschaft, Finanzen & Arbeit

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die Einführung einer grenzüberschreitenden
- 2 europäischen Rechtsform für Unternehmen. Diese Rechtsform soll es Unternehmen
- ermöglichen, in allen EU-Mitgliedstaaten unter einheitlichen Bedingungen zu operieren
- 4 und von gemeinsamen Regelungen zu profitieren:
- Die Europäische Union soll eine spezielle Rechtsform einführen, die auf die
- 6 Bedürfnisse von Unternehmen und insbesondere Start-ups zugeschnitten ist. Diese
- 7 Rechtsform soll für Unternehmen aus allen Mitgliedstaaten unter den gleichen
- 8 Bedingungen verfügbar sein und sie in die Lage versetzen, ohne große
- 9 bürokratische Hindernisse in der gesamten EU tätig zu werden.
- Diese neue Rechtsform soll einheitliche Regelungen für Unternehmensgründungen,
- Steuern und Arbeitnehmermobilität beinhalten, um die größten Hürden für
- grenzüberschreitendes Wachstum zu beseitigen. Unternehmen sollen in jedem EU-
- Land unter den gleichen rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen arbeiten
- 14 können.
- Unternehmen, die diese Rechtsform annehmen, sollen einfacher Investitionen und
- Finanzierungsmöglichkeiten innerhalb der EU erhalten können. Zusätzlich sollte
- die Rechtsform den Zugang zu EU-Fördermitteln für Innovation und Forschung
- erleichtern, insbesondere durch vereinfachte Antragsverfahren und eine
- bevorzugte Behandlung im Rahmen von Programmen wie Horizon Europe.
- Um Unternehmen in kleineren EU-Ländern den Zugang zum europäischen Markt zu
- 21 erleichtern, soll diese Rechtsform explizit darauf ausgelegt sein, ihre
- Skalierbarkeit zu unterstützen. Dabei sollten steuerliche Anreize und der Abbau
- 23 regulatorischer Barrieren eine zentrale Rolle spielen, sodass Unternehmen aus
- 24 kleineren Mitgliedstaaten gleichwertige Chancen auf dem Binnenmarkt haben wie
- solche aus größeren Ländern wie Deutschland oder Frankreich.
- Die neue europäische Rechtsform soll Kooperationen zwischen Unternehmen,
- Universitäten und Forschungseinrichtungen in der gesamten EU erleichtern.
- 28 Besonders förderungswürdig wären dabei sogenannte "Europäische
- 29 Innovationsnetzwerke", bei denen Unternehmen in verschiedenen EU-Staaten ihre
- 30 Ressourcen und Forschungsbemühungen bündeln können, um effizienter und
- innovativer zu arbeiten. Die neue Rechtsform könnte dies durch erleichterte
- Gründung von grenzüberschreitenden Tochtergesellschaften und
- 33 Projektpartnerschaften unterstützen
- 34 Sunset-Klausel: 5 Jahre

86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen - Kunstsaal Lüneburg, Marie-Curie-Ring 5, 21337 Lüneburg

Begründung

Antrag 4 06: (Wieder-) Eingliederung in den Arbeitsmarkt

Antragsteller*in:	Hannes Gericke (KV Hildesheim)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Wirtschaft, Finanzen & Arbeit

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 Problemdarstellung:

- 2 Dem deutschen Arbeitsmarkt fehlt es an einem besonders: Arbeitskraft. Darunter fällt
- sowohl die Anzahl der Arbeitenden, wie aber auch die Summe an geleisteten
- 4 Arbeitsstunden, welche zum volkswirtschaftlichen Erfolg beiträgt.
- 5 Viele junge Menschen, insbesondere aus ärmeren Familien, finde überhaupt nicht den
- 6 Weg in den Arbeitsmarkt, oder sehen nicht genügend Benefits hier in Deutschland zu
- arbeiten. Ebenso tun dies viele ausländische Fachkräfte, welche aufgrund der
- 8 bürokratischen Hürden und hohen Steuerlasten einen Weg um (inner-) deutsche
- 9 Unternehmen als Arbeitgeber machen. Aber auch Menschen welche durch Krankheit, oder
- sonstige Abwesenheit (z.B. Schwangerschaft) längere Zeit dem Markt entfallen sind,
- kehren häufig nur mit weniger Stunden, oder garnicht zurück.
- 12 Diesen Problemen muss man begegnen, um für einen Umschwung in der wirtschaftlichen
- 13 Entwicklung Deutschland zu sorgen.
- Besonders für junge Leute, Ausländische Fachkräfte, ehemals Kranke, oder auch
- kürzlich schwangere Personen, sind die persönlichen Kosten beim "Neueinstieg" in den
- 16 Arbeitsmarkt, oder "Wiedereintritt" sehr hoch.
- Junge Leute haben Autos zu kaufen/finanzieren, Wohnungen zu mieten/kaufen,
- Materialien für die Arbeit zu kaufen u.Ä., wobei auf viele ausländische Fachkräfte
- dies ebenfalls zutrifft und einen Einstieg erschwert. Bei Erkrankten würden Kosten
- 20 für mögliche Umbauten innerhalb der Wohnung, Kosten für Behandlungen etc. und für
- 21 Schwangere Kosten für Babymaterialien usw. anfallen.

22 Vorschlag:

- 23 Ein mögliche möglichen Idee, um Menschen zur (Mehr-) Arbeit in diesem Land zu
- motivieren, wäre ein Steuerfreibetrag auf die Einkommenssteuer (i.F. Est genannt) bei
- 25 einem Neu-oder Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt. Dieser sollte einen festen Betrag
- 26 (z.B. 20.000€) haben und über Jahre übertragbar sein, damit auch Geringverdienende
- 27 ihn voll nutzen können und es zu keiner Benachteiligung der Arbeitenden kommt. Bei
- einer Abwesenheit durch Krankheit, oder Schwangerschaft würde dieser Betrag
- 29 verringert sein, um keinerlei falschen Motivation zu fördern (Krankmachen und dann
- 30 bei Kumpel mit sehr hohem Gehalt eingestellt werden, um Steuern zu sparen und
- 31 "einfacher" aus einem Unternehmen zu ziehen o.Ä.) und unverhältnismäßige
- 32 Erleichterungen i.B.z der Wiedereingliederung nach Schwangerschaft vorzubeugen. Der
- 33 Steuerfreibetrag ist zudem abhängig von der Höhe der gearbeiteten Stunden. Bei einer
- 34 Erwebstätigkeit mit einer Wochenarbeitszeit unter 40 Wochenstunden würde der
- 35 Freibetrag prozentual heruntergerechnet werden.

Beispiel:

37 Arbeitszeit: 160 Stunden i.M. 20.000€ Freibetrag (100%)

86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen - Kunstsaal Lüneburg, Marie-Curie-Ring 5, 21337

- 38 Arbeitszeit: 120 Stunden i.M 15.000€ Freibetrag (75%)
- 39 Arbeitszeit: 80 Stunden i.M 10.000€ Freibetrag (50%)
- 40 Usw.
- Der Freibetrag bezieht sich dabei auf das zu versteuernde Einkommen nach §32a EstG
- 42 und ist einmalig bei Neueintritt und bei Wiedereintritt nach Krankheit und
- 43 Schwangerschaft mehrfach nutzbar (was ebenfalls zu einer Reduzierung der Freibeträge
- 44 beiträgt).
- 45 (Möglicher) Effekt:
- Nicht nur würde man mit diesem Entwurf eine Motivation zu mehr Arbeit (im Bezug auf
- die geleisteten Stunden) liefern, sondern ebenfalls Deutschland als Land für die hart
- 48 arbeitende Bevölkerung gerechter machen und ausländischen Fachkräften die erste Hürde
- 49 nach Deutschland zu kommen nehmen.
- 50 **Sunset-Klausel:** 5 Jahre

Begründung

Antrag 4 07: Haftung muss sich lohnen: Steuervorteile für persönlich haftende Gesellschafter

Antragsteller*in:	KV Hildesheim (Kreisverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Wirtschaft, Finanzen & Arbeit

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die Einführung von Steuervorteilen für
- 2 persönlich haftende Gesellschafter von Personengesellschaften, um die
- 3 Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmensformen zu stärken und die wirtschaftliche
- 4 Entwicklung in Niedersachsen zu fördern:
- Persönlich haftende Gesellschafter sollen von einem ermäßigten Steuersatz auf
- ihre Einkünfte profitieren, um die steuerliche Belastung zu senken und die
- 7 Reinvestition von Gewinnen zu erleichtern.
- Eine Anpassung des Einkommensteuergesetzes soll erfolgen, um eine bessere
- 9 steuerliche Berücksichtigung von Personengesellschaften zu gewährleisten,
- insbesondere bei der Verlustverrechnung.
- Die aktuellen Regelungen zur Verlustverrechnung bei Personengesellschaften
- sollen angepasst werden, um die Verrechnung von Verlusten über mehrere Jahre zu
- erleichtern. Dies soll durch die Einführung eines Verlustrücktrags für die
- ersten beiden Jahre nach der Entstehung eines Verlusts geschehen, sodass
- 15 Verluste in diesen Jahren mit früheren Gewinnen verrechnet werden können.
- Für neu gegründete Personengesellschaften soll eine vorübergehende
- Steuerbefreiung für die ersten zwei Jahre gelten, um Anfangsinvestitionen zu
- entlasten. Hierbei soll eine Regelung geschaffen werden, die es erlaubt,
- anfängliche Verluste steuerlich geltend zu machen, ohne dass diese sofort mit
- 20 Gewinnen verrechnet werden müssen.
- Das Land Niedersachsen soll Informations- und Beratungsangebote bereitstellen,
- um die Gründung von Personengesellschaften zu erleichtern und über die
- 23 steuerlichen Vorteile aufzuklären.
- 24 Ziel dieses Antrags ist, die steuerlichen Rahmenbedingungen für persönlich haftende
- 25 Gesellschafter zu verbessern, um die Wettbewerbsfähigkeit von Personengesellschaften
- zu erhöhen, das unternehmerische Handeln zu fördern und somit einen Beitrag zur
- 27 wirtschaftlichen Entwicklung Niedersachsens zu leisten.
- 28 Sunset-Klausel: 5 Jahre

Begründung

Antrag 4 08: Wissenschaftsbasiert agieren – auch fiskalpolitisch

Antragsteller*in:	Leon Reimund (KV Region Hannover), Fynn Ole Sodemann (KV Region Hannover), Yassin Zourafi (KV Region Hannover), Jordan Harbig (KV Region Hannover), Iwan Krivov (KV Göttingen), Patrick van Rossum (KV Region Hannover)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Wirtschaft, Finanzen & Arbeit

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- 1 In der nahen Vergangenheit haben sich zu dem Thema Staatsverschuldung mehrere
- 2 Organisationen und Gremien geäußert und im Rahmen dessen eine Reform der deutschen
- Regelungen zur Staatsverschuldung befürwortet. Dazu gehören u.a der
- 4 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, das
- 5 Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, das Institut für Makroökonomie und
- 6 Konjunkturforschung, der Internationale Währungsfonds, der International Monetary
- Fund und die OECD. Wirtschaftswissenschaftler, die keine Reform der Schuldenbremse
- 8 befürworten (z.B. Clemens Fuest, Präsident des Ifo Institut), fordern dagegen
- 9 regelmäßig Vorhaben wie Sondervermögen für Investitionen in die Infrastruktur und
- weitere Ausnahmeregelungen. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der
- gesamtwirtschaftlichen Entwicklung fasste die derzeitige Situation folgend zusammen:
- "In ihrer aktuellen Ausgestaltung ist die Schuldenbremse starrer, als es zur
- 13 Aufrechterhaltung der Schuldentragfähigkeit notwendig ist."
- 14 Infolge der anhaltenden Debatte erkennen die Jungen Liberalen Niedersachsen eine im
- 15 Einklang mit solider Staatsverschuldung stehende Anpassung der aktuellen Regelungen
- als Antwort auf unseriöse Debatten über die Abschaffung der Schuldenbremse als
- 17 Ganzes, als notwendig an.
- 18 Folglich fordern wir:

19 Die Schaffung einer Übergangsregelung in Art. 109 GG nach Notlagen

- 20 Eine sofortige Konsolidierung des Staatshaushalts, um in den Jahren nach der Notlage
- 21 die Schuldenbremse wieder einzuhalten, könnte zu unnötig starken negativen Impulsen
- 22 für eine noch schwächelnde Wirtschaft führen. Die Annahme, dass die Wirtschaft sich
- 23 in dem Jahr nach der Notlage wieder im Normalzustand befindet, ist haltlos. Daher
- 24 fordern wir, die Ausnahmeklausel der Schuldenbremse um eine Übergangsregelung zu
- 25 ergänzen. Diese sollte festlegen, dass die Neuverschuldung schrittweise reduziert
- wird, bis die Regelgrenze wieder erreicht ist.

27 Die stärkere Berücksichtigung schuldenstandsabhängiger Defizitgrenzen

- 28 Eine Simulation des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen
- 29 Entwicklung fand bei Einhaltung der bestehenden Regeln, dass die Staatsverschuldung
- 30 stetig und deutlich sinkt, selbst wenn in jedem Jahr die mögliche Nettokreditaufnahme
- 31 voll ausgeschöpft wird und zusätzlich regelmäßig Krisen mit höherer Kreditaufnahme
- auftreten. Folglich ist die Schuldenbremse starrer, als sie es sein müsste. Eine neue
- 33 Regelung diesbezüglich könnte wie folgt aussehen:
- 34 Bei einer Schuldenstandsquote unter 60 Prozent des BIP liegt die Grenze für das
- 35 strukturelle Defizit bei 1 Prozent des BIP. Zwischen 60 Prozent und 90 Prozent ist

- ein Defizit von 0,5 Prozent des BIP zulässig. Ab 90 Prozent Staatsverschuldung sind
- nur noch die bisherigen 0,35 Prozent für das strukturelle Defizit erlaubt.
- 38 Nach der Auffassung der Jungen Liberalen Niedersachsen ist eine klare
- 39 Haushaltsdisziplin hinsichtlich der staatlichen (Konsum-)Ausgaben weiterhin
- 40 notwendig. Die Generationengerechtigkeit multiperspektivisch zu betrachten
- unterscheidet uns vom politischen Mitbewerber. Folglich fordern wir daneben:
- Keine Ausweitung bestehender Sondervermögen und sonstiger Schattenhaushalte
- Eine Stärkung des Bundesrechnungshofs, vor allem in den Bereichen der
- Prüfkompetenzen und Einbeziehung in die Supervision der Schuldenbremse
- 45 Sunset-Klausel: 5 Jahre

Begründung

Der kürzlich von Mario Draghi veröffentlichte Bericht "The future of European Competitiveness" befasst sich mit der ökonomischen Lage der EU. Dafür identifiziert der Bericht drei Schlüsselareale, um nachhaltiges Wachstum auszulösen. Diese sind:

- 1. Das Schließen des Innovation Gap zu den USA und China
- 2. Ein gemeinsamer Plan für Dekarbonisierung und Kompetitivität
- 3. Die Steigerung der Sicherheit sowie die Minderung von Abhängigkeiten

Der Bericht kommt zu zwei Schlussfolgerungen:

- 1. Ohne Unterstützung durch den öffentlichen Sektor wird der private nicht die notwendigen Investitionen tätigen können
- 2. Je williger die EU ist, sich zu reformieren, um die Produktivität zu erhöhen, desto größer wird der fiskalische Spielraum, sowie die Fähigkeit des öffentlichen Sektors Unterstützung zu leisten.

Zusätzlich gibt es öffentliche Güter, wie die Beschaffung von Verteidigungsgütern oder grenzübergreifende Stromnetze, die in Abwesenheit von gemeinsamen Förderungen ein Unterangebot erleben werden.

Um die Ziele der drei Schlüsselareale zu erfüllen, wird ein Minimum von jährlich 750 bis 800 € Mrd. an zusätzlichen Investitionen in der EU benötigt. Dies entspricht nach aktuellen Schätzungen ein Anstieg von 4,4 bis 4,7 % des BIP der EU. Das würde die aktuellen Investitionen von 22 % auf 27 % ansteigen lassen und so einen seit Jahrzehnten bestehenden Trend der Abnahme in den signifikanten europäischen Volkswirtschaften umkehren. Derzeit stellt sich die EU nicht dieser Herausforderung. Seit der Weltfinanzkrise 2007-2008 hat sich ein signifikanter Gap bei privaten produktiven Investitionen zwischen der EU und den USA entwickelt. Jedoch wurde dieser Gap nicht durch höhere staatliche Investitionen ausgeglichen, die ebenfalls nach der Weltfinanzkrise sanken und seitdem relativ zu den USA als Anteil am BIP konsistent niedriger sind. Historisch betrachtet wird ein Großteil (ca. 80 %) der benötigten Investitionen durch private Investitionen gedeckt. Hierfür müssen folglich die Kosten für privates Kapital reduziert werden. Die Anreize, die in diesem Bereich durch eine Senkung vom Leitzins erfolgen können, werden prognostiziert nicht ausreichen, sodass fiskalische Anreize notwendig sein werden. Der Bericht kommt zum Schluss, dass die Investitionen mit einer signifikanten Steigerungen totalen Faktorproduktivität (TFP) einhergehen, welche die fiskalischen Kosten mindern kann. So wäre schon ein 2 % Anstieg der TFP innerhalb von 10 Jahren ausreichend, um ein Drittel der Fiskalausgaben zu decken. Dabei wäre ein 2 % Anstieg sehr moderat in Anbetracht, dass der aktuelle Gap der TFP level zwischen der EU und den USA bei 20 % liegt.

Die Umsetzung des in der Strategie präsentierten Plans liegt auf europäischer Ebene. Hierfür werden

86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen - Kunstsaal Lüneburg, Marie-Curie-Ring 5, 21337 Lüneburg

jedoch auch Anpassungen bei den Mitgliedsstaaten notwendig sein - auch in Deutschland.

Antrag 5 01: Stop Date Rape Drugs – Bereitstellung von Drogentests in Bars und Clubs

Antragsteller*in: KV Celle (Kreisverband)

Status: zugelassen

Sachgebiet: 5 - Gesundheit & Soziales

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- 1 Immer häufiger werden insbesondere junge Frauen Opfer von "K.O.-Tropfen". Die
- 2 brutalen Täter nutzen meist die Substanzen, um ihre Opfer erst gefügig zu machen und
- 3 sie anschließend sexuell zu missbrauchen.
- 4 Besonders gefährlich dabei: Den Wirkstoff können die Opfer weder sehen noch riechen
- und nur sehr schwer schmecken. Schon kurz nach der Einnahme entfalten die "K.O.-
- Tropfen" ihre Wirkung. Auf eine Phase starker Euphorie folgt Schwindel, Übelkeit,
- 5 starke Müdigkeit und schließlich die charakteristische Benommenheit. Am nächsten Tag
- 8 wachen die missbrauchten Opfer ohne Erinnerungen an das Geschehene auf. Teilweise
- 9 sind die Wirkstoffe sogar so hoch konzentriert, dass die Betroffenen langfristig
- 10 geschädigt werden oder sogar sterben.
- 11 Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern daher:
- Personen, die bei sich typische Symptome von "K.O.-Tropfen" feststellen oder die
- 13 Vermutung haben, dass ihr Getränk mit Drogen versetzt wurde, sollen in Bars und Clubs
- die Möglichkeit erhalten, ihren "Drink" mithilfe von kostenlosen Drogentests zu
- 15 überprüfen. Die Tests müssen dabei in der Lage sein, die typischen Substanzen wie
- Rohypnol, GHB und Ketamin festzustellen. Um eine Belastung der Betreiber zu
- vermeiden, sollen die Kits staatlich gefördert werden. Nach der Höhe der
- durchschnittlichen Besucherzahlen richtet sich die Mindestzahl an Tests, die
- 19 angeboten werden müssen.
- 20 Sunset-Klausel: 3 Jahre

Begründung

Antrag 5 02: Stay hydrated – Kostenloses Trinkwasser bei Großveranstaltungen

Antragsteller*in:	KV Celle (Kreisverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	5 - Gesundheit & Soziales

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- 1 Die Organisation und Durchführung von Großveranstaltungen wie Konzerten, Festivals
- oder Fußballspielen geht immer mit einer großen Verantwortung für die Sicherheit und
- 3 Gesundheit der Gäste einher. Gleichwohl gibt es regelmäßig Fälle, in denen Personen
- 4 infolge einer Dehydration oder eines Hitzschlages kollabieren, vor allem bei heißen
- 5 Sommertemperaturen.
- Viele trinken zu wenig oder sogar nichts, da die Preise für Getränke selbst für
- 5 stilles Mineralwasser sehr hoch sind. Insofern sind besonders sozial schlechter
- 8 gestellte Personen betroffen. Dabei wird der Zugang zu Trinkwasser von den Vereinten
- 9 Nationen als Menschenrecht anerkannt.
- 10 Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern daher:
- 11 Betreiber von Großveranstaltungen sollen dazu verpflichtet werden, neben dem
- 12 regulären Getränkeangebot auch kostenloses Leitungswasser bereitzustellen. Wahlweise
- kann dies über Trinkwasserstationen oder über die regulären Verkaufsstellen erfolgen.
- Zum Abfüllen können Pfandbecher aber auch selbst mitgebrachte, dem Sicherheitskonzept
- der Veranstaltung Rechnung tragende Behältnisse wie z.B. faltbare Trinkflaschen und
- 16 Trinkschläuche genutzt werden.
- 17 Sunset-Klausel: 3 Jahre

Begründung

Antrag 5 03: Freiheit bewahren, Abhängigkeit bekämpfen

Antragsteller*in:	Alexandra Schröder (KV Region Hannover), Fynn Ole Sodemann (KV Region Hannover), Leon Reimund (KV Region Hannover), Yassin Zourafi (KV Region Hannover), Felix Kopp (KV Region Hannover)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	5 - Gesundheit & Soziales

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- Jeder Mensch, der durch Suchtverhalten gebunden ist, verliert einen Teil seiner
- 2 Selbstbestimmung. Daher liegt es in der Verantwortung der liberalen Kräfte, diese
- 3 Menschen vor den Gefahren der Sucht zu schützen und ihnen den Weg zurück zu einem
- 4 selbstbestimmten, verantwortungsvollen Leben zu ebnen.
- 5 Die Suchtproblematik in Deutschland manifestiert sich in alarmierenden Dimensionen,
- 6 die dringenden Handlungsbedarf erfordern. Der Epidemiologische Suchtsurvey 2021 zeigt
- auf, dass etwa 11,6 Millionen Menschen regelmäßig rauchen, während 1,6 Millionen
- 8 Personen an Alkoholabhängigkeit leiden. Schätzungsweise rund 2,9 Millionen Menschen
- 9 weisen einen problematischen Konsum von Medikamenten auf, und etwa 1,3 Millionen
- 10 Personen zeigen ein riskantes Konsumverhalten in Bezug auf Cannabis und andere
- illegale Substanzen. Diese besorgniserregenden Entwicklungen machen deutlich, dass
- der Schutz und die Unterstützung von Betroffenen nicht länger aufgeschoben werden
- 13 können.
- 14 Als Junge Liberalen sind wir überzeugt, dass eine erfolgreiche Suchtprävention durch
- die Förderung von Eigenverantwortung und frühzeitiger Aufklärung erreicht wird. Nur
- durch eine Kombination aus Aufklärung und Unterstützung bei gleichzeitigen
- 17 Schutzvorkehrungen können wir die Herausforderungen der Suchtproblematik nachhaltig
- angehen und betroffenen Menschen eine Perspektive bieten.
- 19 Vor diesem Hintergrund wollen wir eine liberale und evidenzbasierte
- 20 Suchtpräventionspolitik etablieren. Diese strategische Neuausrichtung zielt darauf
- ab, das Recht des Einzelnen auf selbstbestimmtes Handeln zu respektieren und
- 22 gleichzeitig besonders vulnerable Gruppen zu schützen. Ein zentrales Anliegen besteht
- darin, betroffenen Personen den Zugang zu Hilfsangeboten zu erleichtern, um ihnen die
- 24 Möglichkeit zu eröffnen, ein langfristig unabhängiges und selbstbestimmtes Leben zu
- 25 führen.
- 26 Folglich fordern wir Jungen Liberalen Niedersachsen:

27 1. Regulierung und Kennzeichnung von Produkten

28 Implementierung von Nudging-Maßnahmen

- 29 Die psychologische Forschung hat bereits frühzeitig nachgewiesen, dass die Art der
- 30 Reizpräsentation, ob visuell auffällig oder unauffällig, einen entscheidenden
- 31 Einfluss auf die Lenkung der Aufmerksamkeit und somit auf die Wahrnehmung des Reizes
- hat. [1] Insbesondere im Kontext von Konsumentscheidungen ist gut belegt, dass die
- 33 Salienz eines Produkts maßgeblich dazu beiträgt, die Aufmerksamkeit zu steuern und
- impulsives Verhalten zu fördern, was vor allem bei suchtfördernden Produkten eine

- besondere Rolle spielt. Auffällige Verpackungen oder die strategische Platzierung an
- prominenten Stellen im Einzelhandel können bei gefährdeten Personengruppen zu
- unreflektierten, impulsiven Kaufentscheidungen führen.
- Die Nudge-Theorie [2] untermauert die Annahme, dass durch gezielte, subtile
- 39 Modifikationen in der Umgebung sogenannte Nudges Verhaltensänderungen
- 40 herbeigeführt werden können, ohne dabei die Autonomie der Entscheidungsträger
- 41 einzuschränken. Durch die Einführung von Nudging-Maßnahmen nach niederländischem
- Vorbild, wie weniger ansprechenden Verpackungen und einer unauffälligen
- 43 Produktplatzierung, soll der Einstieg in den Konsum solcher Produkte erschwert und
- 44 die öffentliche Wahrnehmung dieser gesundheitsgefährdenden Substanzen gezielt
- 45 reduziert werden.

46 Strengere Werbevorschriften für suchtfördernde Produkte, insbesondere im

47 Internet

- 48 Die Werbewirkung auf den Konsum von suchtfördernden Produkten ist gut dokumentiert
- 49 und stellt ein erhebliches Risiko, insbesondere für vulnerable Gruppen wie
- Jugendliche dar. Werbung für ungesunde Produkte, insbesondere an Kinder und
- Jugendliche, hat einen signifikanten Einfluss auf deren Konsumverhalten. [3]
- 52 Besonders werden Jugendliche dabei durch Alkoholwerbung beeinflusst, was die
- 53 Notwendigkeit regulierter Werbebestimmungen unterstreicht. [4]
- Vor diesem Hintergrund sind strengere Werbevorschriften für suchtfördernde Produkte
- unerlässlich, um den Zugang zu diesen Produkten zu kontrollieren und deren Konsum in
- der Bevölkerung zu reduzieren. Die WHO empfiehlt bereits, die Vermarktung ungesunder
- 57 **Lebensmittel und Getränke an Kinder** zu **regulieren**, um deren Gesundheit zu schützen.
- 58 Entsprechend plädiert der Bericht des US National Institute on Alcohol Abuse and
- 59 Alcoholism (NIAAA) dafür, dass Jugendliche durch Alkoholwerbung stark beeinflusst
- werden und somit ein klarer Bedarf für Werbebeschränkungen besteht, um den Einfluss
- 61 solcher Werbung auf junge und gefährdete Menschen zu minimieren und einen
- verantwortungsbewussteren Konsum von suchtfördernden Produkten zu ermöglichen.

63 Deutliche Gefahrenhinweise auf allen suchtfördernden Produkten

- 64 Klare und verständliche Warnhinweise auf Produkten, die gesundheitliche Risiken
- bergen, sind entscheidend für die Wahrnehmung und das Verhalten der Konsumenten.
- 66 Studien zeigen, dass die Sichtbarkeit und Verständlichkeit von Gefahrenhinweisen
- einen direkten Einfluss auf das Konsumverhalten hat. [5]Die Einführung von
- 68 effektiven Warnhinweisen kann dazu beitragen, die Risiken des Konsums von Alkohol,
- 69 Tabak und anderen suchtfördernden Produkten deutlich zu kommunizieren und somit
- 70 informierte Entscheidungen der Verbraucher zu fördern.
- 71 Deutliche Warnungen verringern die Wahrscheinlichkeit bei Konsumenten, zu jenen
- 72 Produkten zu greifen; Produkte mit auffälligen Warnhinweisen erscheinen signifikant
- 73 weniger attraktiv für Konsumenten. [6] Im Zusammenhang mit der Regulierung von
- 74 Zigarettenverpackungen betont die WHO, dass standardisierte Verpackungen und klar
- 75 **sichtbare Warnhinweise** effektive Maßnahmen sind, um den Tabakkonsum zu reduzieren und
- das Bewusstsein für die damit verbundenen Risiken zu schärfen.

Verlagerung alkoholischer Getränke in ein separates, aufmerksamkeitsarmes

78 Supermarktabteil

- 79 Die räumliche Gestaltung und Präsentation von Produkten in Verkaufsräumen hat
- nachweislich einen signifikanten Einfluss auf das Kaufverhalten der Konsumenten.
- Studien belegen, dass die Platzierung von alkoholischen Getränken an prominenten
- Stellen in Supermärkten das Impulsverhalten von Käufern verstärken kann, insbesondere
- bei vulnerablen Gruppen wie Jugendlichen und Personen mit Suchterfahrungen. [7]
- 84 Gerade die Platzierung alkoholischer Getränke im Kassenbereich von Supermärkten
- 85 fördert dabei das Impulsverhalten der Verbraucher erheblich. Produkte in der Nähe der
- 86 Kasse, insbesondere solche, die mit Genuss und Geselligkeit assoziiert sind, werden
- 87 oft impulsiv gekauft, da sie während des Wartens auf die Bezahlung visuell präsent
- sind. [8] Diese Platzierung erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Konsumenten
- 89 alkoholische Getränke spontan erwerben. Durch die Verlagerung alkoholischer Getränke
- vom Kassenbereich in separate, weniger auffällige Abteilungen kann der Zugang zu
- 91 diesen Produkten und der unüberlegte Kauf reduziert werden.

92 Überprüfung von Steuern mit Lenkungsfunktion

- 93 Die Implementierung von Steuern mit positiver Lenkungsfunktion, wie einer
- 24 Zuckersteuer nach britischem Vorbild, hat sich als effektives Instrument erwiesen, um
- 95 den Konsum ungesunder Produkte zu verringern und die öffentliche Gesundheit zu
- 96 fördern. Als Alternative zu aktueller Pauschalbesteuerung, strengerer Regulierung und
- 97 Bürokratie lastiger Kontrolle werden Produzenten von Lebensmittelnso auf
- 98 marktwirtschaftliche Weise zum Einsatz von weniger Zucker gebracht. Studien aus dem
- 99 Vereinigten Königreich zeigen auch, dass die Zuckersteuer nicht nur zu einer
- signifikanten Reduzierung des Zuckergehalts in Getränken führte, sondern auch das
- 101 Kaufverhalten der Verbraucher positiv beeinflusste. [9] Durch die Erhöhung der Preise
- 102 für zuckerhaltigere Produkte werden Verbraucher incentiviert, zuckerärmere
- 103 Alternativen zu wählen, was zu einer Verringerung des Übergewichts und damit
- 104 verbundenen Erkrankungen wie Typ-2-Diabetes führen kann. [10]
- 105 Diese zielgenauere Besteuerung von schädlichen Produkten wie Zucker, Alkohol und
- 106 Tabak muss ausdrücklich so gestaltet sein, dass sie nicht als zusätzliche
- 107 **Steuereinnahme zur Konsolidierung öffentlicher Haushalte** verkommt, sondern
- 108 stattdessen die bisherige Besteuerung ersetzt.

109 2. Prävention, Beratung und Hilfen

- 110 Ausbau von Aufklärungskampagnen zur Suchtprävention und
- 111 gesellschaftlichen Entstigmatisierung von Suchterkrankungen
- Laut der WHO spielt die Entstigmatisierung eine zentrale Rolle im erfolgreichen
- 113 Umgang mit Sucht, da Stigmatisierung oft der Grund ist, warum Betroffene keine Hilfe
- 114 suchen. [11] Durch gezielt direkte und offene Kommunikationsstrategien mit
- Aufklärungsmaßnahmen können wir die gesellschaftliche Wahrnehmung von Suchtverhalten
- verändern und Betroffenen helfen, den Mut zu finden, Unterstützung in Anspruch zu
- nehmen. Dies sollte sich vor allem zur Resilienzförderung im Schulcurriculum
- 118 wiederfinden.

19 Ausbau niedrigschwelliger Beratungs- und Hilfsangebote für

120 Suchtbetroffene

- 121 Ein entscheidender Aspekt der Suchtprävention ist die Bereitstellung
- 122 niedrigschwelliger Beratungs- und Hilfsangebote für Suchtbetroffene. Eine
- 123 Barrierefreiheit in der Versorgung ist dabei entscheidend für den Erfolg von
- 124 Interventionsmaßnahmen. [12]Durch den Ausbau solcher Angebote, die in vertrauten
- 125 Umgebungen und in flexiblen Formaten angeboten werden, kann der Zugang zu notwendiger
- 126 Unterstützung signifikant erleichtert werden. Dies könnte durch die Schaffung von
- mobilen Beratungsdiensten, Online-Plattformen und regelmäßigen
- 128 Informationsveranstaltungen in Gemeinden ergänzt werden. Ziel ist es, eine
- 129 Anlaufstelle zu bieten, die den individuellen Bedürfnissen der Betroffenen Rechnung
- 130 trägt und so eine frühzeitige Intervention fördert.

131 Strikte Durchsetzung des Jugendschutzes bei E-Zigaretten und Vaping-

132 Produkten

- Jugendliche, die E-Zigaretten konsumieren, haben ein erhöhtes Risiko, später auf
- 134 traditionelle Tabakprodukte zurückzugreifen. [13] Daher ist eine striktere
- Durchsetzung des Jugendschutzes unabdingbar, um den Zugang von Minderjährigen zu
- diesen Produkten zu verhindern. Klare rechtliche Regelungen sollten eingeführt
- werden, die nicht nur den Verkauf an Minderjährige verbieten, sondern auch die
- 138 Werbung für E-Zigaretten in Jugendkanälen unterbinden und den Verkauf in
- unmittelbarer Nähe zu schulischen Einrichtungen zu beschränken. [14] Eine solche
- Regulierung trägt dazu bei, das Risiko von Suchtverhalten in der frühen Lebensphase
- zu minimieren und die gesundheitliche Zukunft Jugendlicher zu sichern.
- 142 Sunset-Klausel: 5 Jahre

Begründung

- [1] vgl. u.a. James, 1890; Broadbent, 1958
- [2] Thaler & Sunstein, 2008
- [3] vgl. Hastings et al., 2005
- [4] vgl. Snyder et al., 2004
- [5] vgl. Hagger et al., 2011; O'Hara et al., 2017
- [6] vgl. Borland et al., 2009
- [7] vgl. Doyon et al., 2015; Saffer et al., 2013
- [8] vgl. Kahn & Wansink, 2004
- [9] vgl. Scarborough et al., 2016
- [10] vgl. Stuckler et al., 2012
- [11] vgl. WHO, 2017
- [12] vgl. McHugh et al., 2013
- [13] vgl. Leventhal et al., 2015
- [14] vgl. Henrickson et al., 2010

Antrag 6 01: Aus dem Weg du Zweiradfahrer – für einen sicheren Verkehr für alle

Antragsteller*in:	KV Osnabrück-Stadt (Kreisverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	6 - Umwelt, Landwirtschaft & Verkehr

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- 1 Dieser Antrag befasst sich mit der räumlichen Trennung von Autos und Fahrrädern im
- 2 Straßenverkehr.
- 3 Die Jungen Liberalen Niedersachsen setzen sich für eine umfassende Modernisierung der
- 4 Verkehrsregeln für Zweiradfahrer ein, um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer zu
- 5 erhöhen und den Verkehrsfluss zu verbessern. Die aktuellen Regelungen für Fahrräder,
- 6 Motorroller und Mofas entsprechen nicht mehr den Anforderungen des modernen
- 7 Straßenverkehrs und führen häufig zu gefährlichen Situationen sowie
- 8 unnötigen Verkehrsbehinderungen.
- 9 Wir fordern daher, dass Fahrradfahrer überall dort, wo Fahrradwege vorhanden sind,
- diese auch verpflichtend nutzen müssen und nicht mehr auf der Straße fahren dürfen.
- Diese Regelung ist besonders wichtig auf Landstraßen, wo das Fahren von Radfahrern
- auf der Fahrbahn sowohl für sie selbst als auch für Autofahrer ein erhebliches
- 13 Sicherheitsrisiko darstellt. Autofahrer werden oft zu gefährlichen Überholmanövern
- verleitet oder können in kritischen Situationen nicht rechtzeitig bremsen. Auf
- 15 Landstraßen mit lediglich Fußgängerwegen fordern wir die Umwidmung, sodass auch dort
- 16 Fahrradfahrer künftig kein Hindernis mehr darstellen.
- 17 Doch die Trennung von Fahrrad- und Autofahrer sollte auch innerhalb der Stadt gewahrt
- werden, denn die aufgezeichneten Fahrradschutzstreifen sind für alle
- 19 Verkehrsteilnehmer ein potentielles Risiko. Das Fehlen eines Radweges wird nicht
- 20 durch Markierungen auf einer vorhandenen Straße behoben, sondern zwingt Radfahrer auf
- die autozentrierte Straße. Außerdem suggerieren die gestrichelten Linien den
- 22 überholenden Autofahrern, das dies der einzuhaltende Mindestsabstand von 1,5m ist,
- was nie oder kaum der Fall ist. Wir fordern daher den vermehrten Ausbau von
- 24 Fahrradstraßen in unmittelbarer Nähe zu viel befahrenen Straßen um
- 25 Verkehrsaufkommen und Risiko für Rad- und Autofahrer zu verringern.
- Die Jungen Liberalen setzen sich dennoch für die Förderung des Radsports ein. Wenn
- das Training eines Radsportvereins keine Ausweichmöglichkeiten findet, dann wollen
- 28 wir eine verkehrssichere Lösung für Alle schaffen. Hierbei nehmen wir die Inspiration
- vom Radsport selbst, indem die Gruppe der Fahrer von einem folgenden Fahrzeug
- 30 begleitet wird. Dieses Begleitfahrzeug darf maximal 10 Rennradfahrer begleiten und
- muss eindeutig als solches gekennzeichnet sein, um andere Verkehrsteilnehmer auf
- 32 die Radfahrer aufmerksam zu machen.
- 33 Gleichzeitig plädieren wir für eine Erhöhung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit für
- 34 Motorroller und S-Pedelecs von derzeit 45 km/h auf 50 km/h. Diese Maßnahme zielt
- 35 darauf ab, den Verkehrsfluss zu verbessern und unnötige Verlangsamungen zu vermeiden.
- Motorroller könnten sich so besser in den fließenden Verkehr integrieren, was

86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen - Kunstsaal Lüneburg, Marie-Curie-Ring 5, 21337 Lüneburg

- 37 wiederum die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer erhöht.
- 38 Für Mofas fordern wir die Einführung der Regelung, die sie dazu zwingt die
- 39 Fahrradwege zu benutzen. Mit nur 25 km/h auf der Landstraße ist man eine weitaus
- 40 größere Gefahr als auf dem Fahrradweg.
- Diese vorgeschlagenen Änderungen dienen der Verbesserung der Verkehrssicherheit und
- des Verkehrsflusses. Wir sind überzeugt, dass diese Maßnahmen einen ausgewogenen
- 43 Kompromiss zwischen den Bedürfnissen verschiedener Verkehrsteilnehmer darstellen
- und zu einem sichereren und effizienteren Straßenverkehr beitragen werden.
- 45 **Sunset-Klausel:** 5 Jahre

Begründung

Antrag 6 02: Sanieren statt krepieren

Antragsteller*in:	KV Osnabrück-Stadt (Kreisverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	6 - Umwelt, Landwirtschaft & Verkehr

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- 1 Um den Verfall der deutschen Verkehrsinfrastuktur entgegenzuwirken fordern wir 60%
- des Verkehrshaushaltes an Sanierungsmaßnahmen zu binden
- 3 Die deutsche Verkehrsinfrastruktur bröckelt. Das Problem ist nicht erst seit dem
- 4 Einsturz der Karolabrücke in Dresden offensichtlich, sondern schon lange bemerkbar.
- 5 Der unendliche Stau auf deutschen Schienen und Straßen ist ein Symptom der
- 6 gescheiterten Verkehrspolitik der Union, bei dem Neubau und lokales Wählerinteresse
- 7 über den Erhalt und die breite Masse der Bevölkerung gestellt wurden. Eine Antwort
- des BMDV aus 2024, welche sich auf die Zahlen der Zustandserfassung für Straßen
- 9 2021/22 beruft, listet 7.112km Autobahn und ca. 8000 Autobahnbrücken als
- sanierungsbedürftig. Rechnet man die Brücken auf Bundesstraßen mit ein beläuft sich
- 11 die Zahl auf mehr als 10.000.
- 12 Beim Schienennetz ist die Situation nochmal deutlich dramatischer. 17.636km der
- 13 Schienen, sowie 1.160 Eisenbahnbrücken müssen saniert werden. Des Weiteren sagt die
- Bahn selbst, dass 26% aller Weichen, 48% aller Stellwerke und 42% aller Bahnübergänge
- in einem "schlechten, mangelhaften oder ungenügenden" Zustand sind. Außerdem wurden
- seit 1994 ca. 8000km Strecke und die Hälfte aller Weichen zurückgebaut. Selbst mit
- dem ehrgeizigen Ziel der DB, bis 2030 4000km grundsaniert und weitere 4000km durch
- 18 kleinere und mittlere Maßnahmen verbessert zu haben, ist dies nicht ausreichend, um
- 19 den Sanierungsstau seit der Bahnreform einzudämmen.
- 20 Die größtenteils aus den 60er und 70er Jahren stammende Infrastruktur wurde nach der
- deutschen Wiedervereinigung und der Ausweitung der EU in den 90ern nicht an die neue
- 22 Realität angepasst. Unsere Verkehrswege sind nicht nur wichtige Adern unserer
- 23 Wirtschaft, sondern auch Drehkreuz für europäischen Waren und Bürger geworden.
- 24 Wir fordern daher eine Gesetzesänderung im Grundgesetz, welche den deutschen Staat
- 25 zur Sanierung der Verkehrswege verpflichtet. Mindestens 60% des für Straßen und
- 26 Schienen zur Verfügung stehenden Haushalts muss für die Sanierung bereitgestellt
- 27 werden. Dies beinhaltet die Reinstallation von bereits entfernten Weichen und Gleisen
- und ermöglicht jeder Regierung weiterhin eigenständige und aktuelle Prioritäten zu
- 29 setzen, ohne die Sanierung den parteipolitischen Zwecken unterzuordnen.
- 30 Sunset-Klausel: 5 Jahre

Begründung

Antrag 6 03: Lass dir den Zug nicht schon wieder vor der Nase abfahren – integraler Taktfahrplan für Niedersachsens Regionalverkehr

Antragsteller*in:	KV Hameln (Kreisverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	6 - Umwelt, Landwirtschaft & Verkehr

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- Niedersachsen braucht schon vor 2070 einen integralen Taktfahrplan für seinen
- 2 Regionalverkehr. Der aktuell bestehende Regionalverkehr ist zumeist nur auf den
- eigenen Inselverkehr und vereinzelte Umsteigeverbindungen ausgelegt, so kann es
- schnell mal passieren, dass man bei einer potenziell einstündigen Zugfahrt auf einmal
- 5 doppelt so lange unterwegs ist, nur weil der Umstieg knapp verpasst wird.
- 6 Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern deshalb:
- die Einführung eines integralen Taktfahrplan für den Regionalverkehr im Land
- 8 Niedersachsen, nach Vorbild des NRW-Takts,
- eine bessere Abstimmung zwischen den Verkehrsverbünden zur Verbesserung der
 Anschlusssituationen und
- die bessere Abstimmung von Bussen auf die Züge im ländlichen Raum.
- 12 Sunset-Klausel: 5 Jahre

Begründung

Antrag 6 04: Lasst uns den Knoten lösen – Schaffung einer Umgehung des Knotens Hannover im Bahnverkehr

Antragsteller*in:	KV Hameln (Kreisverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	6 - Umwelt, Landwirtschaft & Verkehr

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- Der Bahnknoten Hannover ist schon heute stark überlastet. Veraltete Technik entlang
- der Güterumgehungbahn verursachen schon heute starke Verspätungen und Rückstaus im
- 3 gesamtdeutschen Güterverkehr. Dadurch kommen immer mehr Lieferketten zu Bruch und
- 4 verursachen dadurch nicht unerhebliche, wirtschaftliche, Schäden.
- 5 Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern deshalb:
- den schnellen Ausbau der Güterumgehungsbahn Hannover,
- sowie den zweigleisigen Ausbau und die Elektrifizierung der Bahnstrecke Hameln-
- 8 Elze und eine Blockverdichtung auf der Bahnstrecke Hameln-Altenbeken, um so den
- 9 Ost-West Verkehr aus dem Knoten Hannover herausnehmen zu können und diesen
- dadurch nachhaltig zu entlasten.
- 11 Sunset-Klausel: 5 Jahre

Begründung

Antrag 6 05: Weil Baum! - Damit Deutschlands Wälder eine Zukunft haben

Antragsteller*in:	LAK Umwelt & Klimaschutz (Landesarbeitskreis), KV Göttingen (Kreisverband), Mattes Bauer (KV Göttingen), Iwan Krivov (KV Göttingen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	6 - Umwelt, Landwirtschaft & Verkehr

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- 1 Deutschlands "grüner Lunge" geht es schlecht. Das zeigen die jüngsten Analysen der
- vierten Bundeswaldinventur, in der das Thünen-Institut im Auftrag des
- 3 Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft die Gesundheit der
- 4 forstwirtschaftlichen Flächen und Wälder Deutschlands im Zeitraum von 2012 bis 2022
- 5 untersucht hat. Der Bericht hebt hervor, dass insbesondere die Dürrejahre zwischen
- 2018 und 2021 das Waldökosystem tiefgreifend geschädigt haben. Auch in der Realität
- 7 erleben wir diese Verschlechterung der Waldgesundheit, wie etwa durch den
- 8 großflächigen Brand eines Nadelwaldes am Brocken im Sommer dieses Jahres.
- 9 Vor allem Fichten und andere Nadelbäume, die in Deutschlands sommergrünen Laub- und
- Mischwäldern nicht ursprünglich beheimatet sind, haben in den letzten Jahren stark
- unter Stürmen, Trockenheit und einer anschließenden Massenvermehrung des Borkenkäfers
- gelitten. Dies führte zu einem Rückgang von nahezu 20 % ihres Bestandes im Vergleich
- 13 zu 2012.
- Während die relative Fläche des Laubwaldes im Vergleich zum Jahr 2012 um 7% zunahm,
- führten ebenjene Fichtenkalamitäten zu einer erschreckenden Erkenntnis: Die
- 16 Einbindung von Kohlenstoff durch Deutschlands Wälder ist seit Jahrzehnten erstmals
- 17 niedriger als dessen Freisetzung. Das heißt konkret: wo der deutsche Wald in den
- 18 letzten Jahren noch CO2 aus der Atmosphäre zu binden vermochte, wird er heute zur
- 19 Kohlenstoffquelle.
- 20 Die Jungen Liberalen Niedersachsen zeigen sich besorgt über diese alarmierenden
- 21 Entwicklungen in unseren Wäldern, die rund 2.200 Millionen Tonnen Kohlenstoff
- 22 speichern. Damit der deutsche Wald in Zukunft wieder als Kohlenstoffsenke fungieren
- 23 kann und gleichzeitig die Artenvielfalt und Biodiversität erhalten bleibt, sind eine
- 24 Reihe von Maßnahmen erforderlich. Angesichts der zunehmenden Kalamitäten durch
- 25 Schädlingsbefall und des fortschreitenden Klimawandels werden jedoch auch die
- ambitioniertesten Maßnahmen nur langfristig Wirkung zeigen. Dennoch müssen sie jetzt
- 27 ergriffen werden. Dies sollte jedoch im Dialog mit den vielen Waldbesitzerinnen und
- 28 Förstern geschehen, die sich seit jeher um den Forstbestand Deutschlands kümmern. Wir
- 29 Jungen Liberalen Niedersachsen fordern daher:

30 1. Keine Überregulierung und Bevormundung durch eine Überarbeitung des Waldgesetzes:

- 31 Nach der Bundeswaldinventur hat Landwirtschaftsminister Cem Özdemir eine
- 32 Überarbeitung des Bundeswaldgesetzes aus dem Jahr 1975 angekündigt. Die Jungen
- Liberalen Niedersachsen begrüßen diese Initiative, um das Gesetz im Angesicht des
- Klimawandels endlich an die Anforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen.
- 35 Wir fordern jedoch Zurückhaltung bei der Einführung neuer bürokratischer

- 36 Vorschriften. Mehr als die Hälfte des deutschen Waldes befindet sich in den Händen
- unzähliger verantwortungsvoller und fachkundiger privater Waldbesitzer, die über das
- 38 notwendige Know-how und die Erfahrung verfügen, um Deutschlands "grüne Lunge" gesund
- 39 zu erhalten. Statt neuer Vorschriften sollten wir daher die Waldbesitzerinnen und
- 40 Waldbesitzer in ihren Bemühungen unterstützen, die Waldflächen zukunftsfähig und
- 41 resilient zu machen.

2. Unterstützung für selbstregulierende Waldökosysteme:

- Da 29% der Waldflächen den Bundesländern und 3% dem Bund selbst gehören, sind sowohl
- Länder als auch Bund dazu aufgefordert, nachhaltige und wirksame Strategien zu
- entwickeln, kosteneffizient Wälder zu erhalten und jene Lebensgrundlagen zu schützen,
- die sie für eine Vielfalt von Arten bieten. Unter Forstökologen ist es längst
- Konsens, dass nachhaltige Forstwirtschaft langfristig nur unter der Prämisse
- vollzogen werden kann, dass das Ökosystem Wald ein selbstregulierendes, ohne
- 49 anthropogene Außensteuerung auskommendes System darstellen muss. Deshalb fordern wir
- das Land Niedersachsen wie auch den Bund dazu auf, Pilotprojekte auszuloben, die es
- zum Ziel haben, Wälder gänzlich ohne menschliche Fremdsteuerung und energieaufwendige
- 52 Eingriffsmaßnahmen bestehen zu lassen.

3. Reduzierung der Belastungen der Forstwirtschaft aus Schutz- und

54 Erholungsfunktionen des Waldes:

- Das freie Betretungsrecht von Waldflächen (§14 BWaldG) ermöglicht Bürgerinnen und
- 56 Bürgern zu Recht die Nutzung des Waldes als Erholungsquelle, auch wenn er von
- 57 privaten Eigentümern bewirtschaftet wird. Für private Waldbesitzer entsteht dadurch
- jedoch ein erheblicher ökonomischer Mehraufwand, um die Schutz- und
- 59 Erholungsfunktionen des Waldes sicherzustellen, wie etwa durch eine Verringerung der
- Rohholzerzeugung zugunsten der Erholungsqualität. Die entstehenden Belastungen werden
- jährlich durch das Thünen-Institut für Waldwirtschaft berechnet.
- Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern daher, dass Waldbesitzerinnen und
- 63 Waldbesitzer den Mehraufwand für Schutz- und Erholungsleistungen bei den zuständigen
- 64 Bundesländern zumindest teilweise geltend machen können. So wären sie nicht mehr
- ausschließlich auf Einnahmen aus dem Rohholzverkauf angewiesen, sondern könnten die
- durch diese Leistungen entstehenden Kosten zumindest teilweise kompensieren.
- Das Waldgesetz, auf das in diesem Antrag Bezug genommen wird, entstand unter
- 68 liberaler Regierungsbeteiligung in den 1970er Jahren. Bei einer Novellierung dieses
- 69 Gesetzes könnten erneut liberale Kräfte eine entscheidende Rolle beim Schutz von
- 70 Umwelt und Natur spielen. Dies kann jedoch nur im partnerschaftlichen und
- 71 respektvollen Dialog mit Waldbesitzerinnen und Förstern geschehen.
- 72 Sunset-Klausel: 5 Jahre

Begründung

Antrag 6 06: Marktwirtschaft kann auch Kreislauf! -Nachbesserung der Abfallrahmenrichtlinie

Antragsteller*in:	LAK Umwelt & Klimaschutz (Landesarbeitskreis), KV Göttingen (Kreisverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	6 - Umwelt, Landwirtschaft & Verkehr

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- In der EU fallen jährlich etwa 58 Millionen Tonnen Lebensmittelabfälle an, was rund
- 2 131 kg pro Person entspricht. Hinzu kommen 12,6 Millionen Tonnen Textilabfälle,
- darunter Schuhe und Kleidung, was einer Abfallmenge von 12 kg pro Person entspricht.
- 4 Der Großteil dieser weggeworfenen Textilien und Lebensmittel landet entweder auf
- 5 Deponien oder in Verbrennungsanlagen, wobei weniger als 1 % aller Textilien zu neuen
- 6 Produkten recycelt wird.
- 7 Am 5. Juli 2024 legte die Europäische Kommission einen Vorschlag zur Überarbeitung
- 8 der Abfallrahmenrichtlinie vor, der sich besonders auf die Lebensmittel- und
- 9 Textilbranche konzentriert. Die liberale Renew Europe-Fraktion setzt sich seit jeher
- auf europäischer Ebene für die Reduktion der Abfallproduktion und die Förderung einer
- nachhaltigen Kreislaufwirtschaft ein.
- 12 Ein im Frühjahr 2024 vom EU-Umweltausschuss und dem Parlament beschlossener Bericht
- zur Revision der Abfallrahmenrichtlinie sieht vor, die zuletzt 2018 geänderte
- Richtlinie weiter zu verschärfen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Festlegung
- strengerer Abfallreduktionsziele für die Lebensmittelverarbeitung, den Einzelhandel
- und die Gastronomie. Bis 2030 sollen die Mitgliedstaaten Maßnahmen ergreifen, um die
- Abfallmenge in der Lebensmittelindustrie um 20 % und im Einzelhandel sowie der
- 18 Gastronomie pro Kopf um 40 % zu reduzieren.
- 19 Im Juni 2024 erzielte der EU-Ministerrat eine abschließende Einigung zur
- 20 Überarbeitung der Richtlinie. In den bevorstehenden Trilog-Verhandlungen sehen die
- 21 Jungen Liberalen Niedersachsen, die die Verschärfung der Richtlinie grundsätzlich
- begrüßen, jedoch einige Stolpersteine. Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern
- 23 deshalb:

1. Ausnahmen für Kleinst- und Sozialunternehmen bei der erweiterten

- 25 Herstellerverantwortung (EPR):
- 26 Von der geplanten erweiterten Herstellerverantwortung zur Abfallvermeidung und -
- 27 entsorgung in der Textilindustrie sollten Kleinst- und Sozialunternehmen ausgenommen
- werden. Eine funktionierende Kreislaufwirtschaft und nachhaltige Müllvermeidung
- 29 dürfen nicht zu Lasten von kleinen und mittelständischen Unternehmen gehen.

2. Förderung technologischer Innovation und Forschung & Müllvermeidungsprämien

- 31 Die Abfallrahmenrichtlinie sollte Anreize schaffen, in neue Technologien zur
- 32 Abfallvermeidung und zum Recycling zu investieren. Dies soll durch eine verstärkte
- 33 finanzielle Unterstützung für Forschung und Entwicklung im Bereich der
- Abfallvermeidung und -weiterverarbeitung geschehen. Außerdem sollten Mitgliedstaaten
- in Erwägung ziehen, Müllvermeidungsprämien für Unternehmen in den betroffenen
- 36 Sektoren (Lebensmittel und Textilien) auszuloben.

86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen - Kunstsaal Lüneburg, Marie-Curie-Ring 5, 21337 Lüneburg

37 3. Berücksichtigung globaler Lieferketten

- Da Abfallvermeidung keine nationalen Grenzen kennt, muss die Richtlinie global
- 39 vernetzte Lieferketten einbeziehen. Unternehmen sollten motiviert werden, abfallarme
- 40 und nachhaltige Produktionspraktiken auch im Ausland zu fördern. Als Junge Liberale
- Niedersachsen setzten wir dabei weniger auf ausladende und bürokratische
- Berichtspflichten, sondern vielmehr auf verbesserte Umweltstandards in neu
- 43 geschlossenen Freihandelsabkommen und auf marktwirtschaftliche Anreize.
- 44 **Sunset-Klausel:** 5 Jahre

Begründung

Antrag 6 07: Volle(r) Kraft(stoff) voraus - e-Fuels endlich verbindlich als Kraftstoff einsetzen

Antragsteller*in:	KV Göttingen (Kreisverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	6 - Umwelt, Landwirtschaft & Verkehr

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- Die Betonung technologieoffener Politik, die sich insbesondere für keine
- 2 Besserstellung bestimmter Antriebstechnologien im Verkehrssektor einsetzt, ist seit
- 3 jeher Teil der DNA liberaler Politik. Diese Grundhaltung ist zweifelsohne
- zielführend, es muss jedoch sichergestellt werden, dass politische Leitlinien nicht
- auf bloßen Phrasen wie "Wir setzen auf Technologieoffenheit" oder "Der Markt wird es
- 6 regeln" beruhen und dies in politisches Nichtstun mündet.
- 7 Die kürzlich erfolgte Abschaffung der sektoralen CO2-Reduktionsziele war
- 8 grundsätzlich eine richtige Entscheidung. Sollten in anderen Sektoren nur noch
- 9 geringfügige CO2-Reduktionen möglich sein, wird der Verkehrssektor jedoch vermehrt
- zur Emissionsminderung verpflichtet sein. Dieser hat bislang im Vergleich zu anderen
- Sektoren den geringsten Beitrag zur CO2-Reduktion geleistet. In einem solchen
- Szenario besteht die Gefahr, dass erneut Forderungen nach einem Verbot von
- 13 Verbrennungsmotoren aufkommen könnten.
- 14 Eine klimafreundliche Lösung für Verbrennungsmotoren könnte jedoch in sogenannten e-
- 15 Fuels liegen, da sie klimaneutral genutzt werden können. Derzeit sind diese jedoch an
- 16 Tankstellen nicht erhältlich; stattdessen dominieren weiterhin fossile Kraftstoffe
- auf Rohöl-Basis. Um zu verhindern, dass der Automobilsektor auch in Zukunft
- hauptsächlich auf fossilen Energieträgern basiert, schlagen die Jungen Liberalen
- 19 Niedersachsen die Einführung einer schrittweisen Beimischungsquote für e-Fuels vor,
- 20 ähnlich der Regelung, die bereits für die Schifffahrt und den Flugverkehr in der
- 21 Europäischen Union beschlossen wurde.
- 22 Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern daher:
- 23 1. Einführung einer Mindestbeimischungsquote für e-Fuels:
- 24 Um einen systematischen Übergang zu klimaneutralen Kraftstoffen zu ermöglichen,
- 25 fordern die Jungen Liberalen Niedersachsen eine Mindestbeimischungsquote von 10 % e-
- ²⁶ Fuels in den an Tankstellen erhältlichen Kraftstoffen ab dem Jahr 2030.
- 27 2. Dynamische Anpassung der Beimischungsquote an Marktverfügbarkeit und
- 28 Klimazielen für 2050:
- 29 Die Quote soll sich flexibel an der Verfügbarkeit von e-Fuels orientieren und nicht
- 30 linear ansteigen. Der einzige fixe Orientierungspunkt ist das Ziel, bis 2050 eine
- vollständige Umstellung auf e-Fuels (100 %-Quote) zu erreichen, wodurch der Verkauf
- von fossilen Kraftstoffen gänzlich eingestellt werden soll.
- 33 3. Steuerliche Anreize zur Preisstabilisierung:
- 34 Ein zentrales Problem der e-Fuels ist derzeit ihr hoher Preis, der aktuell bei ca.
- 2,80 € pro Liter liegt. Die verpflichtende Beimischung von e-Fuels würde daher

86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen - Kunstsaal Lüneburg, Marie-Curie-Ring 5, 21337 Lüneburg

- zunächst zu einem Anstieg der Kraftstoffpreise führen. Um sozial unfaire Belastungen,
- insbesondere für einkommensschwache Haushalte, zu vermeiden, setzen sich die Jungen
- Liberalen für eine Reduzierung oder gegebenenfalls Abschaffung der Kraftstoffsteuern
- 39 ein.
- 20 Ziel dieser Maßnahmen ist es, durch steigende Nachfrage die Produktion von e-Fuels
- anzukurbeln, deren Verfügbarkeit an Tankstellen zu erhöhen und den Verkehrssektor
- zukunftsfest in Richtung Klimaneutralität zu lenken.
- 43 **Sunset-Klausel:** 5 Jahre

Begründung

Antrag 6 08: Kohlenstoffmanagement statt Krisenmanagement: Negativemissionen unter der Aufsicht einer Carbon Central Bank in den EU-Emissionshandel eingliedern

Antragsteller*in:	Iwan Krivov (KV Göttingen), Felix Kopp (KV Region Hannover), LAK Umwelt & Klimaschutz (Landesarbeitskreis), KV Göttingen (Kreisverband), KV Celle (Kreisverband), KV Wolfsburg (Kreisverband), KV Ems-Jade (Kreisverband), Nadin Zaya (KV Region Hannover), Joris Stietenroth (KV Region Hannover), Paul Lanwer (KV Cloppenburg), Jamila Lüdtke (KV Celle), Niklas Schürmann (KV Wolfsburg), Mattes Bauer (KV Göttingen), Fynn Ole Sodemann (KV Region Hannover), Shaun Martin (KV Celle), Hendrik Hartmann (KV Ems-Jade), Leon Reimund (KV Region Hannover), Yassin Zourafi (KV Region Hannover), Joanna Marie Watad (KV Region Hannover), Lennard Klingebiel (KV Göttingen), Hannes Gericke (KV Hildesheim), Niklas Hüneburg (KV Celle), Kai Nahrwold (KV Göttingen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	6 - Umwelt, Landwirtschaft & Verkehr

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- 1 Im Rahmen des Green New Deal verfolgt die Europäische Union das Ziel, ihre Emissionen
- bis zum Jahr 2040 um 90% zu mindern und ab dem Jahr 2050 schließlich eine umfassende
- 3 Netto-Null-Treibhausgasneutralität zu erreichen. Neben einer großskaligen Reduktion
- 4 der Treibhausgasemissionen, wie sie primär durch das System des europäischen
- 5 Emissionszertifikatehandels (EU-ETS I und EU-ETS II) verfolgt wird, sind hierfür –
- 6 u.a. gemäß der Modellierungen des Weltklimarats (IPCC) zusätzlich weitergehende
- 7 Ansätze zur Fernhaltung und Entfernung entstandener Treibhausgase notwendig [1]. Dazu
- 8 braucht es eine europäische Strategie zum allumfassenden Kohlenstoffmanagement, die
- 9 sich auf drei zentrale Bausteine fokussiert [2]:
- Kohlendioxidabscheidung und -speicherung (Carbon Dioxide Capture and Storage,
 CCS)
- Kohlenstoffnutzung (Carbon Dioxide Capture und Utilization, CCU)
- CO2-Entnahme aus der Atmosphäre (Carbon Dioxide Removal, CDR)
- Wir begrüßen daher die Forschung an sowie den schnellstmöglichen Ausbau von CDR-,
- 15 CCS- und CCU-Techniken. Gleichzeitig braucht es weitere Maßnahmen, um den Hochlauf
- und Einsatz dieser Techniken insbesondere auf europäischer Ebene ökonomisch zu
- 17 gewährleisten. Für uns Junge Liberale Niedersachsen gestaltet sich die Umsetzung
- ıs eines effizienten Kohlenstoffmanagement im Rahmen der europäischen Klimapolitik wie
- 19 folgt:

20

21 Positive Emissionen größtmöglich reduzieren: Ein robuster EU-ETS

- 22 Zur Reduktion der positiven Emissionen und der Erreichung der Treibhausgasneutralität
- ist und bleibt ein umfassender Zertifikatehandel das zentrale Instrumentarium.
- 24 Hierfür dient zuvorderst der von der EU bereits im Jahr 2005 eingeführte europäische
- 25 Emissionshandel in den Sektoren Energie, Industrie sowie dem innereuropäischen

Luftverkehr (EU-ETS I). Nach einer grundlegenden Reform des ETS I im Jahr 2023 werden 26 innerhalb dieses Systems im Jahr 2038 das letzte Mal neue Zertifikate ausgegeben. Es 27 stehen also ab 2039 keine neuen Zertifikate mehr zur Verfügung, Unternehmen dürfen ab 28 dann – abgesehen von der Verwendung bereits vorher gekaufter Zertifikate – 29 grundsätzlich keine Emissionen mehr ausstoßen. [3] Eine Ausnahme könnte der Verbrauch 30 von sog. Clean-Up-Zertifikaten darstellen, hierzu sogleich. Ähnliches gilt nach dem 31 Inkrafttreten im Jahr 2027 im zweiten europäischen Emissionshandel in den Sektoren 32 Verkehr und Gebäude (EU-ETS II). Ein aufeinander abgestimmter Zertfikatehandel bleibt 33 somit der Fixpunkt unserer klimapolitischen Werkzeugkiste. Aus diesem Grund bestärken 34 wir erneut unsere Forderungen nach einer vollständigen Erfassung aller Emissionen im 35 Zertifikatehandel. [4]

Positive Restemissionen aus der Atmosphäre fernhalten: CCS und CCU stärken

3637

38

59

60

Ohne den Einsatz von Technologien zur CO2-Speicherung müsste die Selbstverpflichtung der Europäischen Union zur Netto-Null-Treibhausgasneutralität spätestens ab dem Jahr 2050 ausschließlich durch eine vollständige Vermeidung jeglicher Emissionen erreicht werden. Dieses Szenario wäre, sofern überhaupt, allenfalls unter enorm hohen wirtschaftlichen Kosten umsetzbar, da die vollständige CO2-Vermeidung in vielen Produktionsprozessen nach heutigem Kenntnisstand technisch nicht realisierbar ist. [5]

46 Um diese unvermeidbaren Restemssionen aus der Atmosphäre fernzuhalten, bedarf es im Sinne eines effizienten und nachhaltigen Kohlenstoffmanagements des größtmöglichen 47 Einsatzes von Carbon Capture and Storage (CCS) und Carbon Capture and Utilization 48 (CCU). Wir streben perspektivisch eine flächendeckende CO2-Abscheidungs- und -49 Speicherungsinfrastruktur an. Aus diesem Grund begrüßen wir die marktwirtschaftlichen 50 Anreize durch die Implementierung von CCS/CCU in den EU-ETS. So entfällt in diesem 51 für CCS die Zertifikatabgabepflicht unabhängig vom Transportweg. Diese 52 Anrechenbarkeit von CCS im EU-ETS begründet einen ökonomischen Anreiz für die Nutzung 53 von CCS, wenn der CO2-Preis über den Kosten für CCS liegt, wodurch auch ein 54 zusätzlicher Forschungs- und Investitionsanreiz für den Einsatz möglichst 55 kostengünstiger CCS-Verfahren geschaffen wird. Seit der Reform des EU-ETS entfällt 56 nunmehr auch bei CCU die Pflicht zur Abgabe von Zertifikaten, sofern eine dauerhafte 57 58 Bindung des CO2 in Produkten sichergestellt wird. [6]

Negative Emissionen: CDR als klimapolitische Notwendigkeit

Ein allumfassendes Kohlenstoffmanagement muss jedoch zwingend auch Techniken des 61 Carbon Dioxide Removal (CDR) berücksichtigen. Verschiedenen Berechnungen zufolge 62 werden im Jahr 2045 noch immer zwischen 2,9% und 6,2% der CO2-Äquivalent-Emissionen 63 aus dem Jahr 1990 als Residualemissionen – trotz des Einsatzes von CCS/CCU – 64 unvermeidbar sein (z.B. in Teilen der Landwirtschaft oder kleinerer Anlagen) [7], 65 sodass diese Restemissionen zur Erreichung von Netto-Null-Treibhausgasneutralität 66 durch die aktive Entnahme aus der Atmosphäre mittels CDR ausgeglichen werden müssen 67 [8]. Der Weltklimarat (IPCC) fasst die Vorteile und Notwendigkeiten des CDR in seinem Sachstandsbericht von 2022 mit folgenden drei Punkten zusammen: [9] 69

Kurzfristiger Vorteil: Senkung der Netto-CO2- oder Netto-THG-Emissionen

- Mittelfristiger Vorteil: Ausgleich von "schwer abbaubaren" Restemissionen (z.B.
- Emissionen aus der Landwirtschaft, dem Luftverkehr, der Schifffahrt,
- industriellen Prozessen), um mittelfristig Netto-Null-CO2- oder Netto-Null-THG-
- 74 Emissionen zu erreichen

85

- Langfristiger Vorteil: Erreichung von Netto-Negativ-CO2- oder -THG-Emissionen,
 wenn CDR in einem Umfang eingesetzt wird, dass die jährlichen Restemissionen
 überstiegen bzw. überkompensiert werden.
- 78 CDR-Techniken sind also eine klimapolitische Notwendigkeit. Um vielversprechende
- 79 technologische Ansätze wie Direct Air Capture and Storage (DACCS), Bioenergy with
- 80 Carbon Capture and Storage (BECCS) und Pyrogenic Carbon Capture and Storage (PyCCS)
- mittels marktwirtschaftlicher Anreize zu stärken und dadurch Forschung, Entwicklung
- sowie Hochlauf dieser Technologien wettbewerblich und technologieoffen zu fördern,
- 83 gilt es, eine europäische Regelung zu schaffen, die solche Negativemissionen über die
- 84 bei CCS und CCU wegfallende Zertifikateabgabepflicht hinaus in den EU-ETS integriert:

Integration von Clean-Up-Zertifikaten in den EU-ETS & Übergang zu einem System mit negativen Emissionen unter Verwaltung einer European Carbon Central Bank

- 88 Als eine solche europäische Regelung zur Eingliederung von
- 89 Negativemissionstechnologien in das marktwirtschaftliche System des Emissionshandels
- 90 setzen wir uns für die Einführung von Clean-Up-Zertifikaten innerhalb der
- 91 Rahmenstruktur des europäischen Emissionshandelssystems ein. Diese gewähren das Recht
- auf heutigen Ausstoß einer Tonne CO2 unter gleichzeitiger Verpflichtung zur
- 93 permanenten Entnahme einer Tonne CO2 an einem spezifischen Zukunftsdatum. Ziel der
- 94 Implementierung solcher Clean-Up-Zertifikate ist es neben der Schaffung von Anreizen
- 95 für den Einsatz von CDR-Technologien auch, das Emissionsmanagement durch eine
- 96 effizientere intertemporale Verteilung der Emissionen zu flexibilisieren und somit
- 97 die Kosten für Klimaschutzmaßnahmen bei insgesamt **gleichbleibendem Nettoausstoß** zu 98 senken.
- 99 Um diesen Prozess reibungslos umzusetzen und eine glaubwürdige institutionelle
- 100 Kontrollinstanz für die Umsetzung künftiger Entnahmeverpflichtungen zu schaffen,
- 101 fordern wir die Einführung einer European Carbon Central Bank (CCB) [10].
- 102 Erstens nimmt eine CCB analog zur Deutschen Emissionshandelsstelle (DEHSt)
- 103 Überwachungs- und Aufsichtsfunktionen im Zusammenhang mit den Clean-Up-Zertifikaten
- wahr und akkreditiert die Entnahme von Treibhausgasen. Dies gilt sowohl für
- dauerhafte CDR-Maßnahmen als auch für zeitliche befristete Treibhausgasentnahmen,
- etwa Aufforstung oder das Speichern von CO2 in Baumaterialien, deren ökonomisch
- 107 korrekten Wert die CCB abbilden und somit auch temporäre Maßnahmen im Rahmen des
- 108 Kohlenstoffmanagements in das EU-ETS-System integrieren soll.
- 109 Zweitens überwacht die CCB auf institutioneller Ebene, dass künftige CO2-
- 110 Rücknahmepflichten von Besitzern der Clean-Up-Zertifikate nicht umgangen werden,
- beispielsweise durch strategische Insolvenzen. Hierzu müssen Unternehmen, die ein
- solches Clean-Up-Zertifikat erwerben, bei der CCB finanzielle Sicherheiten
- hinterlegen, deren Höhe sich mindestens an den momentanen Kosten der Entnahme einer
- 114 Tonne CO2 orientiert und somit eine glaubwürdige Durchsetzung solcher Verpflichtungen
- 115 ermöglicht.

- Drittens übernimmt die CCB über die Vergabe der Clean-Up-Zertifikate eine **über die**
- 17 Zeit verteilte Mengensteuerung der Netto-Emissionen bei gleichbleibendem Netto-
- 118 Gesamtausstoß bis zum Jahr 2050 und hält diese Aufgabe somit analog zum
- geldpolitischen Mandat der EZB und ihren Tätigkeiten im Bereich der Zinssteuerung -
- aus dem parteilich volatilen politischen Tagesgeschäft fern. Konkret würde dies
- bedeuten, dass die CCB das Mandat erhält, in einer temporären Marktlage mit
- Preisspitzen im ETS die Ausgabe von Clean-Up-Zertifikaten vorzunehmen. Damit
- 123 unterscheidet sich die CCB von bisherigen Mechanismen wie der Marktstabilitätsreserve
- 124 (MSR) und den sogenannten "Maßnahmen bei übermäßigen Preiserhöhungen" aus Artikel 29a
- (EU-ETS I) sowie Artikel 30h (EU-ETS II) der EU-ETS-Richtlinie, die durch die
- gemeinsame Beschlussfassung von Rat und Parlament zum einen deutlich träger bzw.
- starrer sind, zum anderen deutlich stärker tagespolitischer Einflussnahme ausgesetzt
- 128 sind und in der Konsequenz häufig als wenig wirksam kritisiert werden. [11] Wir
- 129 fordern daher im Zuge der Einführung der CCB die perspektivische Abschaffung der
- Marktstabilitätsreserve sowie die Streichung der Artikel 29a sowie 30h aus der EU-
- 131 ETS-Richtlinie.

132

- 133 Mit diesen Maßnahmen wollen wir einen neuen Weg beim Klimaschutz beschreiten: Wir
- wollen weg vom Krisenmanagement einer ineffizienten europäischen Klimapolitik und hin
- zu einem wirkungsvollen Kohlenstoffmanagement, dass die Kraft der Marktwirtschaft in
- 136 allen Bereichen der europäischen Klimapolitik entfesselt.
- 137 Sunset-Klausel: 5 Jahre

Begründung

erfolgt mündlich

Fußnoten:

- [1] "The deployment of carbon dioxide removal (CDR) to counterbalance hard-to-abate residual emissions is unavoidable if net zero CO2 or GHG emissions are to be achieved." (Sechster Sachstandsbericht des IPCC aus April 2022, Arbeitsgruppe III: Mitigation of Climate Change, S. 36).
- [2] Leopoldina Nationale Akademie der Wissenschaften: "Kohlenstoffmanagement integriert denken: Anforderungen an eine Gesamtstrategie aus CCS, CCU und CDR", April 2024, S. 9.
- [3] Euractiv: CO2-Zertifikate für Industrie und Strom bis 2039 aufgebraucht, v. 4.7.2024.
- [4] Aus unserer Beschlusslage: Emissionshandel statt Klimawandel umfassender Emissionshandel in allen Sektoren; Emissionshandel endlich etablieren der Umwelt einen Preis geben; Maßnahmen in der Baubranche zur CO2-Reduktion und Ressourcenschonung.
- [5] Leopoldina Nationale Akademie der Wissenschaften: "Kohlenstoffmanagement integriert denken: Anforderungen an eine Gesamtstrategie aus CCS, CCU und CDR", April 2024, S. 11.
- [6] S. BMWK, Eckpunkte der Bundesregierung für eine Carbon Management-Strategie v. 26.2.2024, S. 4.
- [7] Ragwitz et. al.: Szenarien für ein klimaneutrales Deutschland. Technologieumbau, Verbrauchsreduktion und Kohlenstoffmanagement, Februar 2023, S. 177/178.
- [8] Zu diesem Ergebnis kam bereits eine umfassende Studie im Jahr 2015, vgl. Gasser et. al.: Negative emissions physically needed to keep global warming below 2 (° C., Nat Commun 6, 7958 (2015).
- [9] UN Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), Climate Change 2022 Mitigation of Climate

86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen - Kunstsaal Lüneburg, Marie-Curie-Ring 5, 21337 Lüneburg

Change, Full Report, S. 36 (Summary for Policymakers C.11.4).

[10] Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung: How a carbon central bank can turn Europe into a CO2 "eater", 17.09.2024.

[11] Jeszke & Lizak: Why a European Central Carbon Bank would help stabilise EU climate policy, Euractiv, 29.08.2023.

Antrag 7 01: Ukraine in die NATO, sofort!

Antragsteller*in:	Jan Schwede (KV Goslar)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	7 - Europa & Internationales

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- Die Jungen Liberalen Niedersachsen sethen unumstößlich zur Ukraine und zu ihrem
- 2 Freiheitskampf. Ein Ende des Krieges durch ein weiter So ist nicht absehbar. Russland
- 3 setzt darauf, dass die Ukraine irgendwann fallen gelassen wird. Muss es mit
- 4 langanhaltender, garantierter Unterstützung bis zum Sieg der Ukraine rechnen, hat es
- weniger Grund den Krieg fortzuführen. Durch einen sofortigen NATO Beitritt der
- 6 Ukraine erreichen wir genau dies. Durch Art. 5 werden wir verpflichtet zu helfen,
- 5 sowie es nötig ist. Jegleiche Hoffnungen Russlands durch Fortsetzung des Krieges die
- 8 westliche Unterstützung langrfistig zu überbieten werden damit zerstört, ebenso wie
- 9 ein Interesse daran weitere Truppen in einen dann aussichtlosen Krieg zu senden. Die
- 10 Statuten der NATO schließen den Beitritt eines Landes mit Territorialkonflikten
- aktuell aus. Da aber zur Aufnahme eine Einstimmigkeit erforderlich ist, stellt dies
- 12 kein Hindernis dar.
- Für uns ist klar: Je stärker und glaubhafter Unterstützung zugesagt wird, desto
- unwahrscheinlicher ist eine Ausweitung des Kieges und desto schenller endet er.
- 15 **Sunset-Klausel**: 1 Jahr

Begründung

Antrag 7 02: Sicherheitsrisiko Orbán

Antragsteller*in:	LAK Innen & Recht (Landesarbeitskreis), Leon Reimund (KV Region Hannover)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	7 - Europa & Internationales

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- Seit September 2022 müssen EU-Mitgliedsstaaten Visumsanträge russischer Staatsbürger
- 2 mit erhöhter Wachsamkeit prüfen und besonders gründliche Kontrollen an den EU-
- 3 Außengrenzen vornehmen. Jedoch lockerte Anfang Juli die Regierung von Viktor Orbán
- 4 für Russen und Belarussen die Einreisebestimmungen. Wer eine Arbeitsstelle samt
- 5 Unterkunft und Krankenversicherung nachweist, kann in Ungarn eine »Nationale Karte«
- 6 beantragen, mit der man zwei Jahre lang einreisen darf und damit praktisch auch in
- sämtliche Schengenstaaten. Selbst Familienangehörige können offenbar nachkommen.
- 8 Dies ist angesichts von geheimdienstlichen Aktivitäten Moskaus, deren Absichten
- 9 subversiv und wie der Vorfall im Tiergarten 2019 und die Berichte zu Vorhaben bzgl.
- 10 Armin Papperger gezeigt haben auch teilweise letal sind, ein nicht hinzunehmender
- Zustand. Eine erhöhte Anzahl russischer Staatsbürger simplifiziert die Bildung
- 12 geheimdienstlicher Netzwerke und ist folglich eine unmittelbare Gefahr für
- 13 Infrastruktur und Leben.

14 Folglich fordern die JuLis Nds:

- Die Ausarbeitung eines Mechanismus, um die Mitgliedschaft im Schengen Abkommen zu suspendieren.
- Solange Punkt 1 nicht realisiert und implementiert ist, werden multinational
 koordinierte und finanzierte Grenzkontrollen an allen Schengen-Grenzen Ungarns
 eingeführt.
- Aufgrund anhaltender Verletzungen gegen die in Art. 2 EUV genannten Werte, ein Verfahren nach Art. 7 Abs. 3 EUV, um die Stimmrechte Ungarns auszusetzen.
- Die Beschränkung der Reisefreiheit von russischen Diplomaten und ihrer Familien auf das Gastgeberland.
- 24 Sunset-Klausel: 3 Jahre

Begründung

Antrag 9 01: Verlängerung auslaufende Beschlusslage

Antragsteller*in:	geschäftsführender Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	9 - Internes

Der 86. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Auslaufende Beschlüsse 1

8

- Bekämpfung des weltweiten Terrorismus, läuft aus 2
- Medizinische Gentechnik in Freiheit und Verantwortung Zukunftschance für die nächste Generation, läuft aus 4
- Für ein modernes Niedersachsen-Kompetenzen klar ordnen, Verwaltung reformieren, 5 läuft aus 6
- Für eine wirksame Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen im häuslichen Bereich, läuft aus
- 5. Killerspiel-Verbote verhindern keine Amokläufe, läuft aus 9
- Abschaffung der Kopfnoten in Niedersachsen, läuft aus 10
- Trojanerangriffe müssen verboten bleiben, läuft aus 7.
- Darstellendes Spiel vollständig als Schulfach etablieren, läuft aus 8. 12
- Schul-TÜV um unangemeldete Inspektionen ergänzen, läuft aus 9. 13
- 10. Für eine Neuregelung des Rauchverbotes in der Gastwirtschaft, läuft aus 14
- 11. Erkenne die schwarzen Schafe unter den Freunden und Helfern, läuft aus 15
- 12. Cannabis kontrolliert freigeben, läuft aus 16
- 13. Reduzierung der Klassenstärke auf maximal 20 Schüler, läuft aus 17
- 14. Alkoholverbot in Niedersachsens Innenstädten eine Schnapsidee, läuft aus 18
- 15. Zulassungskriterien zur Blutspende zeitgemäß machen, läuft aus 19
- 16. Antrag zum niedersächsischen Polizei- und Ordnungsrecht, läuft aus 20
- 17. Teilweise Abschaffung der Verjährungsfristen, läuft aus 21
- 18. Schützenvereine und Jäger nicht zu Sündenböcken der Amokläufe machen, läuft aus 22
- 19. Sportausschuss soll wieder öffentlich tagen!, läuft aus 23
- 20. Entwicklungshilfe für China kürzen und auf gezielte Projekte beschränken, läuft 24 25
- 21. Rechtsstaatlichkeit bei Internetlöschungen, läuft aus
- 22. Keine staatliche Verpflichtung zur Personalisierung von Fußballtickets, läuft 27 28
- 23. Chancen beim Start in das Berufsleben für benachteiligte Jugendliche, läuft aus
- 24. Legalisierung der Pornographie, läuft aus 30
- 25. Breitbandversorgung sichern!, läuft aus 31
- 26. Rechtssicherheit für Beschneidung schaffen, läuft aus 32

- 27. Eine Gesellschaft rückt zusammen. Den demografischen Wandel gestalten., läuft
- 34 aus
- 28. Kontinuierliche jährliche Anpassung der Entgeltgrenze bei geringfügigen
- Beschäftigten (Mini-Jobs), läuft aus
- 37 29. Ausbildung Krankenpflege, läuft aus
- 38 30. GEMA Vermutung abschaffen, läuft aus
- 39 31. Neuregelung der IP-Auskunft ablehen, läuft aus
- 40 32. Erhöhung der Einkommensgrenze für Schüler/-innen aus ALG II-
- 41 Bedarfsgemeinschaften, läuft aus
- 42 33. Prävention gegen pädophile Straftaten, läuft aus
- 43 34. Kein Kauf von Staatsbürgerschaften, läuft aus
- 44 35. Kinderwünsche erfüllen 2.0 Tragemutterschaft legalisieren!, läuft aus
- 45 **36.** Aufhebung des Bluts- und Knochenmarksspendeverbots für homosexuelle und bisexuelle Männer sowie Frauen, die mit jenen Sex hatten, läuft aus
- 47 37. Keine Gebietsreform von oben, läuft aus
- 48 38. Altersobergrenze abschaffen!, läuft aus
- 49 39. Wohnungsbau fördern, läuft aus
- 50 40. Für eine liberale Russlandpolitik, läuft aus
- 51 41. Straßenverkehr zwischen Sicherheit und Eigenverantwortung, läuft aus
- 52 42. Klassisches Bewahren, läuft aus
- 53 43. Neue Wege in der Start-Up-Förderung, läuft aus
- 54 44. Für den mündigen Verbraucher, gegen Werbeverbote, läuft aus
- 55 **45.** Hoheitsrechte wahren kein Pre-Clearance Programm an deutschen Flughäfen, läuft aus
- 46. Klares Bekenntnis zum Gewaltmonopol des Staates im Rahmen von Fußballspielen,
 läuft aus
- 59 47. Wählen ab 16!, läuft aus
- 60 48. PJ'ler sind keine Arbeitskräfte zum Nulltarif!, läuft aus
- 61 49. Kampf der Einheitsparkscheibe!, läuft aus
- 50. Pflichtfeuerwehr abschaffen, läuft aus
- 51. Ausbildungskooperationen mit Entwicklungsländern, läuft aus
- 64 52. Selbstbestimmungsrecht der Völker, läuft aus
- 65 53. GEMA nach Hause Wettbewerb statt GEMA-Monopol, läuft aus
- 66 54. Wirtschaftsunterricht an Schulen, läuft aus
- 55. Freies Fliegen für Freie Menschen, läuft aus
- 68 56. Keine bürokratische Arbeitszeiterfassung, läuft aus
- 69 57. Abschaffung von 1 und 2 Cent Stücken, läuft aus
- 70 58. Unterarmstützen für Zwillen legalisieren, läuft aus
- 71 59. Einheitliche Alkoholsteuer, läuft aus

- 72 60. Zwangsbeitrag? Nein Danke!, läuft aus
- 73 61. Lernen. Forschen., läuft aus
- 74 62. Für ein zukunftsfähiges, unbürokratisches Arbeitsrecht, läuft aus
- 75 63. Keine Gängelung durch Gestaltungssatzungen, läuft aus
- 76 64. Einjährige Ausbildungsverträge in der Landwirtschaft, läuft aus
- 77 65. Verbot für Geräte mit Backdoors, läuft aus
- 78 66. Bargeld ist gedruckte Freiheit, läuft aus
- 79 67. Lernverträge für die beste Bildung der Welt, läuft aus
- 80 68. <u>Verkehr verbessern Rotlicht nutzen</u>, läuft aus
- 81 69. Zurück zum guten Geld, läuft aus
- 82 70. Öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Informationsgrundangebot zurückfahren, läuft
- 83 aus
- 84 71. Glyphosatverbot verhindern, läuft aus
- 85 72. Föderalismus reformieren, läuft aus
- 86 73. Machen wir Profispieler zu Profisportlern, läuft aus
- 87 74. Modernes Militär Bundeswehr neu ausrichten, läuft aus
- 88 75. Wehrhafte Union Liberale Bedingungen für eine EU-Armee, läuft aus
- 89 76. Für ein verbessertes Wahlsystem, läuft aus
- 90 77. KiTa-Qualität stärken, läuft aus
- 91 78. Mehr Ausbildung, weniger Einbildung, läuft aus
- 92 79. Wohneigentum fördern Grunderwerbssteuer streichen, läuft aus
- 93 80. Zollfrei durch Europa saufen, läuft aus
- 94 81. Konnexitätsprinzip zu Ende denken! , läuft aus
- 95 82. Mehr Diversität im öffentlichen Dienst, läuft aus
- 96 83. Stoppt den ambulanten Quartalsirrsinn!, läuft aus
- 97 84. Gründung des Landes Niedersachsen würdigen, läuft aus
- 98 85. Eigentum im digitalen Zeitalter DRM und Eigentumsrecht, läuft aus
- 99 86. Verzicht auf V-Leute im niedersächsischen Fußball, läuft aus
- 100 87. Hürden für Bürgerbegehren senken, läuft aus
- 101 88. <u>Bürgerrechte enden nicht am Stadiontor Für eine transparente Polizei mit</u>
- 102 Augenmaß, läuft aus
- 103 89. Mülltonnenepos beenden Vorschriften zeitgemäß anpassen!, läuft aus
- 104 90. nano antrag.tex OpenSource-Technologien in der Verwaltung!, läuft aus
- 105 91. E-Trabi statt Benziner? Nein danke! , läuft aus
- 92. ÖPNV wirtschaftlich betreiben durch Schülerbeförderung Wahlfreiheit
- 107 sicherstellen, läuft aus
- 108 93. Du hast die Haare schön (beim Mofa-fahren), läuft aus
- 109 94. Schieß kunterbunt und farbenfroh (schon ab 16;), läuft aus

- 110 95. Schluss mit den Kindertränen Hundegesetz anpassen, läuft aus
- 96. Schluss mit Stigmatisierung und Datenkrakerei!, läuft aus
- 112 97. Das Strafrecht dem Rechtsgüterschutz, läuft aus
- 113 98. Rauch doch, was du willst!, läuft aus
- 114 99. Einführung eines Interessenvertretungsgesetzes für Transparenz, Akzeptanz und
 115 Legitimität, läuft aus
- 116 100. Abschaffung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes, läuft aus
- 117 101. Telemedizin fördern, läuft aus
- 118 102. Wer krank ist, ist auch prüfungsunfähig!, läuft aus
- 119 103. <u>Die Kirche nicht im Dorf lassen lückenlose Aufklärung von Missbrauchsfällen,</u>
 120 <u>läuft aus</u>
- 121 104. BAföG-Verlängerung für pflegende Angehörige, läuft aus
- 22 105. <u>Auch Menschen mit Behinderung sollen Sparen dürfen!</u> , läuft aus
- 123 106. Sanktionen gegen Russlands Regierung, läuft aus
- 124 107. Keine Waffenlieferungen mehr an die Türkei, läuft aus
- 108. Marktwirtschaft auch an der deutschen Autobahn Der Tank & Rast den Riegel
 vorschieben, läuft aus
- 109. #Digitalpakt Hochschule programmbasierte Förderung deutscher Hochschulen,
 128 läuft aus
- 129 110. Freie Arztwahl für Schwangere, läuft aus
- 130 111. Sitzungsvertretung durch Referendare in Jugendgerichtssachen wiedereinführen,
 131 läuft aus
- 132 112. Streichung von Verbrauchssteuern, läuft aus
- 113. Liberale Außenpolitik Für Freiheit, Frieden und Wohlstand auf einem intakten
 134 Planeten, läuft aus
- 135 114. Haftentschädigung reformieren, läuft aus
- 136 115. NetzDG oder Klarnamenpflicht? Opferschutz geht auch anders!, läuft aus
- 137 **116.** Konsequentes, rechtsstaatliches Vorgehen gegen Rechtsextremismus und Reformation nachrichtendienstlicher Informationsbeschaffungsmaßnahmen. , läuft aus
- 139 117. Das Bildungssystem im neuen Jahrzehnt, läuft aus
- 140 118. Neue Neue Ostpolitik, läuft aus
- 119. Aussetzen der Regelstudienzeit für ein weiteres akademisches Jahr, läuft aus
- 142 120. Liquid ist kein Tabak! , läuft aus

44 Zu verlängernde Beschlüsse

143

- 145 1. Abschaffung der Sommerzeit, Verlängerung um 5 Jahre
- 46 2. Iss was Du willst, wisse was Du isst!, Verlängerung um 5 Jahre
- 147 3. Jusitzirrtümer als Rechtsstaat anerkennen, Verlängerung um 3 Jahre
- 148 4. Öffentliche Arbeiten an Sonn- und Feiertagen, Verlängerung um 1 Jahr

- 149 5. Meldepflicht für Zweitwohnsitz abschaffen, Verlängerung um 3 Jahre
- 150 6. Sexualisierte Gewalt, Verlängerung um 1 Jahr
- 7. Schluss mit den Parolen. Für ein Steuersystem, das dem Bürger gerecht wird.,
- 152 Verlängerung um 1 Jahr
- 8. Liberalisierung des Taxiwesens, Verlängerung um 1 Jahr
- 154 9. Promotion ist Forschung, Verlängerung um 3 Jahre
- 155 10. Koalitionsfreiheit verteidigen, Verlängerung um 1 Jahr
- 156 11. Braugut., Verlängerung um 1 Jahr
- 157 12. Rechtsschutz für Whistleblower ausbauen, Verlängerung um 5 Jahre
- 158 13. Exhibitionistische Handlungen, Verlängerung um 5 Jahre
- 159 **14.** Einstieg zum Aufstieg für eine moderne berufliche Bildung, Verlängerung um 1
 160 Jahr
- 15. Systemwechsel: Autonome Schulen statt Länderzentralismus, Verlängerung um 1 Jahr
- 162 16. Freiheit für Food Trucks, Verlängerung um 1 Jahr
- 163 17. Beamtentum Überdenken, Verlängerung um 1 Jahr
- 164 18. Keine Gebühren für Personalausweise, Verlängerung um 5 Jahre
- 165 19. Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzungen, Verlängerung um 5 Jahre
- 166 20. Eindämmung der Gutachteritis in kommunalen Räten, Verlängerung um 5 Jahre
- 167 21. Finger weg von den Gästekontingenten!, Verlängerung um 5 Jahre
- 22. <u>Eigenverantwortung statt Monopol: Die "Letzte Meile" gehört in Bürgerhand,</u>
 Verlängerung um 1 Jahr
- 170 23. Sag Nein zu GIRL frische Landluft ist kein Gift! , Verlängerung um 1 Jahr
- 24. Chance kultureller Bildung Abschaffung der Besteuerung auf Kunstobjekte.,
 Verlängerung um 5 Jahre
- 25. Für die JuLis ist man nie zu jung!, Verlängerung um 1 Jahr
- 26. Better check your source. Quellenarbeit in der Schule, Verlängerung um 1 Jahr
- 175 27. In einer Beziehung mit Europa, Verlängerung um 1 Jahr
- 28. Spontanparties legalisieren, Verlängerung um 5 Jahre
- 29. Zeit für Beruf und Familie, Verlängerung um 1 Jahr
- 30. <u>Transparenter Staat statt gläserner Bürger IFG auch für Niedersachsen,</u>
 Verlängerung um 1 Jahr
- 180 31. Anonyme Bewerbungen, Verlängerung um 3 Jahre
- 181 32. Wahlhelferwechsel ermöglichen, Verlängerung um 5 Jahre
- 182 33. Museen heraus aus der Sponsoringfalle! , Verlängerung um 5 Jahre
- 34. <u>Keine verdorbene Zwiebeln gegen staatliche Überwachung von</u>
 Anonymisierungsnetzwerken! , Verlängerung um 1 Jahr
- 185 35. Freie Namenswahl, Verlängerung um 5 Jahre
- 36. Niemand muss allein sein Geben wir Heimkindern eine Chance!, Verlängerung um 5
 Jahre

- 37. Open Borders Weil Freizügigkeit ein Menschenrecht ist!, Verlängerung um 5
 Jahre
- 190 38. Mettiquette, Verlängerung um 3 Jahre
- 39. Weil Eigenverantwortung Gerechtigkeit schafft Für eine Altersvorsorge mit
 Zukunft!, Verlängerung um 3 Jahre
- 193 40. Fahrradfahren geht immer!, Verlängerung um 5 Jahre
- 194 41. Mehr Freiheit bei der Wahl, Verlängerung um 3 Jahre
- 42. Five Eyes + 1 Internationale Sicherheitspolitik Deutschlands stärken,
 Verlängerung um 1 Jahr
- 43. <u>C.A.B. All Cops Are Benevolent die Polizei ins 21. Jahrhundert holen!</u>
 Verlängerung um 1 Jahr
- 199 44. Keine Besteuerung von Grundnahrungsmitteln, Verlängerung um 5 Jahre
- 200 45. Integration Diversity is Our Strength, Verlängerung um 1 Jahr
- 201 46. <u>Die freiheitlich demokratische Grundordnung ist nicht verhandelbar</u>, Verlängerung
 202 um 5 Jahre
- 47. <u>Liberale Umwelt-, Tierschutz- und Verkehrspolitik für eine freie, ökologische</u>
 Marktwirtschaft, Verlängerung um 5 Jahre
- 205 48. Zeugnisse auch Digital Ausstellen!, Verlängerung um 5 Jahre
- 49. Sozialer Aufstieg Für eine Gesellschaft, in der jeder alles werden kann,
 Verlängerung um 1 Jahr
- 208 50. Make Europe, Not War, Verlängerung um 5 Jahre
- 51. Freier Zugang zu Tibet Unterstützung des "Reciprocal Access to Tibet Act" der
 USA, Verlängerung um 5 Jahre
- 211 52. Gehörlose dürfen nicht auf taube Ohren stoßen, Verlängerung um 3 Jahre
- 212 53. Nachhaltigkeit im öffentlichen Bauwesen, Verlängerung um 5 Jahre
- 213 54. Personalausweis und Führerschein EU-weit zusammenfassen, Verlängerung um 3 Jahre
- 214 55. Zwischen Regenwürmern und Planierraupen Für ein konstruktives Miteinander bei
 215 Bauvorhaben, Verlängerung um 5 Jahre
- 216 56. Bauen im Außenbereich vereinfachen, Verlängerung um 5 Jahre
- 57. Mobile Inklusion fördern Den öffentlichen Personen Nahverkehr barrierefrei
 machen., Verlängerung um 3 Jahre
- 219 58. <u>Leben retten Stammzellspende fördern!</u>, Verlängerung um 3 Jahre
- 220 59. Neue (Arbeits-)Zeit für die IT-Branche, Verlängerung um 1 Jahr
- 221 60. Mitarbeiterbeteiligungen: Bringt die Angestellten ins Kapital, Verlängerung um 1
 222 Jahr
- 223 61. EU-Kapitalertragssteuer Richtlinie, Verlängerung um 1 Jahr
- 62. "Um Himmels Willen" Diskriminierung im kirchlichen Arbeitsrecht stoppen!,
 Verlängerung um 5 Jahre
- 63. Emissionshandel endlich etablieren der Umwelt einen Preis geben!
 Verlängerung um 1 Jahr

- 64. Auf die inneren Werte kommt es an! EU-Vermarktungsnormen abschaffen,
 Verlängerung um 5 Jahre
- 230 65. Bitte aufrücken Sicherheitslücken müssen geschlossen werden!, Verlängerung um
- 231 **1 Jahr**
- 232 66. Größere Gymnasien in Niedersachsen ermöglichen, Verlängerung um 5 Jahre
- 233 67. Internationaler Schutz für queere Personen, Verlängerung um 5 Jahre
- 234 68. Multiresistente Keime, Verlängerung um 5 Jahre
- 235 69. Krankenkassenbeiträge für Existenzgründer, Verlängerung um 5 Jahre
- 236 70. Vergällung von GBL, Verlängerung um 5 Jahre
- 237 71. Auf in die Ökosoziale Marktwirtschaft! , Verlängerung um 5 Jahre
- 238 72. Schülerfirmen stärken, Verlängerung um 1 Jahr
- 239 **73. Erbschaftsteuer abschaffen! , Verlängerung um 1 Jahr**
- 74. <u>Sturmfest und Erdverwachsen Ein Baum für jeden Niedersachsen!</u>, Verlängerung
 um 5 Jahre
- 242 75. Alte Windkraftanlagen unbürokratisch ersetzen. , Verlängerung um 1 Jahr
- 243 76. Keine "Reichensteuer" für Pflegekinder, Verlängerung um 3 Jahre
- 244 77. Cytotec irgendwo zwischen Besorgnis und Hysterie, Verlängerung um 3 Jahre
- 245 78. Zum Ausbau der psychosozialen Prozessbegleitung, Verlängerung um 1 Jahr
- 246 79. Datenschutz und Wählbarkeit, Verlängerung um 3 Jahre
- 80. Open-Source und eGovernment: Freier Code für freie Bürger, Verlängerung um 3
 Jahre
- 249 81. Humanitäre Hilfe für den Sudan, Verlängerung um 3 Jahre
- 250 82. <u>Die Türkei als Handelsdrehscheibe für Russland? Nicht mit uns!</u>, Verlängerung um
 251 3 Jahre
- 252 **83.** <u>Frieden für die Ukraine Kampfjet-Lieferungen für die Ukraine!</u>, Verlängerung 253 um 3 Jahre

Begründung

In diesem Jahr läuft für viele Beschlüsse der Jungen Liberalen Niedersachsen die sogenannte Sunset-Klausel aus. Das heißt, dass diese Beschlüsse ihre Gültigkeit verlieren und nicht länger Teil unserer Beschlusslage bleiben. Ziel ist es dadurch die Beschlusslage möglichst übersichtlich und aktuell zu halten. Der Landeskongress kann die Gültigkeit einzelner Beschlüsse aber auch verlängern.

Das Team Programmatik hat mit Unterstützung der Programmatik-Runde (den Leiter:innen der Landesarbeitskreise sowie den Kreisprogrammatiker:innen) die auslaufenden Beschlüsse überprüft und den vorliegenden Beschlussvorschlag erstellt. Es wird vorgeschlagen Beschlüsse auslaufen zu lassen, wenn ihr Inhalt veraltet ist (bspw. da sich Sachverhalte geändert haben oder Forderungen bereits umgesetzt wurden) oder diese durch neuere Beschlüsse überholt wurden (bspw. durch weitergehende oder konkretere Beschlusslage). Daneben wird vorgeschlagen auch solche Beschlüsse auslaufen zu lassen, deren Qualität ausbaufähig ist, um Platz für neuere, umfassendere und qualitativ hochwertigere Beschlusslage zu schaffen.